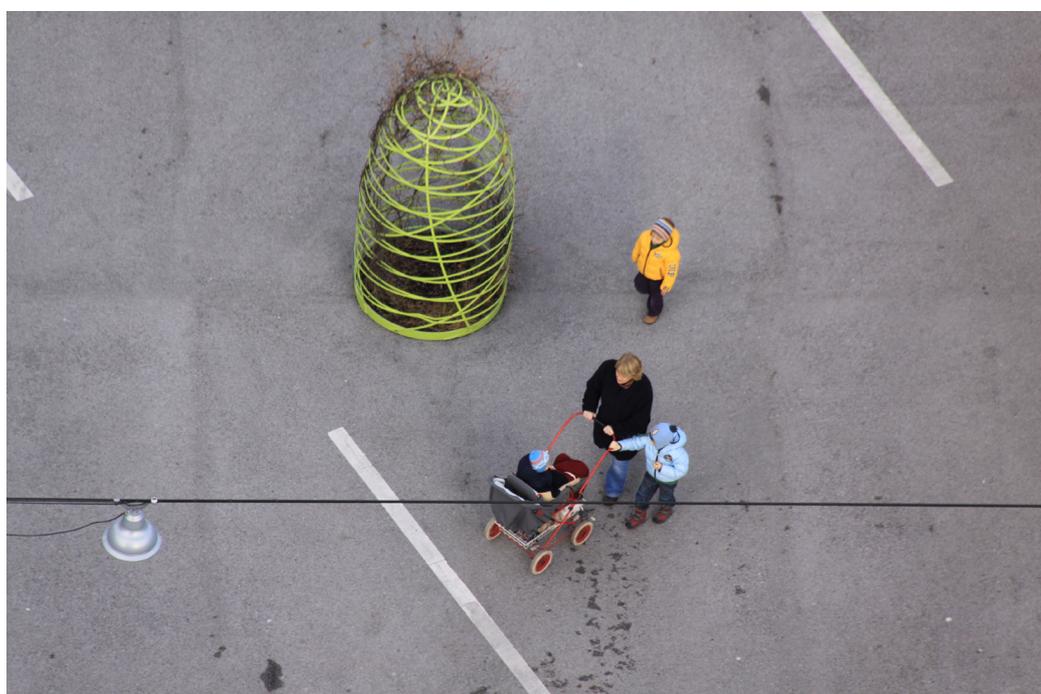




ÖREK-Partnerschaft



Vielfalt und Integration im Raum ABSCHLUSSBERICHT

INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort der ÖROK-Geschäftsstelle	4
	Executive Summary	6
1.	SELBSTVERSTÄNDNIS	9
	Die Örek-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“	10
2.	ZIELSETZUNG UND BEGLEITUNG DER PARTNERSCHAFT	11
	Der Arbeitsprozess	15
3.	HERAUSFORDERUNGEN	17
	Gesellschaftliche Vielfalt ist Realität	17
	Raumplanung nimmt Einfluss auf das Zusammenleben	18
	Politik und Verwaltung müssen auf die Herausforderungen reagieren	18
	Gesellschaftliche Vielfalt erfordert Vielfalt im Handeln	19
	Handlungsfelder - Einige Beispiele	20
4.	DIE PARTNERSCHAFT VOR ORT - PRAKTISCHE BEFUNDE	25
	Die urbane Route	27
	Die ländliche Route	29
	Erkenntnisse	31
	Kommentare aus der Partnerschaft	34

5.	PLANUNGSRELEVANTE ZUGÄNGE ZU EINEM KOMPLEXEN ARBEITSFELD	43
	Raumbezogene Integrationsagenden bedürfen eines klaren Commitments: Integrationsleitbilder	44
	Mehr als Zahlen sammeln: Die Bestandsaufnahme	46
	Von der sektoralen zur integrierten Betrachtung: Integrierte Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte	49
	Von der Ressortlogik zum vernetzten Handeln: Das Schnittfeldmanagement	55
	Von Betroffenen zu Mitwirkenden: Partizipation und bürgerschaftliches Engagement	57
	Alternative Finanzierungsformen: Partizipative Budgets	59
	Lernen AN und VON guten Projekten und Prozessen	60
	Zusammenführende Positionen	61
	Kommentare aus der Partnerschaft	64
6.	IMPULS FÜR ZUKÜNFTIGES „HANDELN IM RAUM“	71
	Fehlen handlungsbezogener Förder- und Anreizinstrumente	71
	Handlungs- und Kommunikationsplattform als Fortsetzung des Diskurs	71
	Kommentare aus der Partnerschaft	74
7.	ANHANG: FRAGEN-/CHECKLISTE	83
8.	ANHANG: BEISPIELE UND REFERENZEN	87
	Kern-AkteurInnen der ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration“	134
	Quellen- und Literaturverzeichnis	135

Vorwort der ÖROK-Geschäftsstelle

Im Jahr 2011 veröffentlichte die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) das „**Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2011**“. Das ÖREK 2011 stellt ein strategisches Handlungsprogramm für die gesamtstaatliche Raumordnung und Raumentwicklung in Österreich dar und enthält Grundhaltungen und räumliche Ziele sowie als inhaltlichen Kern ein gemeinsames „Handlungsprogramm“.

Mit der Veröffentlichung startete auch die „Umsetzung“ des ÖREK 2011 im Rahmen sogenannter „**ÖREK-Partnerschaften**“. In diesen setzen thematisch befasste ÖROK-Mitglieder sowie weitere AkteurInnen einen oder mehrere Aufgabenbereiche des ÖREK-Handlungsprogramms um. Die Ziele, Inhalte und Ergebnisse leiten sich aus dem ÖREK 2011 ab, wobei diese durch die Mitglieder der Partnerschaft weiter vertieft und konkretisiert werden. Im Vordergrund steht die Verankerung der Ergebnisse im Gesamtrahmen der ÖROK – eine Grundlage für die Unterstützung der weiterführenden Implementierung.

Die **ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt & Integration im Raum“** war vor allem darauf ausgerichtet, Bewusstsein für die räumlichen Auswirkungen von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen und den damit verbundenen Handlungsbedarf zu schaffen, neue Aktivitäten zwischen integrations- und standortpolitischen AkteurInnen im Interesse der räumlichen Entwicklungspolitik zu fördern und den Erfahrungsaustausch über erfolgreiche Ansätze einer zunehmend vielfältigeren Gesellschaft zu unterstützen. Der Dialog und eine verstärkte Zusammenarbeit standen dabei im Vordergrund.

Die Federführung der ÖREK-Partnerschaft lag beim Bundeskanzleramt, Abteilung IV/4 - Raumordnung und Regionalpolitik. Die fachliche Begleitung dieser ÖREK-Partnerschaft erfolgte durch ein wissenschaftliches Team bestehend aus Mitgliedern der TU Wien, der Universität

Innsbruck, des Interkulturellen Zentrums in Wien und der Gruppe YEAN unter der Leitung von Univ. Prof. DI Rudolf Scheuven (TU Wien).

Im Rahmen zweier öffentlicher Veranstaltungen am 30. Jänner 2013 in Leoben und am 21. November 2013 in Linz wurden die inhaltlichen Arbeiten durch eine gezielte Fachöffentlichkeit aus den Bereichen Integration, Raumentwicklung und Verwaltung reflektiert und Herausforderungen für die Planung sowie Handlungsinstrumente und -programme über den eigentlichen Kreis der ÖREK-Partnerschaft hinaus erörtert.

Die Ergebnisse der über zweijährigen Zusammenarbeit zum Thema „Vielfalt & Integration im Raum“ sind im vorliegenden Abschlussbericht zusammengefasst. Vorrangig sind der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt, der Einfluss der Raumordnung, die Herausforderungen für Politik und Verwaltung sowie planungsrelevante Zugänge aufgezeigt. Der Bericht ist um Beispiele und Kommentare aus der Partnerschaft ergänzt.

In Hinblick auf eine verstärkte integrationspolitische Raumentwicklung und eine stärkere Verknüpfung zwischen Integrations- und Raumpolitik zeigt sich zukünftig der Bedarf nach einer weiteren Vernetzung der unterschiedlichen AkteurInnen. Ein Ansatz dazu könnte die Einrichtung einer Handlungs- und Kommunikationsplattform, wie im Bericht ausgeführt, darstellen. Die engagierte Beteiligung einer breiten Partnerschaft an den bisherigen Arbeiten stellt dafür eine erfolgsversprechende Grundlage dar.

Mag. Johannes Roßbacher | Mag. Markus Seidl
Geschäftsführer

Executive Summary

ÖREK-Partnerschaft Vielfalt und Integration im Raum

Jene Vielfalt innerhalb der Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Möglichkeiten, ausdifferenzierten Lebensstilen und Lebenswelten spiegelt sich vor Ort in unseren Städten und Gemeinden wider. Vor allem Integrationsprozesse weisen immer auch räumliche Bezüge auf. Auf der einen Seite nehmen sich räumliche Planungen, Maßnahmen und Interventionen zwar bewusst konkreter räumlicher Fragestellungen an, auf der anderen Seite bleibt jedoch oftmals unberücksichtigt, dass diese aber auch direkten Einfluss auf die Gesellschaft vor Ort haben.

Im Mittelpunkt dieses vorliegenden Abschlussberichts des zweijährigen Prozesses der ÖREK-Partnerschaft Vielfalt und Integration im Raum steht die Auseinandersetzung mit Handlungsansätzen, Instrumenten sowie Gestaltungsmöglichkeiten einer diversitätsorientierten Raumentwicklung. Dabei wurde der Fokus auf integrationsrelevante Fragestellungen um eine diversitätsorientierte Betrachtungsweise erweitert. Dies umfasst die mit dem demographischen Wandel verbundenen Herausforderungen ebenso wie die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt der Lebensstile sowie auch die Veränderungen in den Haushalts- und Familienstrukturen.

Aktuelle Herausforderungen

Die Bedingungen städtischer und regionaler Politik haben sich in den letzten Jahren tiefgreifend verändert. Globale Einflüsse treffen auf lokale Gegebenheiten und beeinflussen diese stark. Die Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft, eine zunehmend internationalisierte und individualisierte Gesellschaft wie auch der demografische Wandel beeinflussen sich gegenseitig und gewinnen an Relevanz bezogen auf eine nachhaltige Raumentwicklung.

Vor dem Hintergrund der steigenden gesellschaftlichen Diversität hat gerade die Stadt- und Regionalentwicklung auf diese Herausforderungen zu reagieren. Raumplanung und -politik müssen daher als Querschnittsdisziplin

verstanden werden und sich neben den bisherigen, traditionellen Themen im Kontext der räumlichen Konfigurationen wie etwa die Wohn- und Siedlungsflächenentwicklung, der öffentliche Raum, die Mobilität und Infrastruktur auch gleichermaßen mit Themen der sozialen Integration sowie der Einbeziehung von Impulsen zivilgesellschaftlichem Engagements befassen.

Eine Anerkennung und Berücksichtigung gesellschaftlicher Vielfalt (Vielfalt an Lebensstilen, Interessen, Fähigkeiten, Bedürfnissen, sozialen, familiären und beruflichen Hintergründen) - also die unterschiedlichen Nutzungsbedürfnisse an einen Raum - erfordern einen verantwortungsvollen Umgang bezüglich der Raumentwicklung auf regionaler und lokaler Ebene. Die Berücksichtigung einer vielfältigen Gesellschaft mit verschiedensten Anforderungen und Wünschen im Kontext der Planung verlangt auch, dass sowohl Politik wie auch Verwaltung diese als Chance und Herausforderung zugleich erkennen. Neben dem klaren politischen Willen sind vor allem auch Konzepte gefragt, die Vielfalt als positive Ressource begreifen.

Handlungsansätze - Gesellschaftliche Vielfalt erfordert Vielfalt im Handeln

Es gibt keine vorgefertigten bzw. überall gleichermaßen anwendbaren Handlungskonzepte und Werkzeuge, wie planerisch mit einer vielfältigen Gesellschaft umgegangen werden kann bzw. soll. Situationsbedingt sind jeweils unterschiedliche Ausgangs- und Rahmenbedingungen gegeben, die deshalb oft individuelle Handlungsansätze und -maßnahmen erfordern. Vonseiten der Planungsinstanzen gilt es vor allem durch sorgfältig angelegte Prozesse die bestehenden Methoden und Werkzeuge innerhalb der Raumplanung zu ergänzen und deren Repertoire auszuweiten. Wissen muss generiert, Vorurteile müssen entkräftet und Verkrustungen in den Denkstrukturen müssen aufgebrochen werden. Nur so lassen sich notwendige Entwicklungs- und Erneuerungskräfte mobilisieren und können neue Bündnisse und Kooperationsformen verschiedenster NutzerInnengruppen entstehen. Dies mit dem Ziel des Schaffens eines Raumes, der zu engagiertem Handeln einlädt.

Raumbezogene Integrationsagenden bedürfen eines klaren Commitments

Trotz gemeinsamer Schnittfelder bzw. Schnittmengen existiert vonseiten der unterschiedlichen AkteurInnen in der Raumplanung bezogen auf die vielfältigen Integrationsagenden meist keine gemeinsame Raumvision. Daher sind koordiniertes und vernetztes Handeln längst noch keine Realität. Zu ausgeprägt ist die „Kultur“ unterschiedlicher Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten.

Ein Blick auf die integrationspolitischen Aktivitäten in Österreich zeigt aber gleichermaßen, dass die Erarbeitung von Integrationsleitbildern zu einem wichtigen Anliegen der Städte und Regionen geworden ist. Ziel sollte es sein, dass diese Integrationsleitbilder zu strategischen Instrumenten der Raumentwicklung entwickelt werden. Sie können darauf ausgerichtet sein, unterschiedliche AkteurInnen von Politik, Verwaltung, Verbänden, Initiativen, NGO's etc. in ihren raumrelevanten Integrationsagenden miteinander zu vernetzen, deren Ziele aufeinander abzustimmen und letztlich deren Handeln zu koordinieren und politisch zu legitimieren.

Bestandsaufnahme muss über die Erhebung statistischer Daten hinausgehen

Viele Daten und Fakten werden im Rahmen von Statistiken, Plänen und Karten erfasst - wenngleich bezogen auf integrations- und diversitätsrelevante Fragestellungen meist auch nur sehr unzureichend. Weitgehend unbekannt bleibt aber, welche Erwartungen, Ziele, Wünsche und Hoffnungen die Menschen vor Ort an die Gestaltung ihres Lebensumfeldes haben. Dies vor allem dann, wenn sich diese nur schwer mit tradierten Verhaltensmustern und Erwartungshaltungen verknüpfen lassen. Somit bleiben die Wertevielfalt und auch die Vielfalt an Lebensstilen im Rahmen von Planungsprozessen meist unerkant und daher auch unberücksichtigt.

Eine quantitative Datenanalyse alleine reicht nicht aus um die ethnisch-kulturellen Merkmale einer vielfältigen Gesellschaft wahrnehmen und begreifen zu können. Stattdessen braucht es vorurteilsfreie Betrachtungsweisen, die immer wieder neue Blickrichtungen einnehmen und die dazu verhelfen, den Raum in seiner Vielschichtigkeit zu lesen und ihn zu interpretieren. Es geht vorrangig darum jene Potentiale wie auch Herausforderungen, welche die Handlungsfelder von Vielfalt und Integration

mit sich führen, sichtbar zu machen und zu vermitteln. Statistische Daten können in diesem Zusammenhang nur einen kleinen Teil des notwendigen Wissens abbilden. Darüber hinaus bedarf es offener Analysemethoden, wie z.B. Filmdokumentationen, Fotoreportagen, Interviews, wie auch partizipativer Prozesse vor Ort. Nur so kann es gelingen den gesellschaftlichen Raum tiefgründiger wahrzunehmen und deuten zu können.

Die Zusammenhänge zwischen den formalen Planungsvorgaben, der gebauten Umwelt, dem sozialen Handeln, dem kulturellen Ausdruck und den handelnden AkteurInnen vor Ort gilt es vordergründig sichtbar zu machen.

Fokus auf integrierte Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte lenken

Die klassischen planungsrelevanten Instrumentarien der Raumplanung sind breit gefächert und zielen vermehrt auf ordnungspolitische Fragen und Herausforderungen, beispielsweise in der Siedlungsentwicklung ab. Planlogiken und -inhalte konzentrieren sich vor allem auf die Durchführung der gesetzlich normierten Verfahrensabläufe. Nur bedingt haben diese aber auch Aussagekraft und Wirksamkeit im Bereich der sozioökonomischer und/oder kultureller Prozesse.

Im Kontext der Verknüpfung von Integrations- und Raumpolitik rücken aber zusehends auch integrierte Konzeptsätze in den Fokus. Integrierte Konzepte zielen darauf ab, die verschiedenen sektoralen Raumpolitiken zueinander in Bezug zu setzen, um die verschiedenen Anliegen und Interessen unterschiedlicher AkteurInnen miteinander zu vernetzen. Nur so kann eine diversitätsorientierte Raumentwicklung ermöglicht werden. Integrierte Konzepte werden so zu Querschnittskonzepten in der politischen Verankerung von Zielen und bezogen auf die strategische Steuerung und Koordination erforderlicher ressortübergreifender Maßnahmen und Interventionen.

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement - von Betroffenen zu Mitwirkenden

Beteiligung wird zwar im planungstheoretischen wie auch im -praktischen Diskurs als wesentlich erachtet, oftmals stellt sich diese jedoch in der Praxis als anspruchsvolles Vorhaben dar.

Nur durch eine professionelle Prozessteuerung und der Offenheit sowie Beteiligung möglichst vieler AkteurInnen kann es gelingen, dass Engagement innerhalb und auch außerhalb des politisch administrativen Systems entstehen kann, damit sich auch eine von möglichst vielen getragene Verantwortung für den Stadt- bzw. Ortsteil entwickeln kann. Damit verbunden ist vielfach ein Umdenken in Fragen der Zielsetzung und Gestaltung von Beteiligungs- und Mitwirkungsprozessen, bei denen es zunehmend wieder darum gehen muss, aus Betroffenen oder KonsumentInnen von Planung wieder Mitwirkende oder CoProduzentInnen von Raum zu machen. Es zeigt sich, dass daraus wertvolle Chancen entstehen, die Verantwortung für das eigene Quartier und die Nachbarschaft zu übernehmen.

Aktives bürgerschaftliches Engagement ist wesentlich, um Prozesse und Projekte im Bereich einer diversitätsorientierten Raumentwicklung erfolgreich zu entwickeln und umzusetzen.

Gerade auf der lokalen Ebene bedarf es daher neuer Zugänge, wie bürgerschaftliches Engagement geweckt und gefördert werden kann. Die Bereitstellung eines Quartiersbudgets kann dabei über die Eröffnung eines Mitspracherechts in der Mittelverwendung zu einem wichtigen Anreizinstrument werden. Gleichzeitig entstehen dadurch auch neue Formen und Qualitäten von Kooperationen, Netzwerken, der Kommunikation und des Zusammenlebens.

Lernen an und von guten Projekten

Programme und Pläne allein können nur schwer zivilgesellschaftliches Engagement initiieren und den beteiligten AkteurInnen zu einem langandauernden, verantwortungsvollen Handeln verhelfen. Um die Ziele einer integrativen Raumentwicklung auf lokaler, städtischer und auch regionaler Ebenen zu binden, sind konkrete Projekte notwendig. Sie stellen den Impuls und Bezugspunkt zu einem strategischen Handeln und Engagement dar. Anhand von konkreten Projekten, beispielsweise in der Um- oder Neugestaltung öffentlicher Räume oder im Aufbau kultureller Stadtteilzentren, können die Potenziale und Mehrwerte des gemeinsamen Handelns und des Zusammenlebens veranschaulicht werden. Konkrete Projekte werden damit zu „Bühnen“ eines offenen Dialogs und eines (planungs)kulturellen Lernprozesses aller Beteiligten aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

In dieser Bedeutung entfalten sie ihre Wirkung weit über den spezifischen lokalen Bezug hinaus

Handlungs- und Kommunikationsplattform als Fortsetzung des Diskurs

Lernen passiert meist an konkreten Projekten. Vielfach sind aber die Erfahrungen zu Projekten nicht oder nur schwer zugänglich. Insofern kommt es darauf an, das Lernen an und von Projekten in einen strukturierten und übergreifenden Prozess einzubinden.

Trägerin von Projekterfahrungen, -informationen und des Diskurses kann eine Kommunikations- und Handlungsplattform sein, die eine Art Knoten- und (Zusammenführung und neuerliche Verteilung von Information) Schnittstellenfunktion sowie AnsprechpartnerIn für das interne Netzwerk (Fachöffentlichkeit und erweiterte Öffentlichkeit) darstellt. Von daher erfolgt auch die Empfehlung zum Aufbau und zur Etablierung einer Bund/Länder-Plattform in der Diskussion und Vermittlung von Erfahrungswissen einer diversitätsorientierten und integrationsrelevanten Raumentwicklung.

Die Vermittlung und der Austausch des gewonnenen Wissens und der Projekte an die Öffentlichkeit sind dabei wesentliche Kernthemen. Daneben geht es aber auch darum, die Möglichkeiten der Akquisition von Fördermitteln aufzuzeigen - beispielsweise durch eine handlungsbezogene Verknüpfung und Bündelung bereits vorhandener Förderprogramme unterschiedlicher MittelgeberInnen.

Übergeordnetes Ziel dieser offen und herausfordernd angelegten Handlungs- und Kommunikationsplattform ist es den Umgang mit Vielfalt und Integration im Raum als breit angelegten kulturellen Prozess zu initiieren..

1. SELBSTVERSTÄNDNIS

Was hält eine Gesellschaft zusammen und worin begründen sich Ängste und Vorbehalte in einer immer vielfältiger werdenden Welt? Zuwanderung und Integration gesellschaftlicher Vielfalt erweisen sich zunehmend als eine Herausforderung, der man sich auf der einen Seite offener annehmen sollte, die auf der anderen Seite aber auch unterschiedlich angenommen und umgesetzt werden kann.

Inwiefern unterscheiden sich Integrationsprozesse gesellschaftlicher Vielfalt in ländlichen Regionen von jenen doch sehr unterschiedlichen Situationen in urbanen Ballungsräumen? Warum ist dieses in einigen Stadtquartieren kein Thema, während es in anderen wiederholt Anlass für Auseinandersetzungen ist? Mit welchen (sozial-)räumlichen Ansätzen kann man einer immer vielfältiger und ungleicher werdenden Gesellschaft gerecht werden? Kann die Raumentwicklung hierbei eine steuernde Funktion einer aktiven Zuwanderung und Integration übernehmen? Und: Wenn, ja, wie? Wie kann also Zuwanderung und Vielfalt sowie deren Integration auch zu einer ökonomischen Chance der Stadt- und Regionalentwicklung werden? Vor dem Hintergrund, dass die Sichtweisen vor allem auf die Integrations-Notwendigkeit einzelner (Zuwanderungs-)Kulturen unterschiedlich sind: Wie lassen sich sachbezogene Diskurse einer vorausschauenden und aktiven raumbezogenen Integrationspolitik initiieren und gestalten?

Wir haben es bei der Gestaltung der Integrationsstrategien also mit einer Fülle an Fragen zu tun, die ein komplexes Themenfeld aufspannen und deren Beantwortung einen Disziplinen übergreifenden Verständigungs- und Kooperationsprozess erfordern. Gerade die unter der Prämisse von Vielfalt und Integration stattfindenden Entwicklungsprozesse erfordern eine Reflexion raumwirksamer gesellschaftlicher und sozio-kultureller Phänomene und Herausforderungen, um handlungsbezogene Strategien, Prozesse, Instrumente und Steuerungsmöglichkeiten der Raumentwicklung zu etablieren. In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen der Partizipation und der Gestaltung kommunikativer Planungsprozesse in neuer Vielfalt.

In enger Kooperation zwischen den für Raumentwicklungsfragen zuständigen MitarbeiterInnen des Kernteams der ÖREK-Partnerschaft, den anwendungsorientierten WissenschaftlerInnen und PlanerInnen der TU Wien und der Universität Innsbruck, dem internationalen Network for Spatial Research Studies (YEAN), dem Interkulturellen Zentrum (IZ) sowie weiteren (lokalen) ExpertInnen in Integrations- und Raumfragen, wurde mit einer Workshop-Reihe diesen komplexen und vielschichtigen Ansprüchen und Herausforderungen im Themenfeld Vielfalt und Integration im Raum Rechnung getragen. Das Einbringen von Ideen und Erfahrungen von außen, eine anwendungsorientierte Debatte um diversitätsorientierte und raumentwicklungsrelevante Herausforderungen und Strategien sowie eine fachliche Begleitung haben einen enormen verfahrensbezogenen und fachspezifischen Reichtum geschaffen, den es auch weiterhin aktiv zu nutzen und zu aktivieren gilt.

Die ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“

Mit der Initiierung und Gründung (2011) der ÖREK-Partnerschaft sollen die Themenfelder „Vielfalt“ und „Integration“ in den Fokus der Raum- und Regionalentwicklungspolitik gerückt werden. In enger Abstimmung mit Kern-AkteurInnen aus Bund, Ländern, Städten und Gemeinden ist das Ziel dieser Partnerschaft, die Wissensbasis erfolgreicher Integrationsprozesse vor Ort zu erweitern und die Erkenntnisse anwendungsorientiert für die AkteurInnen der Raumentwicklung aufzubereiten. Damit geht es auch darum, die strukturellen Voraussetzungen horizontaler und vertikaler Vernetzung zwischen den Gebietskörperschaften und AkteurInnen der Raum- und Integrationspolitik zu verbessern. Ein österreichweites Spektrum relevanter AkteurInnen und MaßnahmenträgerInnen aus Bund, Ländern, Politischen Bezirken, Städten und Gemeinden bilden den Kern der Partnerschaft:

Bundesebene:

Bundeskanzleramt (BKA), Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)¹

Landesebene:

Land Vorarlberg, Integrationsstelle des Landes OÖ, NÖ Landesakademie, Regionalmanagement Niederösterreich, Land Wien

Städte- und Gemeindeebene:

Österreichischer Städtebund, Stadt Innsbruck, Stadt Leoben, Stadt Wien², Stadt Wiener Neustadt

Andere:

ÖROK und weitere fachliche AkteurInnen

1 Vormalig Bundesministerium für Inneres, Abt. III/8; Seit März 2014 liegt die Zuständigkeit beim Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

2 Die Stadt Wien wird hier als Partner auf Gemeindeebene genannt, bei einigen Ausführungen im Bericht wird sie jedoch auch teilweise als Bundesland angesprochen und versteht sich in diesem Zusammenhang auch als Partner auf Landesebene.

2. ZIELSETZUNG UND BEGLEITUNG DER PARTNERSCHAFT

In diesem hier vorliegenden Abschlussbericht sind die wesentlichen Ergebnisse und Erkenntnisse des zweijährigen Prozesses der wissenschaftlichen Begleitung der ÖREK-Partnerschaft zusammengefasst. Im Fokus steht die Auseinandersetzung mit Handlungsansätzen, Instrumenten und Gestaltungsmöglichkeiten einer diversitätsorientierten Raumentwicklung. Der Fokus auf integrationsrelevante Fragestellungen wurde dabei um eine diversitätsorientierte Betrachtungsweise erweitert. Dies umfasst die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen ebenso wie die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt der Lebensstile oder auch die Veränderungen in den Haushalts- und Familienstrukturen. Über die Integrationsfragen hinausgehend, wird der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt zu einer der großen Herausforderungen einer verantwortungsvollen Raumentwicklung. Integration von Vielfalt geht damit über die reine Fokussierung auf ethnisch-kulturelle Merkmale hinaus. Vielmehr treten unterschiedliche Wertvorstellungen, unterschiedliche Lebensstile und soziale Milieus einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft in den Mittelpunkt.

Integrationsprozesse haben immer auch räumliche Bezüge. Vor diesem Hintergrund muss der raumrelevante Integrationsdiskurs neu überdacht werden. Eine integrationsrelevante Raumentwicklung bedeutet, mit Vielfalt im Raum so umzugehen, dass darüber die Bereitschaft zur Integration bei den unterschiedlichen sozialen Gruppen bestärkt wird. Integrationsprozesse geschehen meist vor Ort, auch wenn die Ursachen bisweilen globaler Natur (Arbeitsbedingungen, Wertvorstellungen, internationale Wanderungen) sind und die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen durch übergeordnete Institutionen, durch Instrumente, Maßnahmen und Interventionen gesetzt werden. Die Herausforderungen der Integration werden vor allem von den vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen wahrgenommen und bewertet: dabei wird „den Anderen“ entweder mit Offenheit und Neugier oder aber mit Vorbehalten oder Ablehnung begegnet.

Daraus lassen sich eine Reihe von Fragen ableiten, auf die jeweils vor Ort eigene Antworten gefunden werden müssen:³

- >> Was ist notwendig, um die lokalen und regionalen EntscheidungsträgerInnen so zu unterstützen, dass sie sich umfassend und vorurteilsfrei auf die Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten einer raumbezogenen Integrationspolitik einlassen können?
- >> Wie lassen sich die Voraussetzungen einer ebenen- und bereichsübergreifenden Koordination der relevanten TrägerInnen von Raum- und Integrationspolitik verbessern?
- >> Wie kann die Entwicklungsplanung auf örtlicher, regionaler und auch nationaler Ebene den Rahmen dafür schaffen, die Prozesse in den Bereichen von Integration und Vielfalt professionell zu moderieren, um auf diese Weise die Integrationsressourcen effizienter mobilisieren zu können?

Mit der Etablierung der ÖREK-Partnerschaft sollen diese Fragen zu „Vielfalt“ und „Integration“ verstärkt in den Fokus der Raumentwicklung gerückt werden. In enger Abstimmung mit den PartnerInnen aus Bund, Ländern, Städten und Gemeinden ist das Ziel dieser Partnerschaft, die Wissensbasis für erfolgreiche Integrationsprozesse vor Ort zu erweitern und die Erkenntnisse handlungsorientiert für die AkteurInnen der Raumentwicklung aufzuarbeiten.

³ Scheuven et al.: Jahresbericht 2012 der Örek-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum. Wien, 2013, S.33.

Dazu haben sich insgesamt vier Themenfelder herauskristallisiert, die im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft in verschiedenen Workshops, in einer Jahresveranstaltung und einer Fachreflexion thematisiert wurden:

- >> Diskussion angemessener Informationen zur Beschreibung der Vielfalt von Gesellschaft, die über die amtliche Statistik nicht mehr abgebildet wird.
- >> Auseinandersetzung mit den Anforderungen und Bedürfnissen einer vielfältigen Gesellschaft, die an den jeweils eigenen Raum formuliert werden.
- >> Diskussion von Erfahrungswerten, die im Rahmen kooperativer und partizipativer Planungsprozesse bezogen auf eine integrationsrelevante Raumentwicklung gemacht werden.
- >> Aufbereitung von Methoden, Instrumenten und Steuerungsverfahren räumlicher Integrationsprozesse für kommunale und regionale Planungs- bzw. Maßnahmenträger

Insgesamt geht es dabei sowohl um die Sensibilisierung als auch um die Unterstützung der unterschiedlichen kommunalen oder regionalen Planungs- und MaßnahmenträgerInnen hinsichtlich räumlicher Aspekte von Diversität und Integration ebenso wie um raumbezogene Integrationsstrategien, -maßnahmen und -instrumente.

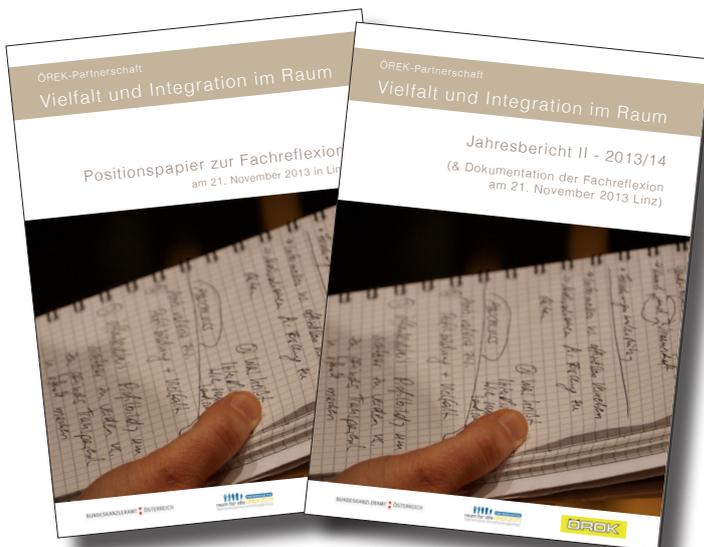
Bereits im Jahresbericht von 2012 der ÖREK-Partnerschaft wurde herausgestellt, wie tiefgreifend sich die Bedingungen einer städtischen und regionalen Politik in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesellschaftlichen Vielfalt hat die Raum- und Regionalentwicklung den neuen Herausforderungen im Rahmen der Planungs- und Entscheidungsprozesse Rechnung zu tragen. Aufgrund der sichtbaren sozioökonomischen Polarisierungen und der soziokulturellen Ausdifferenzierungen gewinnt dabei nicht nur die Integration von Zugewanderten, sondern auch oder vor allem der Umgang mit und die Integration von Vielfalt im Raum zunehmend an Bedeutung für wirtschaftliche, gesellschaftliche und raumbezogene Entwicklungsstrategien.

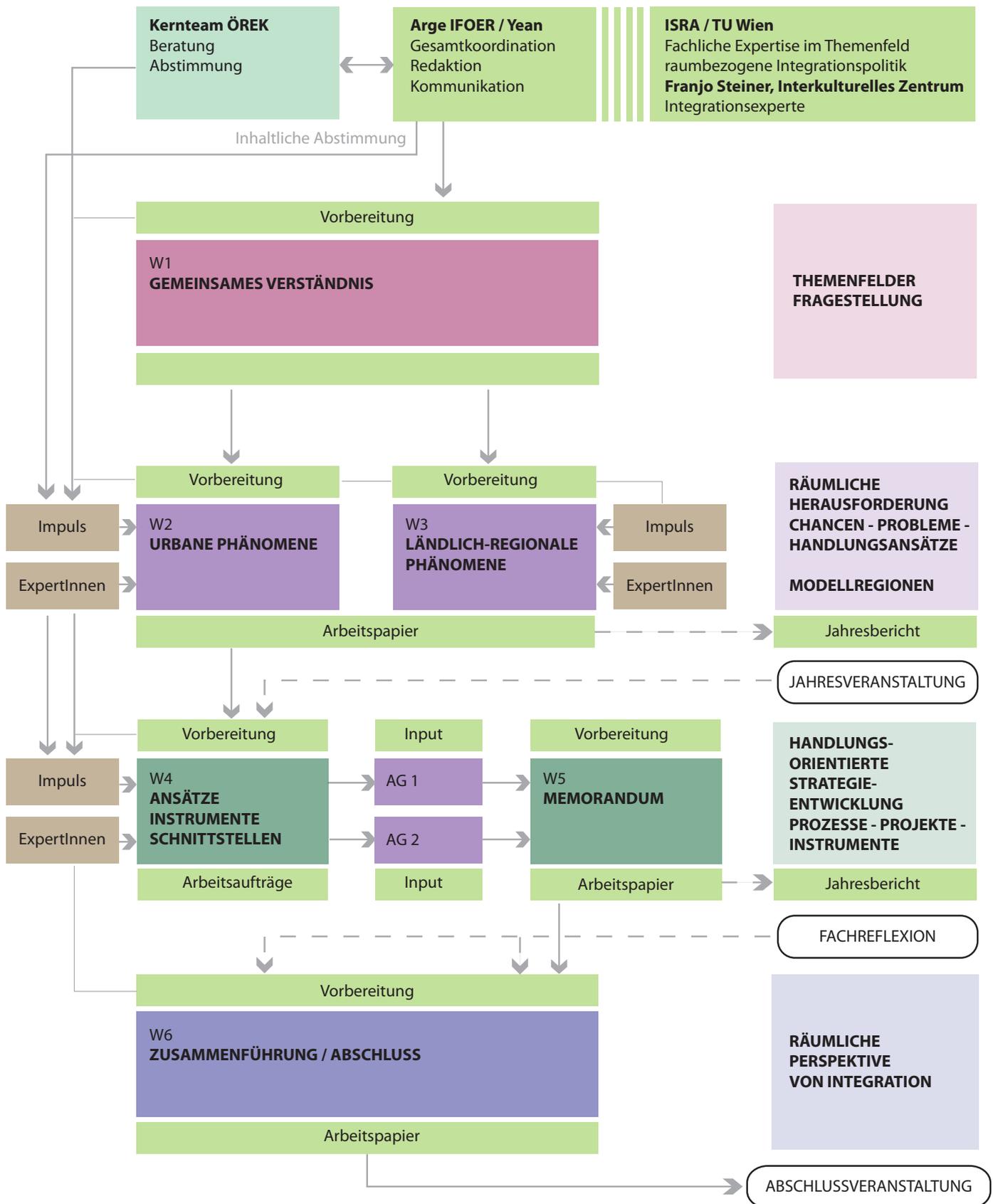
Die Auseinandersetzung mit den räumlichen Herausforderungen, Chancen und Problemen von Integration und Vielfalt in der Raumentwicklung war Gegenstand der Diskussionen in den ersten drei Workshops der Partnerschaft im Jahr 2012. Zur Jahreskonferenz im Jänner 2013 in Leoben wurden die wesentlichen Erkenntnisse zur Diskussion gestellt und um Beiträge und Referenzen zu ersten Handlungsansätzen und Instrumenten erweitert. Die Ergebnisse dieser Reihe sind in dem ersten Jahresbericht zur Partnerschaft dokumentiert.

In den Fokus des zweiten Jahres rückte die Auseinandersetzung mit konkreten Handlungsansätzen, Instrumenten und Prozessen einer diversitätsorientierten Raumentwicklung. Zentrale Fragen galten

- >> den Herausforderungen und den damit verknüpften Planungsaufgaben von Integration und Vielfalt in der Raumentwicklung,
- >> den Zugängen und Konsequenzen bezogen auf das Planungsverständnis einer diversitätsorientierten und integrationsrelevanten Raumentwicklung,
- >> den Gestaltungsansätzen, Verfahrensweisen und Instrumenten der Raumentwicklung zur Steuerung und Gestaltung räumlicher Integrationsprozesse
- >> den nächsten Schritten zur Verstetigung des strukturierten Wissensaustausches und des Lernens voneinander bezogen auf Projekte, Strategien und Maßnahmen von Integration und Vielfalt in der Stadt- und Regionalentwicklung.

Die Ergebnisse des gesamten Arbeitsprozesses sind nun in diesem Abschlussbericht zusammengefasst. Ein zentrales Anliegen dieses Berichtes ist es, den Verantwortlichen aus Politik und Planung Mut zu machen, dem Thema „Vielfalt und Integration im Raum“ mehr Bedeutung und Gewicht bezogen auf die Raumentwicklung einzuräumen. Diese Publikation versteht sich somit als Anregung für alle jene, sich dem Themen- und Arbeitsfeld von Integration und Vielfalt mit der dazu notwendigen Offenheit, Kreativität und Verantwortung zu widmen. Hierzu enthält der Jahresbericht auch eine Reihe an guten Beispielen, die demonstrieren, wie vielfältig das konkrete Handeln im Raum sein kann, wenn es darum geht, Engagement und Verantwortung für den Raum und für eine vielfältige Gesellschaft zu wecken und zu aktivieren.





DER ARBEITSPROZESS

Die Arbeit der ÖREK-Partnerschaft wurde durch ein Team externer Fachleute begleitet und strukturiert. Der Prozess der fachlichen Begleitung war in verschiedene Sequenzen gegliedert, sodass ein gemeinsamer und interdisziplinärer Wissensgenerierungsprozess gewährleistet werden konnte. Im Rahmen von insgesamt sechs Werkstätten wurden jeweils integrations- und raumrelevante sowie strategierorientierte Themenfelder im Kontext räumlicher Entwicklung in den Fokus gerückt.

2012:

W1: Gemeinsames Verständnis (18.6.2012)

Bei der Kick-Off-Veranstaltung standen vor allem ein gegenseitiges Kennenlernen sowie die Reflexion eines gemeinsamen Verständnisses von Vielfalt, Integration und Raum im Mittelpunkt.

W2 und W3 - Räumliche Herausforderungen (24.09.2012 und 28.11.2012)

Die räumlichen Herausforderungen sowie die damit verbundenen Chancen und Potenziale wurden thematisiert. Anhand von Beispielstädten und -regionen wurden erste handlungsorientierte Zugänge zum einem als urbanes Phänomen (W2) und zum anderen als ländlich-regionales Phänomen (W3) herausgearbeitet und diskutiert.

2013/14:

Jahreskonferenz Leoben (30.01.2013)

Die Ergebnisse aus den drei Werkstätten im Jahr 2012 wurden gebündelt und einem breiten Fachpublikum in Form von Vorträgen und Arbeitsgruppengesprächen zur Diskussion gestellt. Ergänzt wurden die Beiträge aus der Partnerschaft durch externe ExpertInnen und KommentatorInnen.

W4 und W5 - Instrumente und Prozesse (17.03.2013 und 18.09.2013)

Die Werkstätten 4 und 5 standen ganz unter dem Vorzeichen der Diskussion von Instrumenten und Prozessen zu einem raumbezogenen Handeln bezogen auf die Herausforderungen von Integration und Vielfalt. Internationale Referenzen gaben Anstöße zu weiterführenden Diskussionen und Positionsbestimmungen.

Fachreflexion Linz (21.11.2013)

Die Erkenntnisse und Empfehlungen des zweiten Jahresprogramms wurden bezogen auf Gestaltungsansätze und Instrumente im Rahmen der Fachreflexion in Linz unter Beteiligung externer Vortragender und KommentatorInnen diskutiert.

W6 - Zusammenführung und Abschluss (07.03.2014)

Mit der Veranstaltung der letzten gemeinsamen Werkstatt fand die inhaltliche Bearbeitung mit dem wissenschaftlichen Begleitteam ihren Abschluss. Im Fokus standen einerseits die Reflexion und Annahme des Abschlussberichtes durch die Partnerschaft und andererseits der Ausblick auf eine mögliche Weiterarbeit der Thematik „Vielfalt und Integration im Raum“.

„Auf politischer Ebene ist es so, dass die Politik das Thema Integration als Querschnittsmaterie etablieren will. In der Stadtplanung und Stadtentwicklung ist das Thema bereits als Querschnittsthema angekommen, aber das muss man sich auch tagtäglich erkämpfen. Aber auch in anderen Bereichen soll Integration als Querschnittsthema etabliert werden. Der Wille ist da!“

„Die Anschlussfähigkeit bei Themen spielt eine große Rolle. Das Thema 'Integration und Vielfalt im Raum' muss einfach kommunizierbar sein, sollte sich selbst erklären!“

„Es ist äußerst wichtig, dass das Bewusstsein darüber, was Vielfalt bedeutet, bei den handelnden Personen erweitert wird!“

„Man soll Orte für Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Damit verbunden ist die Bedeutung der öffentlichen Räume als Orte der Integration. Wichtig ist, dass diese Räume freigehalten werden und nicht unbedingt einer kommerziellen Nutzung zu führen. Es braucht auch Motive – z.B. Musik machen, Kunst als Motiv.“

„Zuwanderung und Vielfalt ist in Wien wie in jeder anderen Großstadt Alltag und Normalität. Diese in der Stadt vorhandene Vielfalt stellt eine enorme kulturelle und wirtschaftliche Ressource dar!“

3. HERAUSFORDERUNGEN

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Bedingungen städtischer und regionaler Politik tiefgreifend verändert. Die globalisierte Wirtschaft, die Energieknappheit und die zunehmende Umweltbelastung sowie die zunehmend internationalisierte und individualisierte Gesellschaft einschließlich des demografischen Wandels schlagen sich nicht nur in Statistiken, sondern auch in den Köpfen der Menschen im Alltag nieder. Vor dem Hintergrund steigender gesellschaftlicher Vielfalt hat die Raum- und Regionalentwicklung im Rahmen der Planungs- und Entscheidungsprozesse diesen neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Aufgrund der sichtbaren sozioökonomischen und sozialräumlichen Polarisierungen gewinnt gerade die Integration von Zugewanderten für wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch raumbezogene Entwicklungsstrategien zunehmend an Bedeutung. Um eine aktive und nachhaltige Politik- und Gestaltungsarbeit auf allen räumlichen Ebenen zu gewährleisten, ist es notwendig, die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen und Faktoren in ihrem Zusammenwirken und ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Gegenstand dieses Kapitels ist, die damit verbundenen Herausforderungen zusammenfassend zu umreißen.

Gesellschaftliche Vielfalt ist Realität

Gesellschaftliche Vielfalt – also die Vielfalt an Lebensstilen, Interessen, Fähigkeiten, Bedürfnissen, sozialen, familiären und beruflichen Hintergründen – ist mittlerweile eine unbestrittene Realität mit steigender Tendenz. Ganz besonders der gesellschaftliche Wandel und die Ausdifferenzierung von Gesellschaft, Milieus und Lebensstilen verändern die Anforderungen an Raum und an eine verantwortungsvolle Raumentwicklung in entscheidender Weise. Vor allem die Städte werden zu Kristallisationspunkten, Bezugs- und Aktionsräumen von Migration, von ethnischer und soziokultureller Vielfalt und unterschiedlichen Lebensentwürfen.

Der Wandel betrifft den Altersaufbau der Gesellschaft, die ethnische und kulturelle Vielfalt genauso wie den Rückgang traditioneller Haushalts- und Familienstrukturen. Dies vollzieht sich teils räumlich höchst unterschiedlich und hat teilweise gravierende Folgen für die Städte und die Gemeinden. Vor allem kleine und mittelgroße Städte außerhalb der suburbanen Zonen um die Großstädte werden durch sinkende Geburtenraten, eine steigende Lebenserwartung und durch sozial selektive Fortzüge vor große Herausforderungen gestellt. Gerade junge und gut ausgebildete Menschen wandern in die großen Städte ab – daher nimmt der Anteil älterer BewohnerInnen stetig zu. Sinkende EinwohnerInnenzahlen und eine veränderte Bevölkerungsstruktur sind die Folge. Damit verändert sich die Nachfrage nach Wohnraum und Konsumgütern, Infrastrukturnetze und Einrichtungen unterliegen veränderten Auslastungen, soziale Infrastruktur muss mitunter umgenutzt, rückgebaut oder massiv erweitert werden. Je nach Nachfrage sinken oder steigen die Marktpreise von Grundstücken und Immobilien – mit teils gravierenden Konsequenzen bezogen auf die räumliche Entwicklung in den Städten und Gemeinden. Umstrukturierungsprozesse im gewerblichen Bereich, ein verändertes Konsumverhalten sowie soziale und kulturelle Werteverstärkungen bleiben nicht ohne Einfluss auf den Stellenwert von Innenstädten und ehemals florierenden Einkaufslagen. Ausgeprägte Leerstände oder untergenutzte Geschäftslokale sind Ausdruck eines Wandels, der seine Ursachen auch in veränderten Lebensstilen findet.

Städte, aber auch ländliche Räume, sehen sich zunehmend mit Zuwanderung wie mit wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichheiten und flexibleren Lebensformen konfrontiert. Die damit verknüpften integrationspolitischen Herausforderungen sind bislang meist nur unzureichend wahrgenommen worden. In jüngster Zeit drohen Städte jedoch ihre klassische Funktion als soziale Nivellierungs- und Integrationsinstanz zu verlieren, weil wichtige Integrationsinstanzen (Arbeit, Wohnen/Nachbarschaft, Schulen und öffentlicher Raum) vor dem Hintergrund oftmals gekürzter Mittel an integrativer Kraft verloren haben, da sie mit wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichheiten sowie mit flexiblen

Lebensformen konfrontiert sind. Räumliche Konzentration von sozial benachteiligten Gruppen in unterschiedlichen Quartieren, Ausgrenzung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen sowie zeitlich stattfindende Aufwertungsprozesse bewirken eine sozialräumliche Polarisierung unterschiedlichen Ausmaßes. Häufig muss davon ausgegangen werden, dass sich in den Städten nicht nur die Vielfalt sozialer Lagen, ethnischer Zugehörigkeit und kultureller Lebensstile erhöht, sondern auch räumlich segregiert. Arm und Reich driften auch räumlich stärker auseinander, was zu ökonomischen, sozialen und ethnischen Parallelgesellschaften führen kann.

Auch wenn der gesellschaftliche Wandel in den Städten am intensivsten und vielfältigsten spürbar ist, so ist die Gestaltung des demographischen Wandels (sinkende Geburtenrate, steigende Lebenserwartung, sozial selektive Fortzüge etc.) gerade für kleine und mittelgroße Städte und eher ländlich geprägte Regionen zur zentralen Herausforderung geworden.

Raumplanung nimmt Einfluss auf das Zusammenleben

Die Raumplanung selbst nimmt direkt oder indirekt Einfluss auf das Zusammenleben in Städten und in Gemeinden und damit auf Fragen der Integration oder Ausgrenzung. So werden Räume immer auch über die Planung und über die Gestaltung beeinflusst. Sie wirken auf das Innen- und Außenbild von Quartieren ein und beeinflussen darüber Prozesse der Imagebildung und bisweilen auch der Stigmatisierung. Durch die Zuweisung von Funktionen mittels der Raumplanung werden nicht nur die städtebaulichen Strukturen und öffentlichen Räume der Quartiere gestaltet, sondern die Infrastrukturausstattung eines Quartiers, das (Nicht-)Vorhandensein von Schulen, Jugendeinrichtungen oder Kinderbetreuungsstätten und deren Qualitäten hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität der BewohnerInnen vor Ort.⁴

Der demografische Wandel sowie die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen – auch wenn bisweilen global beeinflusst – stehen lokal und regional in direkten Wechselbeziehungen zueinander.

⁴ Häußermann, Hartmut: Desintegration durch Stadtpolitik?. In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid (2008), Stadt- und Regionalforschung 2008/1, S. 16ff.

Das macht neue und integrierte Instrumente und Maßnahmen der Raumentwicklung erforderlich, welche zum einen die klassischen raumrelevanten Planungsansätze unterstützen und zum anderen die klassische Raumplanung mit Aktivitäten in wirtschaftlichen, sozialpolitischen, ökologischen und kulturellen Bereichen verknüpfen.

Die neuen Herausforderungen verlangen beispielsweise eine aktive Standort- und Wirtschaftspolitik, um in den Regionen zum einen genügend Arbeitsplätze in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern und für differenzierte Qualifikationen bieten zu können und zum anderen den sozialen Zusammenhalt stärken. Dies bedingt eine regionale Abstimmung, wenn es um Standortfragen, den quantitativen und qualitativen Angebotsmix, die Fördermodalitäten oder beispielsweise den Trägerformen und um die Abstimmung wohnungs- und siedlungspolitischer Zielsetzungen geht. Dies betrifft zudem das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen als Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (insbesondere für Frauen). Dies erfordert weiters eine aktive Bildungspolitik als Schlüssel zur Integration und als Faktor einer Konkurrenzfähigkeit im internationalen Standortwettbewerb der Städte und Regionen. Und dies verlangt auch nach infrastrukturellen Anpassungsstrategien für eine veränderte, vielfältigere Gesellschaft mit ihren differenzierten Bedarfen an Wohnraum, sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen, Mobilitätsangeboten und öffentlichen Räumen.

Politik und Verwaltung müssen auf die Herausforderungen reagieren

Auf regionaler und lokaler/örtlicher Ebene steht die Raumplanung also vor besonderen Herausforderungen, welche sich eben nicht in tradierten Planungskategorien abbilden und mit klassischen Routinen bewältigen lassen. Die Herausforderungen sind komplex und vielfältig. Mit der Sichtweise auf die Integration vielfältiger Lebensentwürfe, Wertevorstellungen und Verhaltensweisen stehen Politik und öffentliche Verwaltungen vor der Aufgabe, auf Problem- und Konfliktlagen sowie auf Herausforderungen und Chancen reagieren zu müssen.

Eine besondere Verantwortung kommt hierbei dem Bund und den Ländern zu: Hier werden die Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Wertevorstellungen geprägt. Durch angemessene Instrumente und Verfahren

kann und sollte ein „change management der Köpfe“ bewirkt und eine Qualifizierung der Prozesse initiiert und gefördert werden.

Entscheidend bei allen Strategien und Handlungsansätzen ist, den häufig negativen Bildern über Migration, Diversität und Integration entgegen zu wirken. Benötigt werden glaubhafte gesamtgesellschaftliche Visionen und ein politisches Klima der Verantwortung und der Motivation. Neben dem klaren politischen Willen sind hier nun vor allem auch die Städte und Gemeinden gefordert, Konzepte zu entwickeln, welche die (migrationsbedingte) Vielfalt in jeder Hinsicht als Ressource begreifen und dafür Mehrheiten zu gewinnen. Die Etablierung einer „Willkommenskultur“ kann dabei zu einem wichtigen Schlüssel werden. Nur so kann der Umgang mit Migration und Diversität zu einem Diversitätsbewusstsein auf allen gesellschaftlichen Ebenen führen.⁵

Die politische und lebensweltliche Integration verschiedener Kulturen im entwicklungspolitischen Kontext ist Chance und Herausforderung zugleich. Vor allem die Städte sind darauf angewiesen, die Internationalisierung der Stadtgesellschaft produktiv zu nutzen. Das gelingt vor allem über die Entwicklung integrierter Konzepte und Strategien. Es geht dabei um die Gestaltung von Prozessen eines gerechten Interessenausgleichs und die Bündelung von Wissen und Ressourcen unter Einbeziehung relevanter AkteurInnen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft.

Gesellschaftliche Vielfalt erfordert Vielfalt im Handeln

Auf der lokalen Ebene sind Politik und Verwaltung herausgefordert, den Umgang mit Vielfalt und Integration nicht als Belastung und Bürde anzusehen, sondern diesen als Chance und Herausforderung für neue, mitunter auch überraschende Zugänge der Raumwahrnehmung und -entwicklung zu sehen. „Frische Blicke“ und vor allem integrierte Konzepte sind gefordert, wenn es darum geht, die unterschiedlichen, im sozialen Raumgefüge eingebetteten Besonderheiten, Begabungen und Talente zu entdecken und zu fördern, insbesondere dann, wenn

die sozialräumlichen Konstellationen zuvor als „problematisch“ eingestuft wurden.

Weit über ein Konfliktmanagement und über eine Konfliktvermeidung hinausgehend, kommt der Raumplanung dabei die Aufgabe zu, das vielfältige soziokulturelle und ökonomische Wirkungsgeflecht zu stimulieren. In sorgfältig angelegten Prozessen müssen Aufmerksamkeit erzeugt, Verkrustungen in den Denkstrukturen aufgebrochen, Entwicklungs- und Erneuerungskräfte mobilisiert und Grenzen zwischen gesellschaftlichen Gruppen überwunden werden. Es geht um die Förderung neuer Bündnisse und Kooperationsformen und um die Eröffnung von Raum zu einem engagierten Handeln.

Dies verlangt einen wesentlich höheren Aufwand an Zusammenarbeit, Aushandlung und Abstimmung und eine wesentlich größere Bereitschaft, sich mit dem Nutzen eines querschnittsorientierten Planens und Handelns auseinanderzusetzen und auf gemeinsame Entwicklungsziele zu verständigen, als dies die bisherigen Planungsprozesse wie auch Politikformen verlangt haben. Von daher bedarf es eines klaren politischen Commitments, sich den Herausforderungen mit vielfältigen und wohl dosierten Prozessschritten und Kooperationen stellen zu wollen.

Der zukunftsorientierte, kreative und verantwortungsbewusste Umgang mit den Querschnittsthemen und Politikfeldern „Integration“ und „Vielfalt“ wird dabei zu einer besonderen Investition in die Zukunft von Städten und Gemeinden. Ohne die Bereitschaft, dabei auch planerisch neue Wege zu gehen und Neuland betreten zu wollen, wird dies nicht gehen. Kurz gesagt: Der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt erfordert die Vielfalt im politischen und planerischen Handeln!

⁵ Erol Yildiz: „Wir leben das!“ - Ein Plädoyer für eine Potentialorientierung: In Jahresbericht 2012 der ÖRek-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“, S. 38.

Positionen:

- >> **Klares politisches Bekenntnis zu Integration und Vielfalt im Raum** – als Bedingung eines verantwortungsvollen, koordinierenden Handelns!
- >> **Bereitschaft zum Umdenken** – als Voraussetzung dafür, bestehende Barrieren zu erkennen und zu überwinden; hier sind die AkteurInnen der Makro-Ebene in einer besonderen Verantwortung!
- >> **Notwendigkeit integrierter Strategien** – als zentrale Basis zur politischen Verankerung von Zielen und zur strategischen Steuerung sowie Koordination erforderlicher ressortübergreifender Maßnahmen und Interventionen!
- >> **Aktivieren der Schnittstellen** – im Sinne einer institutionell- und ämterübergreifenden Ressourcenbündelung unter Einschluss einer Kooperation mit privaten AkteurInnen!
- >> **Etablieren offener Förder- und Anreizsysteme** – in der strategischen und kooperativen Verknüpfung von top- down- und bottom-up-Prozessen!
- >> **Entwickeln stimulierender Verfahren der Raumwahrnehmung** – als notwendige Voraussetzung für gute Informationen über die jeweiligen sozialräumlichen Settings!
- >> **Verbreitern der Wissensbasis** – mit Blick auf neue Governance-Formen aus erfolgreichen Projekten, Prozessen, Instrumenten und Strategien der Raumentwicklung lernen!

HANDLUNGSFELDER - EINIGE BESPIELE

Soziale Integration und regionale Mobilität:

Die gesellschaftliche Ausdifferenzierung führt zu einem stärkeren Rückzug in die „eigene“ Gruppe – im unmittelbaren Wohnumfeld, im Grätzel, am Arbeitsplatz und bisweilen auch hinsichtlich der Nutzung des öffentlichen Raumes. Dabei werden Zeiträume und eine selektive Nutzung der Räume auch Konflikte vermieden, indem man sich aus dem Weg geht. Die Aufgabe der integrativen Maßnahmen ist es, gegen diese Trends anzuarbeiten, um das Auseinanderstreben und Voneinander-Fortrücken abzufedern. Was sind die neuen Antworten? Was bedeutet dieses für eine Belegungspolitik oder für Planungsverfahren zur Gestaltung des öffentlichen Raumes? Wo sollen welche Arten von Infrastrukturen platziert wer-

den und welche Institutionen können diese Brückenfunktionen übernehmen? Was verlangt dies an neuen lokalen und regionalen Abstimmungsmechanismen bezogen auf die Entwicklung und Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstandorten, von Verkehrsinfrastrukturen und -angeboten?

Wohnen und Siedlungsflächenentwicklung:

Die Wohnungsnachfrage hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aufgrund der gesellschaftlichen Vielfalt erheblich gewandelt. Das betrifft zum einen die Wahl des Wohnstandortes – hier sehen wir aufgrund des demographischen Wandels und veränderter Geschlechter-Rollen eine Schwächung des Trends der Suburbanisierung und eine zunehmende Attraktivität innenstadtnaher Wohnquartiere. Gleichzeitig verändern sich die Grundrisse weg vom „Kleinfamilien-Modell“ hin zu robusten und flexiblen Lösungen. Weiteres wird vor dem Hintergrund zunehmender Einkommens- und Vermögensunterschiede der Aspekt der Bezahlbarkeit bedeutsamer. Schließlich nimmt vor allem in Altbauquartieren, insbesondere in Sanierungsgebieten, die Vielfalt an ethnischen Hintergründen, an Lebensstilen, an Altersgruppen und Haushaltsformen zu, was sich in zunehmenden Segregationstendenzen widerspiegelt (Rückzug in spezifische Quartiere und/oder Wohnungsmarkt-Segmente). Längst hat sich der Wohnungsmarkt in vielfältige Teilmärkte aufgespalten und (auch in den Wechselwirkungen zum Arbeitsmarkt) eine regionale Dimension angenommen. Daraus ergeben sich für Gemeinden, Wohnbauträger und Quartiersmanagement neue Herausforderungen und ein verändertes Rollenverständnis. Vor diesen Herausforderungen stellt sich die Frage, wie sich die Erfahrungs- und Wissensbasis aufbauen und erweitern lässt, um den differenzierten qualitativen und quantitativen Bedürfnissen zu begegnen? Welche Instrumente stehen zur Verfügung bzw. welche müssen neu entwickelt werden, um bedarfsgerecht planen zu können? Welchen Stellenwert besitzt dabei die lokale und regionale Abstimmung und Koordination zwischen den unterschiedlichen Trägern und Partnern des Wohnbaus und der Siedlungsflächenentwicklung?

Öffentlicher Raum:

Öffentliche Räume sind Bezugs- und Aktionsräume und damit immer Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich auf diesen „Bühnen“ ausdrücken. Damit können öffentliche Orte sowohl der integrativen Begegnung, als auch der Aus- und Abgrenzung dienen. In dieser Funktion reicht es nicht aus, die Orte nicht nur auf die Frage der physischen Gestaltung, der Funktionalität respektive des Designs zu reduzieren. Neben der physischen Gestalt sind bei der Planung immer auch Partizipationsprozesse beim Bau oder Umbau öffentlicher Räume zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollte die Nutzung des „fertiggestellten“ Raumes professionell begleitet werden, wenn es das Ziel ist, dass sich dort unterschiedliche Gruppen begegnen um bestehende Vorbehalte abzubauen. Es geht dabei um die Thematisierung von „Nähe“ und „Distanz“ zu den „anderen“ sozialen Gruppen, wobei gelernt werden kann, den jeweils passenden Abstand selbst steuern zu können. So werden öffentliche Räume zu Orten der Begegnung, des Austausches, der wechselseitigen Wahrnehmung und des voneinander Lernens. Was bedeutet dies für die Ausgestaltung konkreter Planungs- und Beteiligungsprozesse, wie kann es gelingen, die unterschiedlichen Altersgruppen dazu zu motivieren, Verantwortung für die Entwicklung, die Konzeption und für den alltäglichen Gebrauch öffentlicher Räume zu übernehmen, sind hier zentrale Fragestellungen.

Mobilität:

Über die amtliche Statistik werden Menschen bzw. soziale Gruppen über ihre Wohnstandorte erfasst und deren Konzentration respektive Durchmischung mit anderen sozialen Gruppen seitens der Raumplanung interpretiert. Die Wohnadresse ist aber nicht notwendigerweise der Ort der Aktivitäten, der Begegnung, des Lernens in sozialräumlichen Settings. Die funktionale Trennung der modernen Städte hat eine umfangreiche Mobilität hervorgerufen, zudem haben die Verflechtungen von Wohnen und Arbeiten längst eine regionale Dimension angenommen. Über die Aktionsräume der Wohnbevölkerung in Groß-, Mittel- und Kleinstädten sowie in ländlichen Räumen ist wenig bis nichts bekannt – allenfalls wird nach Kategorien wie Alter und Geschlecht unterschieden, die jedoch ihrerseits eine hohe Binnenheterogenität aufweisen. Noch weniger ist über die Mobilitätsansprüche einer viel-

fältigen Bevölkerung bekannt. Und: Lässt sich planerisch darauf Einfluss nehmen und – wenn ja – wie?

Bildung/Schulen/Infrastruktur:

Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist einer der zentralen Schlüssel zur Chancengleichheit, zur sozialen Gerechtigkeit und damit zentraler Integrationsfaktor. In den Schulen wird nicht nur Fachwissen vermittelt, sondern es wird auch das soziale Kapital unserer Gesellschaft herausgebildet. Angemessen ausgestattete Schulen und ihre Integration in den räumlichen Kontext des Umfeldes als „Lernlandschaft“ werden zu einem Schlüsselfaktor für die Chancengleichheit von Jugendlichen und insbesondere für die gesellschaftliche Integration von MigrantInnen und von sozial benachteiligten BewohnerInnen. Neben verbesserter Ausstattung, besseres und spezialisiertes Personal sowie neuen Vermittlungs- und Lernformen ist es vor allem ein Einüben des Verhaltens in komplexen sozial(räumlich)en Situationen. Gute Beispiele für die erweiterte Rolle von Schulen als Zentrum von Nachbarschaften sind vor allem aus Skandinavien, aber bereits auch aus einigen „Problemgebieten“ in Deutschland bekannt. Zudem ist ein Umdenken der bildungsnahen Eltern notwendig, welche es bevorzugen, ihre Kinder nicht in „Risiko-Schulen“ einzuschulen und oft lange Schulwege in Kauf nehmen, um „unangenehm“ respektive „benachteiligten“ Situationen auszuweichen.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Weder Politik noch Verwaltung können die Herausforderungen gesellschaftlicher Veränderungsprozesse allein bewältigen. Auch die Wirtschaft, insbesondere die global orientierte, lässt sich für lokale Integrations-Maßnahmen vor Ort kaum gewinnen (beispielsweise in CSR-Strategien). Daher wird in den letzten Jahren auf die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements gesetzt – als (sanfter) Druck von oben vor allem auf ältere Menschen (insbesondere Frauen), aber eben auch als sich öffnende Engagements-Räume [nachbarschaftlicher Hilfe, sozialen Engagements, der Entwicklung von ‚commons‘ (von car-sharing über ‚urban farming‘ zu Einkaufsgenossenschaften)]. Diese Formen des Engagements erfordern zunächst die Mitverantwortung, das Engagement und die Identifikation der Menschen mit ihrer Nachbarschaft, ihrem direkten Lebensumfeld und darüber hinaus ihrer Gemeinde oder Stadt. Im Gegenzug wird das Engagement auch durch eben diese Aktivitäten gestärkt. Doch was bedeutet dies für eine Gesellschaft, deren Erwartungen, Ziele und Ideen ebenso vielfältig sind, wie die Gesellschaft es selbst ist? Wie lässt sich das zivilgesellschaftliche Engagement stärken und was kann Planung dazu beitragen, Interesse für die anstehenden Aufgaben und Herausforderung zu wecken? Wie kann man Gruppen aktivieren, die nur schwierig zu erreichen sind? Wie können in diesem Zusammenhang die sprachlichen und kulturellen Unterschiede (Barrieren) abgebaut werden?

„Es müssen Strukturen und Ansprechpersonen auf regionaler Ebene definiert werden! Auf Landesebene werden bereits einige Ressorts/Ressourcen projekt- und handlungsbezogen gebündelt.“

„Der Flächenwidmungsplan als ein wirksames Instrument in der Raumplanung kann nicht die Integration berücksichtigen und stellt somit kein geeignetes Instrumentarium für den Umgang mit Vielfalt und Integration im Raum dar.“

„Wir müssen klar wissen, welche Instrumente wir überhaupt „greifen“ können, um diese für notwendige Handlungen bezogen auf Vielfalt und Integration im Raum heranziehen zu können!“

“Schnittfeldmanagement: Wie funktioniert das Zusammenwirken der unterschiedlichen AkteurlInnen bzw. das Zusammenwirken der unterschiedlichen Ebenen.

Die zentrale Frage ist die Organisation. Wie organisieren sich die unterschiedlichen Ebenen/ AkteurlInnen miteinander?“

Zitate aus den Workshops



4. DIE PARTNERSCHAFT VOR ORT - PRAKTISCHE BEFUNDE

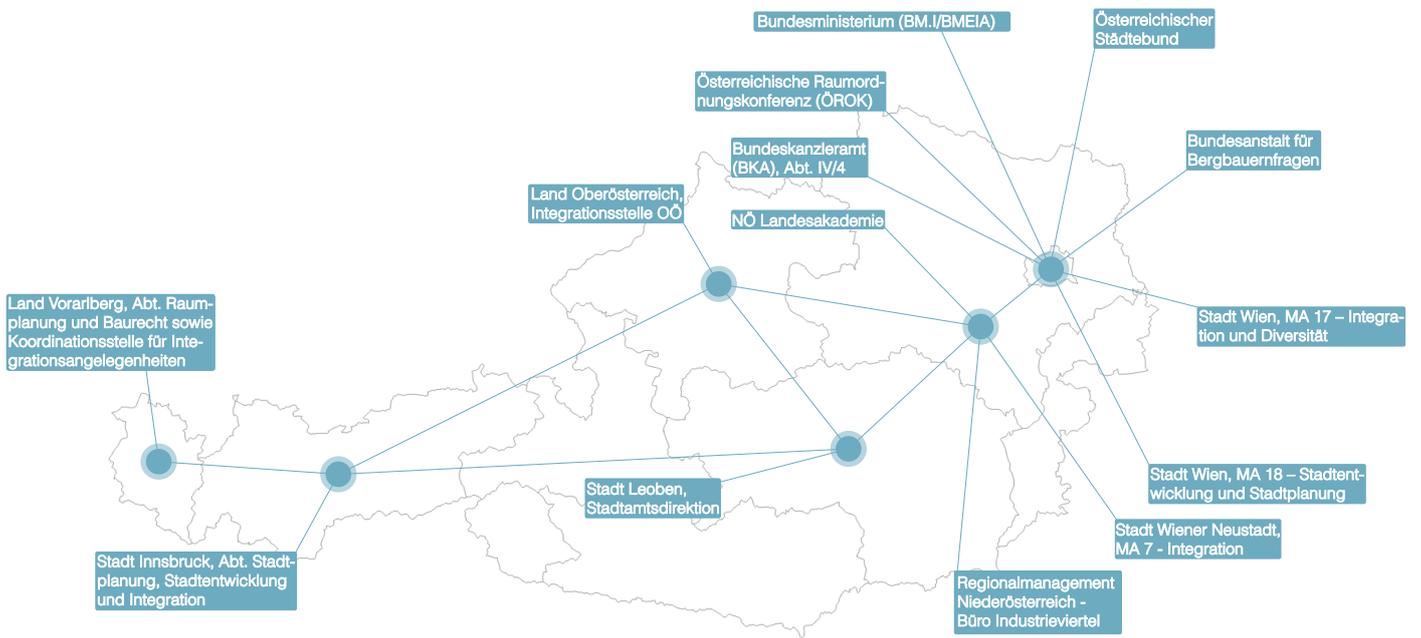
Städte und urbane Orte gelten oftmals als Orte der Vielfalt und ihnen wird eine tendenziell größere Integrationsfähigkeit zugeschrieben als ländlichen Räumen. In jüngster Zeit drohen Städte jedoch ihre klassische Funktion als soziale Nivellierungs- und Integrationsinstanz zu verlieren, weil wichtige Integrationsinstanzen (Arbeit, Wohnen/Nachbarschaft, Schulen und öffentlicher Raum) vor dem Hintergrund oftmals gekürzter Mittel an integrativer Kraft verloren haben, da sie mit wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichheiten sowie mit flexiblen Lebensformen konfrontiert sind. Die Folge sind innerstädtische Ausdifferenzierungen und Polarisierungen unterschiedlichen Ausmaßes, die sich zum einen in räumlichen Konzentrationen von sozial benachteiligten Gruppen, in der Ausgrenzung einkommensschwacher Haushalte sowie in zeitgleich stattfindenden Aufwertungsprozessen widerspiegeln und zum anderen in „Quartieren Gleichgesinnter“ durch Mechanismen am Wohnungsmarkt wie Themenwohnen und Formen der „gated communities“.

Zuwanderung und damit verbundene Integrationsfragen in ländlichen Räumen sind hingegen – wie oben erwähnt – bisher wenig thematisiert worden. Auch wenn die internationale Zuwanderung im ländlichen Raum Österreichs relativ niedrig ist, bleiben auf diese Weise Motive, Bedingungen und auch die räumlichen Auswirkungen bisher wenig erforscht und sind daher kaum systematisch aufgearbeitet worden.⁶ Die Ursachen für die Stadt-Land-Unterschiede als Ziel internationaler Wanderungen liegen maßgeblich an den Differenzen der regionalen Arbeitsmärkte und den Erwartungen der zugewanderten Menschen für Beschäftigung und Integration. Daher entstehen im ländlichen Raum sehr unterschiedliche Bedingungen für Zuwanderung und Integration, die sich zudem im Zeitverlauf saisonal bzw. durch den Wegfall industrieller Arbeitsplätze dramatisch ändern können.

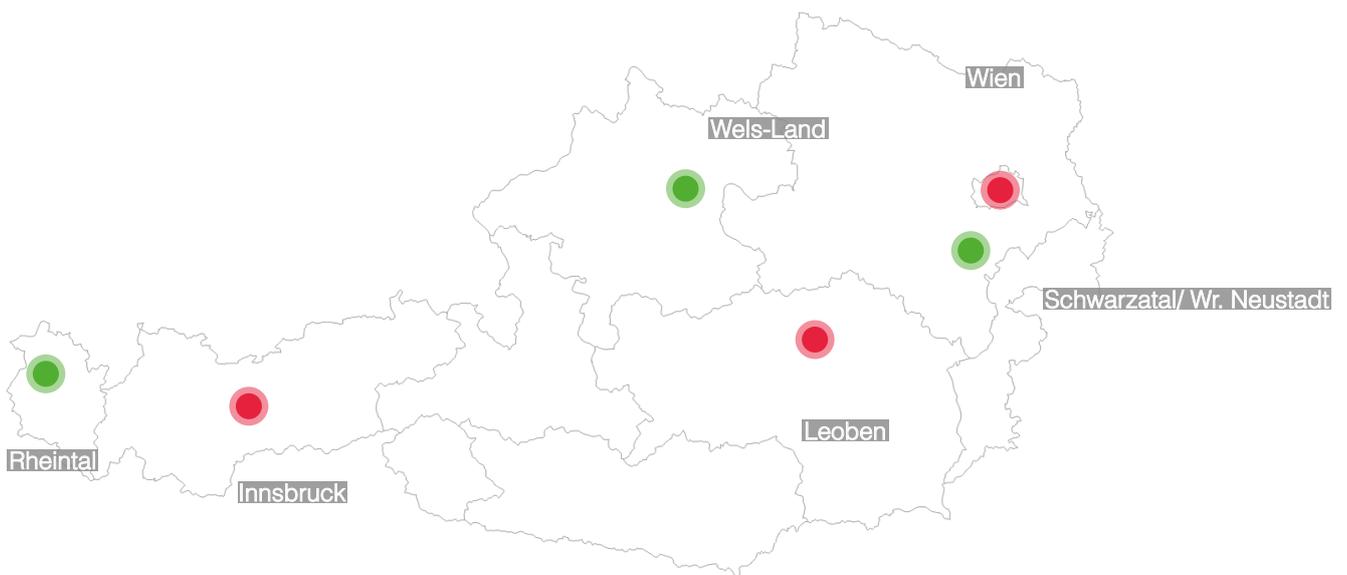
Zuwanderungs- und Vielfaltsfragen sollten jedoch auch als ländlich-regionales Phänomen begriffen werden, um die räumlichen Herausforderungen, Problemlagen, aber auch die Ressourcen und Potenziale benennen zu können.

Um die unterschiedlichen Phänomene und Bedingungsgefüge deutlich und anschaulich herausarbeiten zu können, wurde mit praktischen Anschauungsbeispielen gearbeitet. In diesem Zusammenhang richtete sich der Fokus auf genau jene Städte und ländlichen Regionen, die auch in der Partnerschaft vertreten sind, um so auch im Rahmen der partnerschaftlichen Arbeit Synergieeffekte erzielen zu können. Dabei hat das Begleitteam der ÖREK-Partnerschaft in sechs Städten resp. politischen Bezirken recherchiert und dabei intensive Gespräche mit den AkteurInnen vor Ort geführt. In den Recherche-Interviews und den Gesprächen vor Ort wurden die spezifischen Herausforderungen in den jeweiligen Referenzstädten und -regionen erörtert. Wie werden „Vielfalt“, „Zuwanderung“ und „Integration“ thematisiert? Wie wird auf die damit verbundenen Ambivalenzen eingegangen? Wird zudem ein Bezug zu Raum(entwicklungs)fragen hergestellt? Welche Herausforderungen werden benannt und als hilfreich für eine „erfolgreiche“ raumrelevante Integrationspolitik angesehen? Welche Konfliktfelder werden benannt?

⁶ vgl. Machold, Dax, Strahl: Potenziale entfalten. Migration und Integration in ländlichen Regionen Österreich. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, 2013.

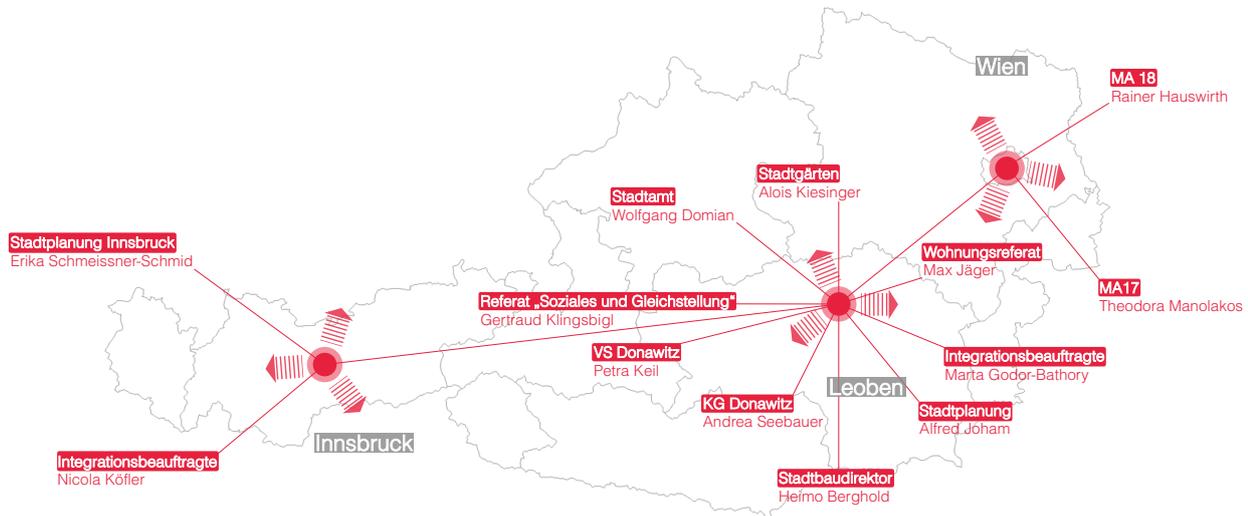


Darstellung der Institutionen und AkteurInnen, die den Kern der Partnerschaft bilden



Beispielstädte und -regionen, die im Rahmen der „Partnerschaft vor Ort“ näher untersucht wurden

DIE URBANE ROUTE



GesprächspartnerInnen und Institutionen, die vor Ort interviewt wurden

Innsbruck

als Beispiel für eine österreichische Großstadt mit ca. 121.000 EW, die im Kontext des wirtschaftlichen Strukturwandels – allerdings auf sehr beengtem Siedlungsraum – wächst. Sie ist eine Stadt, die lokal starke Konzentrationsprozesse von MigrantInnen aufweist. Darüber hinaus steht Innsbruck für ein Beispiel einer übergreifenden Verwaltungsstelle von „Stadtplanung und Integration“.

Wichtigste Erkenntnisse:

- >> Da das Thema „Integration“ als Querschnittsmaterie etabliert werden soll, wurde zu diesem Zweck 2009 die Integrationsstelle in der Stadtplanung angesiedelt, wodurch mögliche Schnittmengen zwischen beiden Themenfeldern sichtbar wurden. Eine gemeinsame Bearbeitung ist derzeit allerdings erst im Entstehen. Die politischen AkteurInnen bekennen sich ausdrücklich zur Verankerung des „Integrationsthemas“ innerhalb der Stadtplanung. Besondere Anhaltspunkte und Berücksichtigung finden beide Handlungsfelder bei der Fortschreibung des „Örtlichen Raumordnungskonzeptes“.
- >> Die horizontale Vernetzung der AkteurInnen innerhalb des Magistrates besteht derzeit oftmals nur auf informeller Ebene und ist daher von einzelnen Personen abhängig. Ein Austausch ist gegeben, allerdings sind gemeinsame Strategien sowie formelle, ressortübergreifende Strukturen und Instrumente noch im Entstehen. Erfolgreich verfolgt wurde eine ressort- und ämterübergreifende Strategie bisher mit dem Projekt „Gemeinsam wohnen – gemeinsam leben“. Im Rahmen dieser richtungsweisenden Zusammenarbeit erarbeiteten verschiedene Ämter in Kooperation mit Wohnbauträgern Instrumente des Diversitätsmanagements für den Bereich „Wohnen“.
- >> Es fehlen, wie in fast allen Gemeinden, geeignete Daten und Instrumente, um einerseits die Vielfalt im Raum und die damit verbundenen Herausforderungen zu erfassen und um andererseits geeignete Strategien umzusetzen.

Leoben

als Beispiel für eine österreichische Mittelstadt mit einer typischen Größe von ca. 25.000 EW, deren Entwicklung stark vom wirtschaftlichen Strukturwandel sowie vom demografischen Wandel geprägt ist und die mit „Schrumpfung“ assoziiert wird. Leoben ist ebenso eine Stadt, in der viele MigrantInnen in spezifischen städtischen Quartieren hoch konzentriert leben, was häufig zu sozialräumlichen Problemlagen führt. Überdies steht Leoben für eine Stadt, in der aufgrund der finanziellen Engpässe die kommunalen Spielräume und damit die Steuerungsmöglichkeiten eng werden. Das wirkt sich auf die Entwicklung integrativer Prozesse insofern negativ aus, als diese nicht zu den Pflichtaufgaben einer Stadtgemeinde gehören.

Wichtigste Erkenntnisse:

- >> Angesichts begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen ist eine Stadt wie Leoben nicht in der Lage, das Aufgaben- und Arbeitsfeld der Integration allein zu bewältigen. Die Stadt ist auf Förder- und Impulsprogramme angewiesen. Aus diesem Grund engagiert sich die Stadt Leoben in EU-ko-finanzierten Projekten wie beispielsweise im Projekt OP-Act (options of actions).
- >> Das Ansprechen einer proaktiven Integrationspolitik ist in einer Stadt wie Leoben schwierig. Um das Handlungsfeld nicht den Gegnern einer offenen Zuwanderungspolitik zu überlassen, sieht sich die Verwaltung genötigt sensibel vorzugehen. Im Rahmen ihres Stadtentwicklungs-Leitbildes, dessen zentrale Säulen Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bilden, wird Migration im Kontext konsensfähiger Thematiken behandelt. Benötigt werden Vorbilder und Handlungsansätze, mit denen das Politik- und Handlungsfeld positiv belegt werden kann.
- >> Aus Sicht der Gemeinde wäre es notwendig, dass die Integrationsthematik seitens der Politik und Verwaltung ganzheitlich betrachtet wird. Die derzeitige vertikale Handlungsfeldorientierung sollte durch eine verstärkte horizontale Vernetzung ergänzt werden.

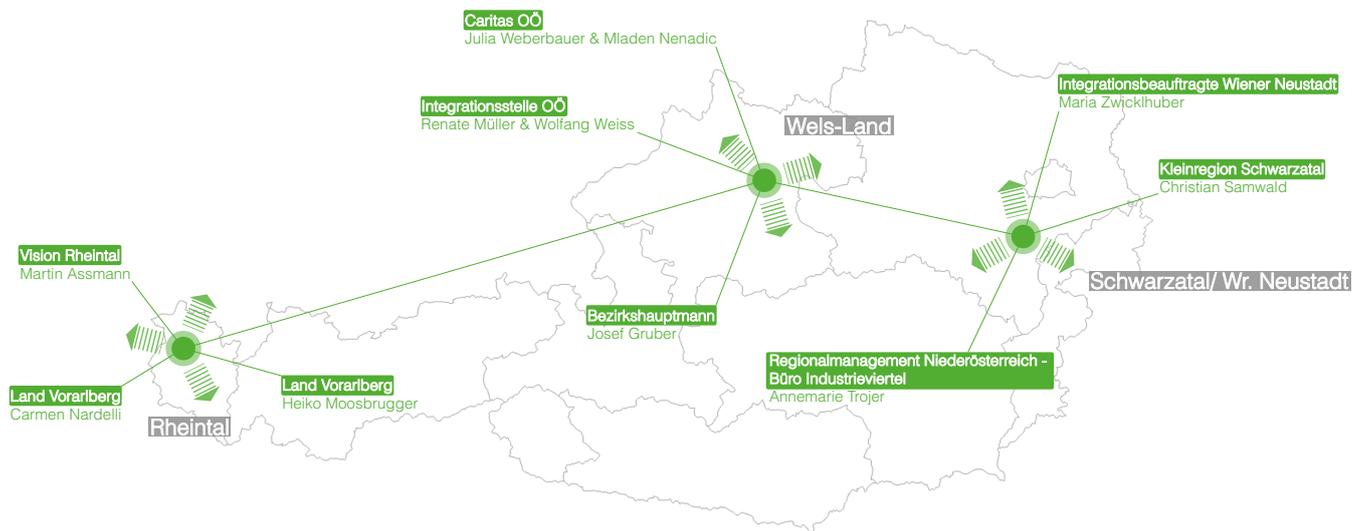
Wien

als Beispiel für eine vielfältige Großstadt mit rund 1,7 Mio EW und aufgrund internationaler Zuwanderung stark wachsende und prosperierende Metropole. Wien steht auch für eine Stadt mit Einwanderungstradition. Die Stadt hat mit den zwei amtsführenden StadträtInnen für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung sowie Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal zwei Querschnittsmaterien auf politischer Ebene verankert. Die beiden Magistratsabteilungen MA 17 – Integration und Diversität sowie MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung kooperieren auf Verwaltungsebene seit über zwei Jahrzehnten insbesondere bei gesellschaftspolitischen Planungen und Umsetzungsstrategien, aber auch auf Projektebene: z.B. Stadtentwicklungsplan (STEP), Integrationsmonitoring, Lebensqualitätsstudien usw.

Wichtigste Erkenntnisse:

- >> Zuwanderung und Vielfalt ist in Wien wie in jeder anderen Großstadt Alltag und wird seitens der Politik und Verwaltung als „Normalität“ dargestellt. Sie sieht die in der Stadt vorhandene Vielfalt als eine enorme kulturelle und wirtschaftliche Ressource an. 2004 fand ein maßgeblicher Paradigmenwechsel und eine Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Richtung Diversitätspolitik und Diversitätsmanagement für eine moderne Verwaltung statt. Diese begreift Integrationsprozesse nicht nur als einen Vorgang, der ZuwanderInnen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, sondern auch die Aufnahmegesellschaft und ihre Institutionen. Zwischen den politischen Leitlinien und den Befindlichkeiten in bestimmten Quartieren (vor allem dem Gemeindebau und den in den neusesten, im Rahmen von Bauträger-Wettbewerben erstellten Anlagen, die meist im Miet-Kauf konzipiert sind) besteht jedoch eine Diskrepanz, die von der Magistratsabteilung 17 (Regionalstellenarbeit), der Magistratsabteilung 13 (Fair Play) und anderen Stakeholdern zum Teil auf niederschwelliger Ebene (Gemeinwesenarbeit, Gebietsbetreuungen) bearbeitet werden.
- >> In Wien wurde bereits eine Vielzahl von Instrumenten im Bereich des Integration- und Diversitätsmanagements erarbeitet (Integrations- und Diversitätsmonitoring, Start Wien, Wien Charta, Stadtteilarbeit, Gebietsbetreuungen, Kooperationsprojekte mit der Wirtschaft etc.).
- >> Es besteht auch weiterhin auf Grund der anhaltenden starken Zuwanderung die Notwendigkeit, integrative Konzepte sowie die Zusammenarbeit zwischen den VerwaltungsakteurInnen auszubauen.

DIE LÄNDLICHE ROUTE



GesprächspartnerInnen und Institutionen, die vor Ort interviewt wurden

Wels-Land (Oberösterreich)

als eine dynamische Region im Stadtumlandbereich, welche die enge Verknüpfung zwischen der Landes- und der gemeindlichen Ebene in Fragen von Integration und Vielfalt sucht und hier schon auf erste positive Erfahrungen zurückgreifen kann. Es zeigte sich vor allem, dass hier die Rolle der Bau- und Siedlungsentwicklung bei der Frage räumlicher Integration von ZuwanderInnen eine besondere Bedeutung hat.

Wichtigste Erkenntnisse

- >> Im regionalen Leitbildprozess ist die Erkenntnis gereift, dass nicht die Region den Unterstützungsbedarf hat, sondern aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten die jeweiligen Gemeinden. Durch die direkte Ansprache können die Eigenheiten und Besonderheiten der Gemeinden stärker in den Blick gerückt werden.
- >> Für die Verbindung der Landesebene (Programm- und Steuerungsebene) und den Gemeinden (Handlungsebene) wird gerade den Bezirkshauptmannschaften eine zentrale Rolle beigemessen. Der Wunsch nach gemeinsamen Lernprozessen wird sowohl von der Integrationsstelle als auch von den Bezirkshauptmannschaften stark unterstützt. Bezirksplattformen bieten die Möglichkeit für einschlägige Vernetzungstreffen.
- >> Um die räumliche Verteilung der Wohnstandorte der Zugewanderten besser steuern zu können, sollte das Zusammenspiel zwischen der Integrationspolitik und der Raumpolitik jedoch verstärkt und die Wohnbauförderung stärker eingebunden werden.

Vorarlberg/Rheintal

als Beispiel für eine wachsende Region im Transformations- und Lernprozess, die oft als Vorzeigebispiel für eine gerechte und vernetzte Verteilung der Lasten und Verantwortungen in Integrations- und Raumentwicklungsfragen gilt. Letztlich auch aufgrund der „Vision Rheintal“ steht sie ebenso für eine Region, in der kooperativ und vernetzt regionale Strategien erarbeitet werden.

Wichtigste Erkenntnisse:

- In Vorarlberg kann auf ein breites Erfahrungswissen kommunikativer und kooperativer Raumentwicklung zurückgegriffen werden. Vor allem in der Vision Rheintal wurde mit integrierten Sicht- und Handlungsweisen gearbeitet. In der Raumentwicklung werden Integrationsthemen z. B. bei der Quartiers- und Gemeindeentwicklung oder bei Sozialraumanalysen mitgedacht und sind dadurch Bestandteil in der Haltung der AkteurInnen.
- Die Bereiche der Integration sind breit und öffentlich sichtbar gut vernetzt aufgestellt (okay zusammenleben, Koordinationsstelle für Integrationsangelegenheiten). Umgekehrt spielen hier jedoch räumliche Bezugsthemen allenfalls eine untergeordnete Rolle.
- Hinsichtlich der Raumentwicklung wird in Vorarlberg den Mikro-Regionen eine große Verantwortung zugesprochen, auf deren Ebene gemeindeübergreifend Leitbilder und Strategien – sowohl im Rahmen der Raumentwicklung als auch im Bereich der Integration – erarbeitet werden. Diskurse, in denen die Felder bewusst und aktiv vernetzt werden, sind allerdings noch die Ausnahme.

Schwarzatal/Wiener Neustadt (Kleinregionen NÖ-Süd in Niederösterreich)

als Beispiel für eine leicht schrumpfende, strukturschwache Region, die im sehr engen Verflechtungsverhältnis mit dem regionalen Zentrum Wiener Neustadt steht. Das Beispiel steht für eine Region, in der vor allem auf kommunaler Ebene Bemühungen und Impulse erkennbar sind, raumrelevante Integrationsthemen als Querschnittsorientierung zu verstehen, die allerdings nicht regional eingebettet und daher eher durch eine „Umwegeprogrammatik“ gekennzeichnet sind.

Wichtigste Erkenntnisse:

- Integration ist sowohl auf regionaler als auch auf kommunaler Ebene zwar ein Thema unter vielen, aber nicht unbedingt mit hoher Priorität bezüglich der Einbeziehung in planerische Vorhaben. Allerdings hat die Kleinregion Schwarzatal im Vergleich zu anderen Kleinregionen das Integrationsthema als sehr wichtig erkannt und reagiert dementsprechend darauf. Bislang ist es jedoch dem „weichen Politikfeld“ noch nicht gelungen, dieses in den bestehenden Strukturen zu verankern. Viele Impulssetzungen vor Ort stehen und fallen daher mit der Aktivität von einzelnen Personen.
- Es ist wichtig, dass in den Regionalprogrammen (des Landes NÖ) auf die mit Zuwanderung und Integration verbundenen Herausforderungen eingegangen wird und diese Themen in der Gestaltung der Regionalförderung einen Niederschlag finden.
- Der Zugang zu den MigrantInnen-Communities wird im ländlichen Raum stark über ihre Vereine gewonnen. Um die Einbindung dieser in Integrationsaktivitäten zu erleichtern, sollte allerdings in einem regionalen Zusammenhang gedacht werden, da die ‚Einzugsbereiche‘ der Vereine nicht allein kommunal sind.
- Im Zuge der Wanderungsbewegungen in einem Stadt-Umland-Ausgleich mit Wiener Neustadt entstehen starke Ungleichgewichte, die unterschiedlich berücksichtigt werden. Es fehlt eine gemeinsame regionale Raumentwicklung.

ERKENNTNISSE

Breites politisches Bekenntnis als Voraussetzung

Vielfach fehlt bei den regionalen und lokalen politischen AkteurInnen und der Verwaltung ein breites politisches Bekenntnis zu Vielfalt und Integration, welches im Rahmen von Konzept- und Umsetzungsaktivitäten als Unterstützung wegfällt und oftmals notwendige Schritte (vor allem aber nachhaltige Verankerung von Maßnahmenschritten) verhindert. Die Ursache hierfür ist häufig die Befürchtung, dieses Thema offen zu behandeln resp. fehlende Kenntnisse, wie die Integrationsherausforderungen thematisiert werden können, ohne die eigenen politischen Mehrheiten zu gefährden. Es wird das Fehlen von Orientierungen, Vorbildern und Handlungsansätzen bemängelt, mit denen das Politik- und Handlungsfeld von Vielfalt und Integration mehrheitlich positiv belegt werden kann. Hinter diesen Unsicherheiten stehen die meist nur im Extremfall vertretenen unterschiedlichen Sichtweisen auf die damit verbundenen Herausforderungen und Vorzüge – auch in den eigenen Reihen der politischen Parteien und der Verwaltungen. Parteipolitische Überlegungen sowie das Interesse, politische Mehrheiten nicht zu gefährden, führen zumindest anfangs dazu, das Thema zu umgehen. Das birgt die Gefahr, dass Gruppierungen, die sich gegen eine gesellschaftliche Vielfalt aussprechen, das Thema bestimmen. Auf Bundesebene lässt sich jedoch in dem im Jahr 2010 beschlossenen Nationalen Aktionsplan für Integration ein klares politisches Bekenntnis wiederfinden, das auf Leistung und Partizipation aller in Österreich lebenden Menschen beruht. Durch die Schaffung des Staatssekretariats für Integration⁷ im Jahre 2011 wurden die Integrationsstrukturen weiter ausgebaut und die Arbeit an einer nachhaltigen Integrationsstrategie intensiviert. Darüber hinaus gibt es auf Länderebene eine Reihe sinnvoller politischer Positionierungen (beispielsweise in Vorarlberg, Oberösterreich und Wien).

Der schwierige Schritt von der Präambel zur Praxis vor Ort

Dennoch ist es notwendig, die strategischen Positionierungen auf der Ebene des Bundes und der Länder auf die Regionen, Gemeinden und städtischen Quartiere herunter zu brechen. Die in den Strategien formulierten Absichtserklärungen gilt es, in konkrete Handlungen zu überführen. Dazu bedarf es angemessener Rahmenbedingungen (fördern und fordern), guter Beispiele und eines intensivierten Erfahrungsaustausch zwischen den Ebenen. Von daher ist eine Schwerpunktsetzung in den Fortbildungs-Lehrgängen der Verwaltung und den politischen Schulungen sinnvoll und notwendig.

Vor- und Nachteile von gesellschaftlicher Vielfalt sind ungleichmäßig verteilt

Gesellschaftliche Ungleichheiten sind zum einen vielfältig und zum anderen im Raum, zwischen Gemeinden, wirtschaftlichen Branchen und gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich verteilt. Des Weiteren wird auch den einzelnen Trends – alternde Gesellschaft, Integration von Zugewanderten, die Ausdifferenzierung von Lebensstilen – eine unterschiedliche Bedeutung beigemessen. Daher ist eine allgemeine Strategie zur Integration von Vielfalt im Raum nicht angemessen, sondern jede Herausforderung bedarf einer sorgfältigen Analyse der je spezifischen sozial-räumlichen Konstellationen – insbesondere hinsichtlich der unterschiedlichen Wahrnehmung von Risiken und Chancen. Gerade die Herausforderungen der Integration von Zugewanderten mit hohen kulturellen Unterschieden zu den Auffassungen der Aufnahmegesellschaft werden sehr unterschiedlich, meist polarisierend wahrgenommen. Dort, wo die Integrationsherausforderungen besonders hoch sein können (starker Zuzug, hoher Nutzungsdruck, starke Veränderungen) ist die räumliche Planung herausgefordert, mittels differenzierter Beteiligungsprozesse die unterschiedlichen Wertvorstellungen in gemeinschafts-unterstützende Maßnahmen zu integrieren. Dazu ist es notwendig, auch skeptische und verunsicherte Positionen im ersten Schritt zuzulassen (denn dahinter stehen subjektive gefestigte Positionierungen), um die verfestigten Sichtweisen in partizipativen Prozessen schrittweise aufzulösen.

⁷ Seit März 2014: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres..

„Das Fremde“ ist nicht immer „Der/Die Fremde“

Der Diskurs hinsichtlich Zuwanderung, Vielfalt und Integration wird häufig von den Menschen proaktiv geführt, bei denen Zugewanderte keine große Verunsicherung auslösen. Dabei wird in der Regel übersehen, dass die Integration von Zugewanderten nur ein Aspekt vielfältiger Gesellschaft ist. Neben der sozialen Lage und der damit verbundenen Ressourcenausstattung sind es vor allem zunehmend unterschiedliche Wertvorstellungen, welche moderne Gesellschaften kennzeichnen: unterschiedliche Vorstellungen von Familie und berufliche Karriere, welche sich unmittelbar in Erwartungen an das Wohnumfeld äußern, unterschiedliche Auffassungen über Geschlechterrollen, was die Wohnstandortwahl beeinflusst, unterschiedliche Vorstellungen über Kindererziehung, Medienkonsum, Ernährungsgewohnheiten und Umweltschutz, welches „moderne Schließungsprozesse der Mittelschichten“ kennzeichnet, was sich zunehmend über Themenwohnen auch räumlich niederschlägt. Diese Trennlinien wirken sich hinsichtlich der sozialen Kontakte selektiv aus, indem vermieden wird, mit „andersdenkenden“ zu kommunizieren. Vor diesem Hintergrund ist die oft empfohlene Strategie der sozialen Mischung – meist nicht an sich selbst, sondern die BewohnerInnen eher benachteiligender Quartiere gerichtet – kritisch zu reflektieren.

Fehlen integrierter Strategien

Integration findet auch und gerade vor Ort statt, denn auf lokaler Ebene werden Projekte und Maßnahmen umgesetzt und Erfahrungswerte gesammelt. Dieses geschieht jedoch (zu) häufig, ohne Einbindung in eine integrierte und sektorenübergreifende Gesamtstrategie. Nicht oder unzureichend vernetzte Projekte können daher kaum Synergien erzeugen und bleiben hinsichtlich ihrer Effizienz hinter ihren potenziellen Möglichkeiten zurück. Damit wird zudem eine Querschnitts-Orientierung erschwert, was wiederum die notwendigen integrativen, ganzheitlichen Zugänge in der notwendigen Breite verhindert. So bleiben das umfangreiche Wissen und die breiten Erfahrungen meist unvernetzt und den engagierten „UmsetzerInnen“ fehlen Anleitungen zur Prozessgestaltung und Instrumente, mit denen die notwendige Zusammenarbeit entwickelt werden kann.

Herausforderung öffentlicher Haushalt

Gerade in Zeiten angespannter Haushaltssituationen richtet sich der Fokus auf die Sicherung der Grundversorgung im Rahmen der kommunalen Pflichtaufgaben. Das Themenfeld „Vielfalt und Integration im Raum“ und notwendige Investitionen im sozialen und kulturellen Bereich drohen dabei an Bedeutung zu verlieren, zumal dann, wenn sie hinsichtlich der davon profitierenden Klientel gesellschaftlich umstritten sind und viele, die es betrifft, allenfalls sehr eingeschränkt wahlberechtigt sind.

Überforderte Gemeinden

Es fehlen in der Regel im Gegenstrom-Prinzip abgestimmte geeignete Förder- oder Anreiz-Instrumente, mit denen es möglich ist, die Thematik kontinuierlich zu bearbeiten bzw. zu forcieren. Gerade kleinere und mittlere Gemeinden erscheinen aufgrund der stark begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen überfordert, das Themenfeld der Integrations- und Raumentwicklungspolitik aktiv und integrierend zu bearbeiten – aber gerade hier können die damit verbundenen Herausforderungen zu dem alles bestimmenden Konfliktthema werden.

Herausforderung Stadtregion

Die mit Integration und Vielfalt verbundenen Herausforderungen können zwar vor Ort bearbeitet werden (Mikro-Ebene⁸), dort liegen aber in der Regel nicht die Ursachen für die möglicherweise auftretende Problematik und dort können sich auch nicht die integrativen Ansätze erschöpfen. Vielmehr müssen die ökonomischen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge von Vielfalt und Integration im Raum auf gesamtstädtischer und regionaler Ebene erkannt und den ihnen innewohnenden Herausforderungen begegnet werden (Meso-Ebene⁹).

8 Basierend auf einem im Rahmen der Partnerschaft erarbeiteten differenzierten Raum- und Handlungsmodell: mikro (lokal)/ meso (regional)/makro (national) wird die Mikro-Ebene als Raum für konkrete Aushandlungsprozesse verstanden (Details siehe Jahresbericht 2012).

9 Die Meso-Ebene versteht sich dabei als integrativ wirksamer Gestaltungsraum (Details siehe Jahresbericht 2012)..

Wien versucht hier beispielsweise mit dem Stadt-Umland-Management, der Planungsgemeinschaft Ost und weiteren regionalen Kooperationen in der Raum- und Regionalplanung aktiv Akzente zu setzen.

Wissen als (kaum ausgeschöpfte) Ressource

Die gesellschaftliche Vielfalt wird in den amtlichen Statistiken schon lange nicht mehr angemessen abgebildet. Damit werden nicht nur sozialwissenschaftliche Theorien und ihre empirischen Möglichkeiten zur Überprüfung stark eingeschränkt, es bleiben auf diese Weise die Vielfalt der sozialen Lagen, der Werte und der Lebensstile für eine kommunale und/oder regionale Verwaltung unsichtbar und unbekannt. Infolge dessen können auch die gesellschaftlichen Ausdifferenzierungen kleinräumig nicht analysiert werden. Damit kann kein sozial-räumliches „Frühwarnsystem“ etabliert werden (Welche Vielfaltskonstellation ist überfordernd?). Damit sorgt ein mangelndes Wissen letztlich auch dafür, dass es häufig an der Einsicht über die Notwendigkeit fehlt, im Rahmen planerischen resp. politischen Handelns auf die Vielfalt und Diversität einzugehen und diese verantwortungsvoll zu gestalten.

Auch in diesem Zusammenhang hat die Stadt Wien besondere Akzente gesetzt. Die Magistratsabteilung 18 führt seit über 20 Jahren ein Monitoring über Zuwanderung und Zusammenleben, welches alle zwei Jahre durchgeführt wird. Ebenso gibt es seit 2008 ein Integrations- und Diversitätsmonitoring - alles Instrumente der Stadt und z.T. ausschließlich für die Verwaltung zur internen Planung gedacht. Im Zuge dessen werden und wurden die amtlichen Statistiken der Stadt Wien „diversitätsfit“ gemacht.

Lebensweltliche Betrachtung

Internationale Zuwanderung und Integration werden in der Regel so betrachtet, dass die Zugewanderten vor Ort „gute“ Wurzeln schlagen sollten (Integration). Oftmals und zunehmend häufiger treten Wanderungen jedoch auch als Mehr-Stationen-Phänomene auf, d.h. zugewanderte Menschen bleiben letztlich aufgrund der Herausforderungen des Arbeitsmarktes nur „vorübergehend“

vor Ort. Das bedeutet, dass diese Menschen sich nur teilweise integrieren wollen und werden. Zudem leben Zugewanderte lange mit ihren Emotionen, Wertvorstellungen und Lebensweisen an mehreren Orten (Herkunfts- und Aufenthaltsort - Multi-Lokalität). Um die daraus erwachsende Multi-Identität als Ressource nutzen zu können, sollte dieser Identität Raum gegeben werden - meist wird dieses Potenzial jedoch übersehen. Darüber hinaus sind sie in einer zunehmend vielfältiger werdenden Gesellschaft - je nach sozialer Lebenslage und Milieu - mit unterschiedlichen Ausgrenzungsmechanismen im direkten Zusammenleben konfrontiert, die einer ausdifferenzierteren Betrachtung bedürfen.

Vielfalt als Herausforderung im ländlichen Raum

Vor allem in kleineren Gemeinden und im ländlichen Raum, aber auch von an den gesellschaftlichen Rand gedrängten Autochthonen wird die Integration häufig als einseitig zu erbringende Leistung der Zugewanderten angesehen. Die Eigenarten, Lebensweisen, Kenntnisse und Fähigkeiten der Zugewanderten werden dabei als zu kompensierende Defizite und/oder als bedrohlich bzw. verunsichernd angesehen („Wir und die Anderen“). Meist erschöpfen sich die Integrationsbemühungen im Anbieten von Sprachkursen; weitergehende Auseinandersetzungen und Handlungsansätze unterbleiben in der Regel. Darüber hinaus scheint im Gegensatz zur Landesebene auf der Ebene kleiner Gemeinden die Erkenntnis noch nicht so groß zu sein, dass es einer Verknüpfung der unterschiedlichen Fachressorts in Integrationsfragen bedarf. Best practice Beispiele aus anderen (kleineren) Gemeinden und ein Austausch der Erfahrungen auf der Umsetzungsebene wären hilfreich.¹⁰

10 Das Praxishandbuch „Integration im ländlichen Raum“ versucht mit einer Sammlung von Good-Practise-Beispielen die Arbeit auf Gemeindeebene zu unterstützen und greift damit den Bedarf auf. (Zitat: Gruber, Marika: Integration im ländlichen Raum. Ein Praxisbuch. Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag, 2013.

Kommentar aus der Partnerschaft

„In der Fortführung der Kooperations- und Koordinationsaufgaben für dieses Thema wird es wichtig sein, immer wieder neue Impulse zu setzen und eigene Zugänge zu überdenken.“



Ingrid Machold

Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ Rückblick und Ausblick von Ingrid Machhold, Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Die ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ wurde mit dem Ziel eingerichtet, den Dialog zwischen Raum- und Integrationspolitik zu eröffnen, um durch diese veränderte Perspektive für die räumliche Wirkung von Zuwanderung zu sensibilisieren und Integrationsprozesse in ihrer räumlichen Dimension besser gestalten zu können. Bezeichnenderweise gab es vor allem zu Beginn einen großen Bedarf die zentralen Begrifflichkeiten Raum, Vielfalt und Integration aus den verschiedenen fachlichen Blickwinkeln zu diskutieren und zu definieren. Wichtige Themen der Partnerschaft waren dabei in Bezug auf eine diversitätsorientierte Raumentwicklungs- und Regionalpolitik immer, wie die Wissensbasis erfolgreicher Integrationsprozesse erweitert, die Erkenntnisse umsetzungsorientiert aufbereitet und die strukturellen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit von Raum- und Integrationspolitik zu verbessern sind.

Das wissenschaftliche Begleitteam (TU-Wien und Partnerorganisationen) lieferte im Verlauf des zweijährigen Bearbeitungsprozesses wesentliche Inputs und sorgte für eine gut strukturierte und fachlich interessante Auseinandersetzung. Um die Diskussionen auf einheitliche(re) Bahnen zu lenken, wurden drei zentrale Analyseebenen (Mikro-, Meso- und Makroebene) eingeführt, die die unterschiedlichen Handlungsebenen abbilden, in denen Integrationsmaßnahmen erarbeitet, aufgebaut und umgesetzt werden. Während das erste Jahr der Aufbereitung der strukturellen Auseinandersetzung mit den Perspektiven bezüglich der Bedeutung von Vielfalt und Integration im Raum gewidmet war, stand im zweiten Jahr die Umsetzung von Integrationsvorhaben im Vordergrund. Zahlreiche Projekte und Initiativen der drei Handlungsebenen wurden hinsichtlich ihrer relevanten AkteurInnen, ihrer Positionen und Instrumente geprüft, um Entstehung und Durchführung der Beispiele zu verstehen, aber auch die wesentlichen Problemfelder, Erfolgsfaktoren Herausforderungen zu diskutieren. In beiden Jahrestagungen (Leoben im Jänner 2013 und Linz im November 2013) gelang es mit einem größeren Publikum Fragen der Bedeutung von Vielfalt und Integration im Raum anschaulich zu diskutieren. Dadurch konnten neue Perspektiven eröffnet werden, die zum Weiterdenken einladen. Es wurde auch deutlich, wie groß das Interesse an Praxisbeispielen und ihrer konkreten Umsetzung ist und dass es hier spannende Anknüpfungspunkte für beide Bereiche gibt.

Nach der erfolgreichen zweijährigen Zusammenarbeit der ÖREK-Partnerschaft wäre es ein Versäumnis, wenn das Netzwerk nicht in der einen oder anderen Weise weitergeführt werden könnte. Aus Sicht der Bundesanstalt für Bergbauernfragen wird dabei sicherlich die regionale Dimension in der Auseinandersetzung mit Vielfalt und Integration im Raum, in besonderer Weise im Spannungsfeld von Differenzen im Wanderungsverhalten und in den sozialräumlichen Fragestellungen zwischen Stadt und Land, im Vordergrund bleiben.

In der Fortführung der Kooperations- und Koordinationsaufgaben für dieses Thema wird es wichtig sein, immer wieder neue Impulse zu setzen und eigene Zugänge zu überdenken. Nach Ende der ÖREK-Partnerschaft könnte dementsprechend ein offenes, wenig formalisiertes „Netzwerk“ eingerichtet werden, das stark durch Inhalte und Erfahrungsaustausch geprägt ist.

Der Aufbau einer Homepage, die die verschiedensten Zugänge von Projekten und Initiativen zu Integration und Vielfalt im Raum aus allen Bundesländern sammelt und kategorisiert, könnte eine erste Aufgabe der/des KoordinatorIn bzw. KoordinatorInnenteams dieses Netzwerkes sein. Darüber hinaus sollten Arbeitsgruppentreffen und Tagungen zu spezifischen Themen organisiert werden, Pilotprojekte von interessierten NetzwerkpartnerInnen initiiert und begleitet und als weitere Schiene Ausschreibungen oder Wettbewerbe durchgeführt werden. Der Koordination dieses Netzwerkes kommt dabei sicherlich eine zentrale Rolle zu, da hier alle Fäden zusammenlaufen und die Möglichkeit besteht, verschiedene, auch nicht dem Mainstream entsprechende Ideen, Ansätze und Impulse der NetzwerkakteurInnen aufzunehmen und weiterzuverfolgen.

Wer den/die KoordinatorIn beauftragt und für die finanziellen Ressourcen sorgt, bzw. wie die weitere Vorgehensweise aussehen könnte, sollte bei der nächsten und letzten Werkstatt Sitzung beraten werden.

Kommentar aus der Partnerschaft

„Auf regionaler Ebene sind wir mit demographischen Veränderungen konfrontiert, wo die Gemeinden aktive Zuwanderungspolitik betreiben, oder auch Schrumpfungsprozesse organisieren müssen.“



Andreas Weiß

Regionalmanagement Niederösterreich - Büro Industrieviertel

Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“

Rückblick und Ausblick von Andreas Weiß, Regionalmanagement Niederösterreich - Büro Industrieviertel

Die ÖREK Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ habe ich erlebt als Annäherungsprozess von IntegrationsexpertInnen und RaumplanungsexpertInnen, bei dem die Räder nicht ganz auf den Boden gekommen sind.

Es war ein sehr wichtiges, aber auch zähes Herantasten der relevanten Fachdisziplinen Raumplanung, Freiraumplanung/-gestaltung, Architektur und Soziologie an ein gemeinsames Verständnis von Vielfalt und Integration im Raum, bei dem, zumindest für mich, zwei Komponenten etwas zu kurz kamen: die Realpolitik, welche in den (ländlichen) Regionen vorherrschend ist und die Tatsache, dass wir hauptsächlich ein „Kopftuchproblem“ haben. Dazu aber später in meinem Ausblick.

Im zweiten Teil des Prozesses, wo es darum ging Pilotprojekte zu identifizieren und zu beschreiben, wurde der notwendige Transmissionsriemen gespannt, der eine Übertragung des Themas in die Praxis ermöglicht – oh welche Erleichterung für einen der mit der Theorie alleine beruflich nicht überleben kann.

Ausblick:

Da knüpfe ich, wie oben angedeutet, gleich bei der Realpolitik in meinem Arbeitsumfeld an:

Für einen „Landbürgermeister“ ist das Thema ein zu heißes Eisen, da wird lieber auf Distanz gegangen. Oder anders ausgedrückt: Der MigrantInnenanteil ist vielfach (noch) zu gering, um ihn auch als potenzielle Wählerschicht zu erkennen und entsprechend zu umwerben bzw. mitzudenken. Es gibt natürlich Ausnahmen und wir haben einige davon auch kennengelernt, aber Lehrmeister Praxis sagt mir halt, dass da noch viel zu tun ist, wenn wir uns gemeinsam als tragfähige Gesellschaft hervorbringen wollen.

Für meinen Arbeitsalltag bedeutet das: Auf regionaler Ebene sind wir mit demographischen Veränderungen konfrontiert, wo die Gemeinden aktive Zuwanderungspolitik betreiben oder auch Schrumpfungsprozesse organisieren müssen. Da wird es Regionen geben, wo es sich die Gemeinden nicht immer aussuchen können, wer zuzieht und wer wegzieht, da sind neue Denkweisen und „Inklusionsstrategien“ gefragt, da wird diese aktive Politik zur Überlebensfrage.

Die „Strategien für die räumliche Entwicklung der Ostregion“, herausgegeben von der Planungsgemeinschaft Ost (www.pgo.gv.at) wird dazu auch für unsere Regionalmanagementarbeit eine wichtige Grundlage sein. Der nächste Schritt auf der „Mikroebene“ bzw. im Ortsteil/Quartier ist dann ein neuer Zugang zur partizipativen Gestaltung von Begegnungsräumen und Freiräumen zwischen den Wohnquartieren. Projekte, welche ganz bewusst zu diesem Zweck in meinem Arbeitsumfeld aufgebaut werden, sollten daher auch entsprechend begleitet und evaluiert werden, um die daraus gewonnenen Erkenntnisse übertragen zu können – das Regionalmanagement fungiert hier als Initiator und als Transmissionsriemen.

Und was auch jetzt schon in einigen regionalen Pilotprojekten wie zum Beispiel im Schwarzatal („Integrationsimpulse“) von uns eingebracht wird: Raus mit dem Thema aus der Kulturecke („Kopftuch“) und stärker auf die Standortentwicklerische Komponente schauen! Vielleicht können wir die unterschiedlichen Kultur- und Sprachkompetenzen für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Region gut gebrauchen, so wie eben auch die Arbeitskräfte in den „alten“ Industriebetrieben des Industrieviertels gebraucht wurden und die Arbeitsmigration ausgelöst hatten.

Was wir als Regionalmanagement dazu brauchen, ist ein Anreizsystem bzw. ein Instrument, welches auf das Thema fokussierte Projekte fördert und auch entsprechend begleitet, evaluiert und als gelebte Good Practice Beispiele veröffentlicht. Das könnte zum Beispiel im Rahmen der Partnerschaftsgruppe passieren, welche sich zur Begleitung dieser „Pilotprojekte“ weiterhin einmal jährlich trifft. Das Förderinstrument muss dazu nicht neu erfunden werden, es können auch bestehende Programme auf den „Raum“ fokussiert werden. Den Fokus zu gestalten und die dafür notwendigen Rahmenrichtlinien zu schaffen, wäre ein nächster Schritt nach dem ÖREK Prozess.

In diesem Sinne geht uns als regionale Vernetzungsstelle und Regional Governance Struktur die Arbeit nicht aus und ich freue mich schon darauf, dem einen oder anderen Pilotprojekt auf die Sprünge zu helfen.

Kommentar aus der Partnerschaft

„Stadtentwicklung und Raumplanung ebenso wie Integrationsarbeit sind dauernde Prozesse mit immer neuen Fragestellungen, für die es keine allgemeinen Rezeptlösungen gibt, sodass eine ständige Auseinandersetzung erforderlich ist.“



Erika Schmeissner-Schmid

Stadt Innsbruck - Stadtplanung, Stadtentwicklung & Integration

Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“

Rückblick und Ausblick von Erika Schmeissner-Schmid, Stadt Innsbruck - Stadtplanung, Stadtentwicklung & Integration

Die ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ ist ein unmittelbares Ergebnis der Arbeitsgruppe „Bevölkerung und Gesellschaft“, an der ich im Auftrag des Städtebundes bei der Erarbeitung des ÖREK 2011 mitgewirkt habe.

Kurz vorher war in Innsbruck der Arbeitsbereich Integration dem von mir geleiteten Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung zugeordnet worden. Eine bisher unübliche aber sicher zukunftssträchtige Kombination, sind doch sowohl Stadt- und Raumplanung als auch Integration zwei Querschnittsmaterien, die sich mit den spezifischen Bedürfnissen aller in einem Raum lebenden Menschen befassen. Wie das Zusammenwirken der beiden Arbeitsbereiche aussehen könnte, welchen Beitrag Raumplanung zur Integration aller unterschiedlichen Gruppen leisten könnte, und mit welchem Instrumentarium, das blieb für mich damals noch sehr unscharf.

Bereits in dem vom Bundeskanzleramt veranstalteten „Forum Integration im Raum“ im Dezember 2010 wurde deutlich, dass in der Raumentwicklung Tätige oft zu wenig Wissen über die räumlich, sozial und kulturell differenzierten Lebensumstände, Bedürfnislagen und Potentiale der verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben, um sie ausreichend in ihr planerisches Denken und Handeln einbeziehen zu können. Ein wesentlicher Fokus in der ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ lag deshalb auf der Verbreiterung der Wissensbasis und deren Aufbereitung für die Raumpolitik ebenso wie auf einer Vernetzung der relevanten AkteurInnen aus Raum- und Integrationspolitik.

Rückblickend kann ich feststellen, dass meine Unsicherheit geblieben ist. Lange, manchmal auch mühsame Diskussionen zwischen den Vertretern der beiden „Seiten“ waren notwendig, um die jeweils „andere“ Sichtweise verstehen bzw. eine gemeinsame Herangehensweise finden zu können. I

m Laufe der zweijährigen Tätigkeit der ÖREK-Partnerschaft wurden die Fragen immer besser gestellt, klare Antworten waren aber nur schwer zu finden. In dieser intensiven Auseinandersetzung liegt für mich aber auch eine wesentliche Qualität des Partnerschaftsprozesses und ein großer Erkenntnisgewinn, da sie wesentlich zur Schärfung des Bewusstseins über die gegenseitigen Abhängigkeiten von Vielfalt und Raumentwicklung beigetragen hat.

Die Hoffnung auf Aufbereitung allgemein gültiger fachlicher Grundlagen und Daten konnte - wie sich schon bald herausgestellt hat - nicht erfüllt werden, was auch die Weitervermittlung der gewonnenen Erkenntnisse nach „Außen“ und deren generelle Anwendbarkeit erschwert.

Umso wichtiger war die Präsentation und Sammlung von konkreten Projekten und Prozessen. In meinem beruflichen Kontext hat sich gezeigt, dass der Transport des gewonnenen theoretischen Wissens am ehesten über Best Practice Beispiele funktioniert. In diesem Sinne könnte auch die zuletzt angedachte Plattform zur Vernetzung von AkteurInnen und Wissen Sinn machen.

Stadtentwicklung und Raumplanung ebenso wie Integrationsarbeit sind dauernde Prozesse mit immer neuen Fragestellungen, für die es keine allgemeinen Rezeptlösungen gibt, sodass eine ständige Auseinandersetzung erforderlich ist. Diese - nicht neue - Tatsache wurde wieder bekräftigt, ebenso wie die Erkenntnis, dass die Herausforderungen einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft partizipative Prozesse verlangen. Die wertvollen Impulse aus der Partnerschaft haben Eingang in meine berufliche Tätigkeit gefunden, dabei haben sich allerdings auch die Bedenken bezüglich der Verfügbarkeit der notwendigen zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen in einer Verwaltung bestätigt.

Auf die Frage, was ich für eine produktive Vertiefung des Themas brauchen würde, stelle ich fest: Eine Fortsetzung des fachlich strukturierten und begleiteten Diskurses!



„Ein großes Potential liegt in der Bildung und Unterstützung von Strukturen und im Impulse-Setzen. Hier muss starke Vernetzungsarbeit geleistet werden: Vernetzung von Mitteln und Ressourcen, es braucht Koordination von Maßnahmenträgern, es müssen Zuständigkeiten gescannt werden, um Mittel gezielt, vernetzt und sparend einsetzen zu können.“

„Es braucht Projekte (also Handeln im Raum/raumwirksame Projekte), um mit AkteurInnen mit migrantischer Herkunft in Kontakt zu treten. Das Vertrauen aller beteiligten Akteure muss gewonnen werden und während des gesamten Planungs-/Entwicklungsprozesses aufrecht gehalten werden.“

„Die Aufgaben der Länder und die des Bundes können nicht wirklich getrennt werden. Somit entsprechen die Aufgaben des Bundes auch jenen der Länder.“

„Es geht um das Handeln im Raum! Und es geht auch um das Lernen vom konkreten Handeln.“



„In Bezug auf Support für Projekte ist sogar die Länderebene zu groß! Das Land kann nicht Projekte finden und unterstützen – dafür braucht es ein anderes „Programm“ (Bsp. Regionalmanagement, regionale Anlaufstellen etc.) !“

„Wie kann man unter dem Diktat knapper Kassen mit den Ressourcen der Instrumente, über die wir verfügen, einen Förderrahmen schaffen?“

„Bevor ein Projekt initiiert werden kann, bedarf es einer Kontextsensibilität, d.h. alle beteiligten AkteurInnen müssen im Vorfeld sensibilisiert werden, ansonsten findet die Idee keinen Anklang.“



5. PLANUNGSRELEVANTE ZUGÄNGE ZU EINEM KOMPLEXEN ARBEITSFELD

Die Vielfalt der Gesellschaft mit ihren unterschiedlichen Möglichkeiten, Lebensstilen und Lebenswelten spiegelt sich vor Ort in unseren Städten und Gemeinden. Eine verantwortungsvolle Planung nimmt Einfluss auf die Chancengleichheit und die Lebensqualität und unterstützt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den städtischen Quartieren wie in den Gemeinden und Regionen. Infolge dessen liegt die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Integrations- und Diversitätspolitik mit der Raumentwicklung auf der Hand. Sie findet ihren Ausdruck in dem auf Bundesebene im Jahr 2010 beschlossenen Nationalen Aktionsplan für Integration ebenso wie in der Etablierung der ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“. Sie zeigt sich im Rahmen der regionalen Leitbildprozesse für Integration wie im Rahmen der Stadterneuerung, im Umgang mit den öffentlichen Räumen oder in der Entwicklung der sozialen Infrastruktur. Integration impliziert dabei die Teilhabe und Chancengleichheit der BewohnerInnen einer Stadt/einer Gemeinde - gleichgültig ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Integration wird zur gemeinsamen, querschnittsorientierten Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft.¹¹ Es ist daher unabdingbar, Integrationsagenden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Stadt- oder Ortsteilentwicklung zu stärken, dort wo das Zusammenleben seinen unmittelbaren Ausdruck im gelebten Raum findet.

Dieser Abschlussbericht der ÖREK-Partnerschaft zeigt auf, wie sich raumbezogene Strategien mit Integrationsagenden verknüpfen lassen. Gerade diese Wechselwirkung bedingt eine verbesserte Vernetzung und Abstimmung von Plänen, Instrumenten, Maßnahmen, Prozessen und AkteurlInnen im Sinne einer integrierten kommunalen oder regionalen Gesamtstrategie. Man darf die Möglichkeiten der Einflussnahme auf integrationsrelevante Belange und Anliegen über die Raumplanung allerdings auch nicht überschätzen. Integration versteht sich als gesamtgesellschaftliches Anliegen und umfasst vielfältige Lebens- und Handlungsbereiche: in der Politik, der Kultur und der Wirtschaft. Planung kann dazu beitragen, diese bezogen auf ihre raumbezogenen Handlungen und Strategien zu koordinieren und zu vernetzen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

¹¹ Graf, Kocks: Stadtteilkonzepte für Integration. Handreichung für die kommunale Praxis. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Berlin, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Bonn (Hrsg.), 2011, S. 7..

RAUMBEZOGENE INTEGRATIONSAGENDEN BEDÜRFTEN EINES KLAREN COMMITMENTS: INTEGRATIONSLEITBILDER

Der Raumentwicklung mangelt es meist nicht an guten Ideen, Plänen oder Konzepten. Vielfach aber stehen diese, trotz gemeinsamer Schnittfelder oder Schnittmengen, unverbunden nebeneinander. Zu ausgeprägt ist die „Kultur“ unterschiedlicher Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Dies führt dazu, dass ein koordiniertes und vernetzendes Handeln, basierend auf einer gemeinsamen Raumvision, längst noch keine Realität ist. Gleichmaßen wissen wir, dass in der Auseinandersetzung mit den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen unserer Städte und Gemeinden, perspektivisch angelegte, glaubwürdige und anregende Leitbilder benötigt werden, welche zur Reibfläche einer Diskussion zur strategischen Ausrichtung der Raumentwicklung werden müssen. Vor allem auf der Meso-Ebene¹² geht es bei diesen Leitbildprozessen um die Positionierung und um die Sensibilisierung der Gemeinden zu integrationsrelevanten Fragestellungen¹³ wie um die strukturelle Verankerung der Themenfelder Integration und gesellschaftliche Vielfalt als Querschnittsmaterie und als wertsetzende Ressource in Politik und Verwaltung.

Integrationsleitbilder werden zu strategischen Instrumenten und sind darauf ausgerichtet, die unterschiedlichen AkteurInnen aus Politik und Verwaltung, aus Vereinen, Verbänden, Initiativen und NGO's zu vernetzen, deren Ziele aufeinander abzustimmen und letztlich deren Handeln zu koordinieren und politisch zu legitimieren. Damit werden Integrationsleitbilder zur notwendigen Wissens- und Orientierungsbasis eines auf Kontinuität, Verlässlichkeit und Transparenz bauenden politischen/administrativen Handelns. Es geht um das Finden einer gemeinsamen Sprache und um die Verständigung auf eine zukunftsorientierte, raumbezogene Integrationspolitik. Prozesse einer Leitbildentwicklung können eine wichtige Anstoßwirkung entfalten und zu einem nachhaltigen Qualitätssprung in der Integrationsarbeit führen.¹⁴

Wirft man einen Blick auf die integrationspolitischen Aktivitäten in Österreich, wird deutlich, dass die Erarbeitung von Integrationsleitbildern zu einem wichtigen Anliegen der Städte und Regionen in Österreich geworden ist.¹⁵ Die Vorgangsweisen sind dabei höchst unterschiedlich.

Regionale oder auch kommunale integrierte LEITBILDER sind darauf ausgerichtet:

- >> Integration und Vielfalt als Querschnittsthemen der Raumentwicklung zu verankern und die jeweilige Verantwortung der unterschiedlichen AkteurInnen und Institutionen sichtbar zu machen,
- >> eine systematische Koordination, Qualitätssicherung und Innovation des raumrelevanten Handelns zu ermöglichen,
- >> die entsprechenden Herausforderungen, Strategien und Handlungsansätze nachvollziehbar zu vermitteln,
- >> die Funktion der „awareness building“ zu übernehmen.

12. Basierend auf einem im Rahmen des Projekts erarbeiteten Raum- und Handlungsmodell: mikro (lokal)/meso (regional)/makro (national) wird die Meso - Ebene als integrativ wirksamer Gestaltungsraum angesehen (Details siehe Jahresbericht der Örek-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum 2012).

13. Land Oberösterreich (Hrsg.): Einbeziehen statt Einordnen, Zusammenleben in Oberösterreich. Linz, 2008, S. 26.

14. Antalovsky, Herzog, Wolffhard: Integrationsleitbilder und Integrationsbeiräte österreichischer Städte. Dossier zur Online-Befragung. Europaforum Wien (Hrsg.), Wien, 2009, S. 11.

Gelegentlich werden solche Leitbilddiskurse im Rahmen einer Integrationsagenda in andere kommunale oder regionale Planungsprozesse eingebettet (Agenda21-Prozesse, Sozialleitbildprozesse).

Deutlich wird dabei auch eines: In jenen Bundesländern, die über ein Integrationsleitbild auf Landesebene verfügen, weisen auch viele Städte und Gemeinden einen Leitbildbezug auf. Zwischen den Leitbildaktivitäten auf Landes- und Gemeindeebene besteht ein enger Zusammenhang bezogen auf eine Dynamisierung des politischen Bewusstseins und der Einsicht in die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns.¹⁶

Die Erfahrungen aus einzelnen Bundesländern in Österreich belegen zudem die besondere Relevanz regionaler Leitbildprozesse auch für die kommunale Integrationsarbeit und für die integrationsrelevante Raumentwicklung. Trotz ihrer lokalen Wahrnehmbarkeit sind Prozesse der Integration und Segregation nicht als isolierte lokale Phänomene zu bewerten. Sie stehen in einem größeren Rahmen, werden beeinflusst von lokalen und regionalen

Planungs-, Entscheidungs- und Managementprozessen (z.B. bezogen auf die Bereitstellung von Wohnungen und dem Vergabemanagement) und stehen im Wechselspiel zu den regionalen Bedingungen des Arbeitsmarktes wie der schulischen/kulturellen Infrastrukturversorgung. Überlagert wird all dies von einer Akteursstruktur, deren Kompetenzen und Verantwortlichkeiten nicht an den Gemeindegrenzen Halt macht. Die Erarbeitung von Integrationsleitbildern auf der regionalen Ebene trägt dem Rechnung. Die Leitbilder werden damit auch zu einer wichtigen Orientierungsgrundlage für regionale und kommunale Prozesse der Entwicklungsplanung und der Raumordnung.

Siehe 8. Anhang: Beispiele und Referenzen

» Bsp. 8: Integrationsleitbild Oberösterreich (S. 100)

» Bsp. 9: Leitbild Schwedenplatz (S. 102)

Thematisch können Integrationsleitbilder breit aufgefächert sein. Inhalte und Themen beziehen sich in der Regel auf folgende Bereiche:¹⁷

- >> Gemeinsames Integrationsverständnis
- >> Herausforderungen und Handlungserfordernisse
- >> Prozessstruktur und Beteiligungsformate
- >> Maßnahmen und Strategien
 - >> übergeordnete strategische Maßnahmen (Leadership/Koordinationsstelle für Integration; Strategien der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Etablierung von Plattformen für Integration/Diversitätsmanagement; Monitoring/Controlling/Evaluierung)
 - >> handlungsbezogene Maßnahmen und Strategien (z.B. bezogen auf die Handlungsfelder Sprache, Bildung/Erziehung/Schule, Verwaltung/Gleichstellung/Partizipation/Sicherheit, Gesundheit und Soziales, Wohnen/Wohnumfeld/Zusammenleben, Wirtschaft/Arbeitsmarkt/Ausbildung, Kultur und Religion, Freizeit und Sport).
- >> Anforderungen an weitere Prozesse und Planungen

¹⁵ Antalovsky, Herzog, Wolffhard: Integrationsleitbilder und Integrationsbeiräte österreichischer Städte, S. 9.

¹⁶ ebd. S. 11.

¹⁷ Land Oberösterreich (Hrsg.): Einbeziehen statt Einordnen, Zusammenleben in Oberösterreich, 2008..

MEHR ALS ZAHLEN SAMMELN: DIE BESTANDSAUFNAHME

Vieles wissen wir über unsere Städte und Gemeinden, dokumentiert in Karten und Plänen, erfasst in amtlichen Statistiken. Doch was wissen wir wirklich über die Räume in denen wir leben? Was wissen wir von den Menschen und deren Erwartungen, den Wünschen und Hoffnung an die Stadt, an das Quartier und an deren weitere Entwicklung. Was wissen wir von jenen Menschen, für die die Stadt oder die Gemeinde zum neuen Lebensmittelpunkt und somit zur neuen Heimat geworden ist?

Machen wir uns bewusst, dass gesellschaftliche Vielfalt in den amtlichen Statistiken nicht angemessen abgebildet werden kann. Damit bleiben die Wertevielfalt und die Vielfalt der Lebensstile in Planungsprozessen meist unsichtbar und unbekannt. So führt ein mangelndes Wissen dann auch häufig zu der fehlenden Einsicht über die Notwendigkeit, im Rahmen des planenden und politischen Handelns auf Vielfalt und Diversität einzugehen und dieses verantwortungsvoll zu gestalten.

Es sind die vielfältigen Milieus, die den einzelnen Quartieren und Nachbarschaften ihr besonderes, unverwechselbares Gesicht geben. Das Wissen darüber erfordert die Schärfung des Bewusstseins für die spezifischen Werte und Eigenarten, für die vielfältigen kulturellen, sozialen und ökonomischen Ressourcen des Raumes. Gerade der Umgang mit „Vielfalt und Integration“ erfordert eine vielfach unkonventionelle Auseinandersetzung mit den Menschen vor Ort, bedingt die Suche nach Ideen und Positionen, erzwingt den offenen und vorurteilsfreien Blick auf die spezifischen Werte, und Talente im Raum. Um den gesellschaftlichen Raum zu verstehen, müssen wir lernen, ihn zu lesen und zu interpretieren. Insgesamt geht es darum, den Reichtum und die Potenziale von Vielfalt und Integration sichtbar zu machen und zu vermitteln. Letztlich wird dies zu einer wesentlichen Bedingung zu einem anderen, einem offenen politischen Klima, über das sich neue Perspektiven aufzeigen und Lernprozesse in Gang setzen lassen.¹⁸

Statistische Daten können hier immer nur einen kleinen (momentanen/ Augenblicklichen) Ausschnitt der Realität abbilden. Neben soziodemografischen Daten (z.B. Alter, Anteil Kinder und Jugendliche, Bildungsstand etc.), bedarf es weitergehender Informationen über Strukturen, Handlungsroutinen und Ziele der örtlichen AkteurInnen, wie der Auseinandersetzung mit den Bedarfen der Menschen.¹⁹ Das Spektrum solcher Analysethemen ist groß: Angefangen von Beobachtungen, Foto- und Filmanalysen über Befragungen bis hin zu Einzel- oder Gruppeninterviews. Darüber hinaus macht es Sinn, die Bestandsaufnahme um partizipative Elemente wie Runde Tische oder Stadt- bzw. Ortsteilforen zu erweitern. Über den damit verbundenen Erkenntnisgewinn hinaus, lassen sich so BewohnerInnen für die Planung sensibilisieren und zur aktiven Mitwirkung motivieren.

Siehe 8. Anhang: Beispiele und Referenzen

- » Bsp. 6: *Triestingtaler Jugenddialog* (S. 96)
- » Bsp. 9: *Leitbild Schwedenplatz* (S. 102)
- » Bsp. 10: *Frische Blicke auf die Stadt* (S. 104)
- » Bsp. 11: *Made im Murtal* (S. 106)

18 Yildiz, Erol: In Jahresbericht 2012 zur Örek Partnerschaft Vielfalt und Integration im Raum, S. 39.

19 vgl. Graf, Kocks: Stadtteilkonzepte für Integration, S. 16.

DIE BESTANDSAUFNAHME²⁰:

Statistische Daten der Bevölkerungsstruktur analysieren

- >> Ziel: objektive Grundlage für die Darstellung bestimmter Sachverhalte und Handlungsnotwendigkeiten
- >> Methoden: stadt- bzw. ortsteilbezogene Auswertung kommunaler Statistik, ergänzende Fragebogenerhebung
- >> Umgang mit den Ergebnissen: Präsentation in Verwaltungsspitze, Politik und ggf. Öffentlichkeit, Grundlage für die Diskussion von Zielen und Entwicklung von Konzepten

Bedarfe der Menschen im Stadt-/Ortsteil erfragen

- >> Ziele: Erfassung schwer messbarer Aspekte wie Wohlfühlen, Miteinander, bestimmte Bedürfnisse, passgenaue Strategien und Angebote erarbeiten, MultiplikatorInnen finden, Akzeptanz und Wertschätzung vermitteln
- >> Methoden: Interviews mit Schlüsselpersonen (AkteurInnen und BewohnerInnen), Fragebogenerhebung, Runde Tische, Einbindung in bestehende Gremien
- >> Umgang mit Ergebnissen: Präsentation im Stadtteil, vor Politik und Verwaltungsspitze, Einspeisen in Pläne und Konzepte

AkteurInnen identifizieren und laufende Aktivitäten vor Ort erfassen

- >> Ziele: Feld sondieren, Partner finden, weitere Handlungsspielräume ausloten, bessere Möglichkeit, neue Angebote zu koordinieren
- >> Methoden: Interviews in Fachbereichen, schriftlichen Überblick erstellen (schafft Transparenz), (thematische) Arbeitskreise/AkteurInnenforen - Alternative: Einzelgespräche
- >> Umgang mit Ergebnissen: schriftlichen Überblick erstellen, Analyse von Bedarfen, Abgleich mit (noch zu formulierenden) Zielen, Grundlage für Planung weiterer Maßnahmen, Arbeitsinstrument für Koordination von Verwaltungsarbeit sowie von Trägeraktivitäten

²⁰ vgl. Graf, Kocks: Stadtteilkonzepte für Integration, S. 16ff.

Eine kleinräumige Bestandsaufnahme verweist auf die vielfältigen Schnittmengen zwischen den AkteurInnen der Integrationspolitik und jenen der Raumpolitik. Gerade auf dieser Ebene geht es um die Zusammenhänge von gebauter Umwelt und sozialem Handeln. Neben der Erfassung der physischen Struktur und der Wahrnehmung des gebauten Raumes durch die NutzerInnen (materielles Erscheinungsbild) geht es dabei immer auch um Fragen, wie der Raum von welchen Gruppen genutzt wird (Soziales Handeln), welche Assoziationen mit dem Raum verknüpft und welche Images transportiert werden (Kultureller Ausdruck) und welche formalen Planungsvorgaben für den Raum bestehen, wer die handelnden AkteurInnen sind und welchen Einfluss diese ausüben (Regulation). Diese Dreigliederung ist das wesentliche Merkmal einer sozialräumlichen Analyse, die sowohl quantitative wie auch qualitative Daten und Informationen zusammenträgt und daraus relevantes Wissen für konkretes Handeln generiert.

Solche sozialräumlichen Analysen sind auch notwendig, um die Entwicklungen von Stadtteilen oder Quartieren zu erfassen und bezogen auf die Integrationsleistung zu bewerten. Im Spannungsfeld zwischen Integration und sozialer Segregation kann ein Stadtteil diese Leistungen übernehmen, wenn die Bedingungen darauf angelegt sind, den sozialen Aufstieg auch zu ermöglichen und nicht zur „Mobilitätsfalle“ zu werden. Quartiere müssen daher stets auch unter diesem Aspekt untersucht werden.²¹

Siehe 8. Anhang: Beispiele und Referenzen

- » Bsp. 6: *Triestingtaler Jugenddialog* (S. 96)
- » Bsp. 9: *Leitbild Schwedenplatz* (S. 102)
- » Bsp. 10: *Frische Blicke auf die Stadt* (S. 104)
- » Bsp. 11: *Made im Murtal* (S. 106)

DIE SOZIALRAUMANALYSE²²:

- >> muss ihren interdisziplinären und integrierten Ansatz der Vielschichtigkeit von Sozialräumen gerecht werden
- >> berücksichtigt die baulich-physische Struktur, die soziale Bevölkerungszusammensetzung und deren Lebensweise sowie Verhaltensmuster
- >> thematisiert die symbolische Aneignung und Markierung der städtischen Teilgebiete
- >> bedient sich eines methodischen Spektrums an Analysezugängen, die dabei behilflich sind, die Erwartungen und Werthaltungen der Menschen kennenzulernen
- >> versteht sich insgesamt als hochgradig kommunikativer und interkultureller Prozess einer Generierung von Wissen

21 Kocks, Martina: „Impulse für Integriertes Handeln“: In Jahresbericht 2012 zur Örek Partnerschaft Vielfalt und Integration im Raum, S. 42f.

22 Hertzsch, Wencke: Sozialraumanalyse in der Planung: <http://www.partizipation.at/1220.html> (03.02.2014).

VON DER SEKTORALEN ZUR INTEGRIERTEN BETRACHTUNG: INTEGRIERTE ENTWICKLUNGS- UND ERNEUERUNGSKONZEPTE²³

Das klassische planungsrelevante Instrumentarium auf den unterschiedlichen Handlungsebenen ist breit gefährdet. Neben den örtlichen bzw. regionalen Raumordnungsprogrammen bzw. -konzepten steht den Gemeinden das Instrumentarium der Flächenwidmungsplanung und der Bebauungsplanung zur Verfügung, mittels derer eine gesicherte und geordnete Raumentwicklung gesteuert werden kann. Dies betrifft beispielsweise die Lokalisierung von Infrastrukturstandorten, die Bereitstellung der notwendigen Flächen für neue Wohnungen, Büro-, Betriebs-, Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen oder die Regelung der Bebauung hinsichtlich der Intensität und Gestaltung.

Über Standortfragen, Dichtewerte oder Bebauungsweisen hinaus, besitzen diese, zumeist auf die Steuerung des Wachstums ausgerichteten Instrumente, nur bedingte Aussagekraft und Wirksamkeit für qualitätssetzende Prozesse, beispielsweise im sozioökonomischen Bereich oder im Umgang mit den Beständen. Besonders die gesetzlich normierten Verfahrensabläufe, Planlogiken und -inhalte machen ein flexibles, prozessuales oder auch inhaltliches Reagieren auf spezifische Situationen nur eingeschränkt möglich.

Sektorale Planungszugänge sind meist bedeutend, wenn es darum geht, konkrete Vorhaben in die Umsetzung zu bringen, beispielsweise im Rahmen der Bildungs- und Wohnungspolitik, der Standortentwicklung und der Verkehrsplanung. Im Kontext der Verknüpfung von Integrations- und Raumpolitik rücken zunehmend jedoch integrierte Konzeptansätze in den Fokus. Diese stehen beispielhaft für ein stark kommunikativ und kooperativ geprägtes Instrumentarium der Raumentwicklung, mittels derer Einfluss auf sozialräumliche, gesellschaftliche oder ökonomische Prozesse genommen werden kann. Sie ergänzen damit das klassische Spektrum raumplanerischer Ansätze und sektoraler Konzepte.

Integrierte Konzepte, gleichgültig ob auf lokaler oder auch regionaler Ebene, sind darauf ausgelegt, die verschiedenen sektoralen Raumpolitiken zu koordinieren und die für die Raumentwicklung relevanten Anliegen und Interessen der unterschiedlichen AkteurInnengruppen zu vernetzen. Sie werden zu einem wichtigen Instrument einer diversitätsorientierten Raumentwicklung bezogen auf die inhaltliche, räumliche, zeitliche und ökonomische Koordination von Vorhaben und Maßnahmen.

Integrierte Konzepte sind für die Regionalentwicklung in Österreich grundsätzlich nichts Neues. Bezogen auf das Handlungsfeld von Integration und Vielfalt sind die Konzepte und die dahinter stehenden Prozesse und Akteursstrukturen aber nochmals zu überprüfen, zu schärfen und zu gewichten.

Auf der lokalen, ortsteilspezifischen Ebene gewinnen integrierte Konzeptansätze zunehmend an Bedeutung. Hier überlagern sich meist die unterschiedlichen Interventionen beispielsweise aus der Gemeinwesenarbeit oder der Jugendarbeit mit jenen der Ortsteilerneuerung. Der Ortsteilbezug ermöglicht die unmittelbare Abstimmung und Verknüpfung der unterschiedlichen Handlungsbereiche einer Integrations- und Raumpolitik im direkten Lebensumfeld der BewohnerInnen. Genau jene raumwirksamen Integrationskonzepte sind dabei erfolgreich, mit denen es gelingt, die Stadt- bzw. Ortsteilentwicklung mit den Zielen einer Teilhabe und Integration der Bevölkerung zu verknüpfen

²³ vgl. Graf, Kocks: Stadtteilkonzepte für Integration, S. 16ff

Integrierte Konzepte auf der Ortsteil- bzw. Stadtteilebene

Mit Stadtteil- oder Ortsteilkonzepten werden die Ziele der Stadt- und der Gemeindeentwicklung mit einem strategischen und vor allem handlungsbezogenen Blick auf die Entwicklung einzelner Stadt- oder Ortsteile verknüpft. Ausgelegt auf einen kurz- bis mittelfristigen Umsetzungshorizont, wird mit ihnen an vorhandene Konzepte und Netzwerke angeknüpft, es werden Strategien für die Integration vor Ort entwickelt und Maßnahmen und Projekte benannt, mittels derer sich Entwicklungen stimulieren oder beeinflussen lassen. Die Prozesse können dabei so gestaltet sein, dass sich BewohnerInnen unterschiedlicher Interessenslagen, Institutionen und relevante StadtteilakteurInnen in die Gestaltung ihres Stadt- oder Ortsteiles einbringen können.

Die Möglichkeit zu einer strategischen Beteiligung und Mitbestimmung (beispielsweise im Rahmen von Stadtteilkonferenzen, Workshops etc.) kann dabei zum Impuls einer neuen Verantwortungskultur im Zusammenspiel zwischen der Verwaltung, der Zivilgesellschaft und lokal basierten Unternehmen werden. Ziel ist es, dabei auch solche AkteurInnen zu gewinnen, die in ihrem Handeln bislang von einem engeren Raum- und Integrationsverständnis geprägt waren.

Integrierte Konzepte sind oftmals auch Querschnittskonzepte zur politischen Verankerung von Zielen, zur strategischen Steuerung und Koordination erforderlicher ressortübergreifender Maßnahmen und Interventionen.²⁴ Sie verstehen sich damit auch als Basis für eine politische Legitimierung konkreten Handelns, für konkrete Verantwortlichkeiten, Entscheidungs- und Finanzierungsmodelle. Sie werden damit zu einem strategischen Steuerungsinstrument für eine raumbezogene Integrationspolitik vor Ort.

INTEGRIERTE KONZEPTE:

- >> bieten die **Möglichkeit für eine strategische Beteiligung** und ein Mehr an politischer und sozialer Teilhabe für die unterschiedlichen AkteurInnen aus Politik und Verwaltung, der Sozialarbeit, der Kultur, der Wohnungswirtschaft und von Verbänden, der Zivilgesellschaft. Die Arbeit an solchen Konzepten wird damit auch zur Plattform der Kommunikation zwischen der Öffentlichkeit und der Verwaltung und zwischen einzelnen Dienststellen und Ressorts
- >> erfordern die **Mitgestaltung und Teilhabe** der Menschen vor Ort, die mittels kreativer Planungs-, Partizipations- und Beteiligungsmethoden aktiv in die Prozesse einbezogen werden
- >> berücksichtigen **Integration und Vielfalt als Querschnittsaufgaben** und thematisieren die Schnittstellen und Schnittfelder von Integrations- und Raumpolitik
- >> werden zur **Plattform der Kommunikation** zwischen der Quartiersöffentlichkeit und den lokalen Institutionen und damit zur Vertrauensbasis zwischen den AkteurInnen
- >> benötigen entsprechende **personelle und finanzielle Ressourcen** zur Erarbeitung sowie zur Koordination und Moderation, zur Begleitung der Umsetzungsprozesse im Stadtteil- oder Quartiersmanagement (über die Gebietsbetreuung)
- >> erfordern den **politischen Willen und Rückhalt**

Stadt- oder Ortsteilkonzepte schweben nicht im leeren Raum der Planungszuständigkeiten und -verantwortlichkeiten; es ist notwendig, sie in die gesamtstädtischen/ gemeindlichen Zielvorstellungen zu integrieren. Umgekehrt geben sie wertvolle Impulse für nachfolgende Planungen und Projekte, beispielsweise im Zusammenhang mit der Sicherung und Entwicklung der soziokulturellen Infrastruktur, in der Sanierung vorhandener Bausubstanz oder für Vorhaben im öffentlichen Raum – sie verändern die Planungskultur in den Gemeinden. Stadt- oder Ortsteilkonzepte werden so zur Basis eines ressortübergreifenden, integrationsrelevanten und raumbezogenen Handelns.

Siehe 8. Anhang: Beispiele und Referenzen

» *Bsp. 13: Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) - Hamburg (S. 110)*

Die Aufgaben und Herangehensweisen so verstandener Stadt- oder Ortsteilkonzepte sind von den örtlichen Voraussetzungen und gesamtträumlichen Leitbildern und Zielen abhängig. Folgende Anlässe und Ziele sind denkbar²⁵:

- >> Stabilisierung von Stadt- oder Ortsteilen mit städtebaulichen und integrationspolitischen Herausforderungen;
- >> handlungspraktische Umsetzung und Stärkung integrationspolitischer Strategien der gesamtträumlichen Ebene durch Umsetzung in einem Stadt- oder Ortsteil;
- >> interkulturelle Öffnung der Verwaltung,
- >> Öffnung bestehender Gremien und Einrichtungen auf Stadt- oder Ortsteilebene, insbesondere für die Bedürfnisse der BürgerInnen mit Migrationshintergrund;
- >> Stärkung der Teilhabechancen und Entwicklung von Instrumenten zur Partizipation, insbesondere für die Bedürfnisse der BürgerInnen mit Migrationshintergrund;
- >> Stärkung von MigrantInnenorganisationen und ihre Verknüpfung mit der Stadt- oder Ortsteilebene;
- >> Anstoßen der Kooperation mit handelnden AkteurInnen und Institutionen vor Ort und
- >> Öffnung der Verwaltung (als steuernde Stelle) hinsichtlich der AkteurInnen und Institutionen.

24 Lutz, Sabine: Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien in der Stadterneuerungspraxis. Diplomarbeit am Department für Raumplanung, TU Wien, Wien, 2013, S. 79f.

25 vgl. Graf, Kocks: Stadtteilkonzepte für Integration, S. 12.

Gestufte Öffentlichkeiten:

Je nach Anlass und Zielsetzung, kann die Erarbeitung raumbezogenen Integrationskonzepte in unterschiedlichen Prozessen, Verantwortlichkeiten und Arbeitsformen vonstatten gehen. Nicht immer muss dabei die Beteiligung der Zivilgesellschaft im Vordergrund stehen. So können integrierte Konzepte ausschließlich **verwaltungszentriert** erarbeitet werden. Dies macht vor allem dann Sinn, wenn der Adressat dieser Konzepte die Verwaltung selbst ist. Beispielsweise wenn es um die Abstimmung des Verwaltungshandelns, um die strategische Ausrichtung der Ortsteil- und Integrationspolitik und/oder um die Vereinbarungen von Zuständigkeiten und Abstimmungsprozessen im Schnittfeld von Integrationspolitik und Raumpolitik geht. Im Ergebnis stehen Empfehlungen zur strategischen Ausrichtung der raumbezogenen Integrationspolitik (mit Blick auf weiterführende Instrumente, Prozesse, Verantwortlichkeiten, Beteiligungsstandards). Die Verantwortung eines solchen Prozesses obliegt in der Regel dem/der BürgermeisterIn. Die Koordination/Moderation könnte dem/der Integrationsbeauftragten übertragen werden.

Über den verwaltungszentrierten Rahmen hinausgehend sind jene Prozesse in denen Politik, Verwaltung sowie weitergehende lokale öffentliche oder private Institutionen kooperativ miteinander agieren. Diese **verwaltungsübergreifenden Kooperationsmodelle** machen vor allem dann Sinn, wenn es darum geht, die unterschiedlichen Planungs- und Handlungslogiken, Ziele und Maßnahmen öffentlicher und privater Institutionen bzw. Verbände auf- und miteinander abzustimmen, beispielsweise bezogen auf die Abstimmung des Verwaltungshandelns mit den Zielsetzungen sozialer Verbände, Kirchen, MigrantInnenvereine, dem Stadtteilmanagement oder Institutionen der Wohnungswirtschaft - auch wenn die Integrationspolitik nicht bei allen explizit auf deren Agenden stehen mag. Über die gemeinsame Arbeit werden die Erkenntnisse zunehmen, wie stark das abgestimmte Handeln in den unterschiedlichen sektoralen Feldern Einfluss nimmt auf die Qualität des Zusammenlebens in den Stadtteilen. Da solche Kooperationsprozesse schon wesentlich aufwändiger zu gestalten sind, als dies bei rein verwaltungszentrierten Abstimmungsprozessen der Fall ist, steigt auch der Aufwand der Koordination und Moderation des Prozesses. Unter Umständen kann dies noch im Aufgabenbereich einer Koordinationsstelle für Integration liegen. Vielfach jedoch bietet es sich an, hierzu externe (und unabhängige) ExpertInnen zu beauftragen. Als neutrale ModeratorInnen fällt es diesen möglicherweise wesentlich einfacher, das Verständnis für die gemeinsamen Herausforderungen zu wecken und darauf bezogene Vereinbarungen bezüglich Zielsetzungen und Handlungslogiken zu erreichen.

Verwaltungszentriert

Aus einer Analyse der Situation vor Ort werden verwaltungsintern Ziele abgeleitet

Ziel:

Integration als Querschnittsthema in der Verwaltung stärken

Methoden:

Dokumentenanalyse und Analyse sozialräumlicher Daten, Ableitung von Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der kommunalen Entwicklungsziele

Arbeitsformen:

Etablierung eines Steuerungsgremiums, Auftragsvergabe an Dritte, die bei der Stelle eines Gutachtens zur Sondierung der Bedarfe und Positionen unterstützen, Ergebnisaufbereitung durch Aussprache von Empfehlungen

Umgang mit Ergebnissen: Gutachten mit Empfehlungen für die strategische Ausrichtung der Stadtteil- und Integrationspolitik sowie stadtteilspezifische Maßnahmen werden der Stadtverwaltung, Politik und Öffentlichkeit vorgelegt

Kooperativ

Verwaltung, AkteurInnen und Institutionen aus dem Ortsteil formulieren Ziele gemeinsam

Ziel:

Bedarfe und Potenziale des Stadtteils werden zur Handlungsgrundlage, dafür werden Ziele und Maßnahmen unter engem Einbezug lokaler AkteurInnen und Institutionen entwickelt

Methoden:

Moderierter Dialog der AkteurInnen, Ableiten von Zielen und Maßnahmen z.B. für verschiedene Handlungsfelder

Arbeitsformen:

Offene Werkstatt der AkteurInnen mit ggf. extern zu besetzender professioneller Moderation, fortgesetzte Diskussion der Arbeitsgruppen z.B. zu Handlungsfeldern des Stadtteilkonzeptes Integration, Zusammenführung der Ergebnisse und redaktionelle Arbeiten

Umgang mit Ergebnissen:

Auf einem Stadtteilforum (Veranstaltung vor Ort mit breitem Teilnehmerkreis) werden die Ergebnisse in Form von Ziel- und Maßnahmenkatalogen präsentiert, ggf. bereits initiierte Projekte vorgestellt - in der Praxis bewährt: begleitende Pressearbeit. Stadtteilspezifische Maßnahmen werden der Stadtverwaltung, Politik und Öffentlichkeit vorgelegt.

Basisorientiert

BewohnerInnen entwickeln Ziele gemeinsam mit AkteurInnen

Ziel:

Bedarfe der BewohnerInnen werden zur Handlungsgrundlage. Dazu erarbeiten die BewohnerInnen mit und ohne Migrationshintergrund in Abstimmung mit der Verwaltung und Politik Entwicklungsziele für Integration und Teilhabe.

Methoden:

Offener und moderierter Dialog zwischen BewohnerInnen, Begegnung mit VertreterInnen von Politik und Verwaltung auf Augenhöhe, Einbindung und Qualifizierung der BewohnerInnen als Prozessbeteiligte mit unterschiedlichen Aufgaben, Koordination und Federführung durch Verwaltungsmitarbeitenden, enge Kooperation mit lokalen Institutionen

Arbeitsformen:

World Café als Einstieg in den Dialog mit anschließender Fortsetzung an Runden Tischen - in der Praxis bewährt: professionelle bzw. akzeptierte Personen als ModeratorInnen, ggf. Flüsterecken, Dolmetscherdienste und Kinderbetreuung; Zusammenführung der Ergebnisse und redaktionelle Arbeiten durch Koordination und ggf. erweitertes Team

Umgang mit Ergebnissen:

Präsentation der Ergebnisse gemeinsam mit allen Beteiligten, Rückmeldung z.B. in Form einer Veranstaltung

Anlässe und Arbeitsweisen: Graf, Kocks: Stadtteilkonzepte für Integration, S. 21ff. (Eigene Darstellung).

Die Gestaltung eines offenen, ortsteil- oder auch vorhabenbezogenen Beteiligungs- und Partizipationsprozesses steht für das dritte Handlungsmodell. Eine umfassende Beteiligung lokaler AkteurInnen, beispielsweise im Rahmen von Ortsteilkonferenzen, Arbeitsgruppen oder Werkstätten steht im Mittelpunkt der Arbeitsweisen. Die Verknüpfung von Integrations- und Raumpolitik wird zu einem gemeinsamen Lernprozess aller Beteiligten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft, beispielsweise im Rahmen der Erarbeitung ortsteilspezifischer Entwicklungskonzepte, im Kontext konkreter Vorhaben im Rahmen der Neu- oder Umgestaltung öffentlicher Räume oder im Rahmen der Entwicklung gemeinschaftlicher Ortsteilzentren. An die Gestaltung, Durchführung und Moderation solcher Prozesse bestehen sehr hohe Anforderungen. Die Beauftragung einer professionellen Moderation und Prozessbegleitung ist hier in der Regel unumgänglich.

Wichtig erscheint die Zusammenführung von Kompetenzen, die über die eigentliche Moderation hinausgehen: aus der Raumentwicklung und Raumgestaltung ebenso, wie aus den Bereichen der Gemeinwesen- und Integrationsarbeit. Es versteht sich von selbst, dass solche Prozesse mitunter erhebliche Ressourcen binden. Sie sollten daher auch nur dann gestartet werden, wenn die entsprechende Ressourcen für die Durchführung der zielgerichteten Prozesse sowie für die Umsetzung konkreter Maßnahmen auch bereit gestellt werden können. Ihre Einbindung in gesamtstädtische Entwicklungsstrategien und Leitbilder ist unumgänglich.

<p style="text-align: center;">Verwaltungszentriert</p> <p>Aus einer Analyse der Situation vor Ort werden verwaltungsintern Ziele abgeleitet</p>	<p style="text-align: center;">Kooperativ</p> <p>Verwaltung, AkteurInnen und Institutionen aus dem Ortsteil formulieren Ziele gemeinsam</p>	<p style="text-align: center;">Basisorientiert</p> <p>BewohnerInnen entwickeln Ziele gemeinsam mit AkteurInnen</p>
<p>(+) Stärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Fachliche Qualität der Analyse und der abgeleiteten Ziele + Neutralität der Ergebnisse, Umgang mit Zielkonflikten <p>(-) Schwächen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lern- oder Entwicklungsprozess vor Ort fehlt - Identifikation der AkteurInnen mit den Zielen eingeschränkt 	<p>(+) Stärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Dialog mit Lerneffekten für alle Beteiligten + Selbstverpflichtung und Engagement für gemeinsame Ziele <p>(-) Schwächen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Interessenskonflikte und Konkurrenzen nehmen u. U. Einfluss - aufwendiger Moderationsprozess 	<p>(+) Stärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Orientierung der Ziele an den lokalen Bedarfen + Teilhabe und persönliches Engagement gefördert <p>(-) Schwächen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verankerung in der Verwaltung wenig ausgeprägt und damit unklar, wie Ergebnisse verwendet werden - aufwendiger Beteiligungs- und Kommunikationsprozess

Anlässe und Arbeitsweisen: Graf, Kocks: Stadtteilkonzepte für Integration, S. 21ff. (Eigene Darstellung).

VON DER RESSORTLOGIK ZUM VERNETZTEN HANDELN: DAS SCHNITTFELDMANAGEMENT

Integrationsprozesse haben immer räumliche Bezüge. Vielfalt findet den sichtbaren Ausdruck vor Ort, in den unterschiedlichsten Stadt- bzw. Ortsteilen, Nachbarschaften, Milieus. Integrationsprozesse wie auch eine diversitätsorientierte Stadt- und Raumentwicklung werden vor allem durch kommunalpolitische Maßnahmen, Planungen und Interventionen initiiert, beeinflusst oder gestützt. Meist zeigt sich, dass sich solche planerischen Interventionen an der Schnittstelle und im Querschnitt horizontaler (ressortbezogener) und vertikaler (hierarchiebezogener) Zuständigkeiten bewegen. Die Entwicklung konkreter Strategien und Projekte ist damit stark von den unterschiedlichen Institutionen, Ressorts und AkteurInnen bzw. AkteurInnengruppen abhängig, die in der Regel auch unterschiedlichen Handlungslogiken folgen. Im Ergebnis stehen Abstimmungsprobleme und eine unzureichende Wahrnehmung und Bearbeitung gemeinsamer Schnittmengen.

Vielfach kann auf stadt- oder ortsteilbezogene Planungen zurückgegriffen werden, möglicherweise existieren sozialräumliche Fachplanungen in den Bereichen Jugend, Bildung oder Soziales. Oder - bezogen auf die weitere Entwicklung der sozialen oder der Bildungsinfrastruktur stehen Investitionen an. Vielleicht auch stehen auch Aufgaben an, die auf die Umgestaltung öffentlicher Räume im Quartierskontext setzen. Im Rahmen einer integrationsrelevanten Raumpolitik wird es darauf ankommen, diese Konzepte zusammenzuführen und ihre Handlungen und beabsichtigte Wirkungen aufeinander abzustimmen.

Das Spektrum der zu beteiligenden und in ihrem Handeln zu koordinierenden Akteure ist gelegentlich groß: Die Unterteilung in Politik, Verwaltung sowie zivilgesellschaftliche und freie Träger stellt dabei nur eine grobe Gliederung dar. Parlamentarische Fraktionen, der/die BürgermeisterIn, die Stadt- oder Ortsteilvertretung, unterschiedliche Behörden und Ämter, Vereine, Initiativen, Unternehmen, AkteurInnen aus dem Bildungsbereich, Beiräte für Migration und Integration – die Frage also, welche AkteurInnen und Ressorts aus den Bereichen der Raumentwicklung und der Integrationspolitik relevant sind, kann nur vor Ort im Zuge einer sorgfältigen Recherche beantwortet werden. Erst auf der Basis einer Akteu-

rInnenanalyse und Identifizierung kann damit begonnen werden, diese in ihrem Handeln zu vernetzen. In der Regel bedarf es hierzu einer handlungsfähigen Koordination bzw. eines Schnittstellenmanagements, ausgestattet mit den dazu notwendigen Ressourcen und versehen mit dem Mandat, die beteiligten Institutionen und AkteurInnen in ihrem Handeln untereinander und bezogen auf die Schnittstellen zu Politik und Öffentlichkeit koordinieren zu können.

Die Koordinationsaufgaben sind nicht zu unterschätzen. Sie bedingen entsprechende zeitliche, personelle und auch finanzielle Ressourcen, um diese mit der gebotenen Sorgfalt ausfüllen zu können. Zudem bedarf es eines klaren politischen Auftrages und einer administrativen „Rückendeckung“.

Auf der lokalen, der Mikro-Ebene, gilt das Quartiersmanagement oder gilt die **Gebietsbetreuung** als direkte Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Es umfasst die Aufgabe, die Bevölkerung, die Kultur- und Gewerbetreibenden und andere lokale AkteurInnen aktiv in den Prozess der Quartiers- oder Ortsteilentwicklung mit einzubeziehen, deren Bedürfnisse zu erheben und gegenüber der Politik und der Verwaltung zu vertreten. Sofern etabliert, kann die Gebietsbetreuung mit solchen Vernetzungsaufgaben betraut werden. Falls nicht, sollte die Aufgabe einer Koordinationsstelle übertragen werden, die als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Beteiligten fungiert und dazu mit entsprechenden zeitlichen und finanziellen Ressourcen auszustatten ist.

Auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene zeigt sich, wie wichtig die Etablierung von **Leit- oder Koordinationsstellen** für Integration und Vielfalt ist. Hier geht es vor allem um die strategische Positionierung der Querschnittsmaterie in den etablierten Verwaltungs- und Planungssystemen und um die Koordination und Abstimmung umsetzungsorientierter und querschnittsorientierter Aktivitäten in der Stadt- bzw. Regionalentwicklung (Wirtschaftsentwicklung, Siedlungsflächenentwicklung, Verkehr und Mobilität etc.).

Um diese vielschichtigen Aufgaben wahrnehmen zu können, muss das Schnittstellenmanagement mit den nötigen Kompetenzen gegenüber sektoralen oder institutionellen und politischen Zuständigkeiten ausgestattet sein. Dies bedingt ein klares politisches Bekenntnis der EntscheidungsträgerInnen bezogen auf eine diversitätsorientierte Raumentwicklung und die Etablierung und die Kompetenzen einer ressortübergreifenden und querschnittsbezogenen Managementstelle.
Ben.

Siehe 8. Anhang: Beispiele und Referenzen

- » Bsp. 2: *RIKK regional.interkulturell.kompetent*. (S. 88)
- » Bsp. 4: *Brunnenpassage - KunstSozialRaum* (S. 92)
- » Bsp. 14: *Wirtschaft und Schulen kooperieren im Triestingtal* (S. 112)

Das Aufgabenspektrum des SCHNITTFELDMANAGEMENTS umfasst u.a.:

- >> die Schnittstellenkommunikation zwischen den beteiligten Institutionen und Akteursgruppen aus Politik und Verwaltung, von Verbänden und Initiativen (NGO's), Unternehmen, Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen bis zu BewohnerInnen,
- >> die Initiierung und Begleitung integrierter Entwicklungs- und Handlungskonzepte,
- >> die Akquisition und die fachliche Begleitung konkreter Projekte und Vorhaben,
- >> die Koordination von Förderanträgen und die Akquisition, Bündelung und Verwaltung von Mitteln,
- >> das Bereitstellen von Informationsmaterialien und die Organisation der Wissensvermittlung und des Erfahrungsaustausches und
- >> das Controlling und die Evaluierung der Prozess- und Projektfortschritte.

VON BETROFFENEN ZU MITWIRKENDEN: PARTIZIPATION UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Im planungstheoretischen und auch -praktischen Diskurs besteht große Übereinstimmung dahingehend, die „Betroffenen“ in ihrer Vielfalt stärker einzubeziehen. Was in der Theorie nachvollziehbar klingt, stellt sich in der Praxis als ein anspruchsvolles Vorhaben heraus. Allgemein formulierte Beteiligungs- und Mitwirkungsangebote haben nicht immer den Erfolg, den man ihnen beimisst. Sprachliche Hürden stellen dabei nur eine Herausforderung dar, mit der es umzugehen gilt. Unterschiedliche Zeitbudgets, Erwartungshaltungen aber auch kulturelle Unterschiede bezogen auf das Planungs- und Mitwirkungsverständnis erfordern spezifische Modelle der Aktivierung und Beteiligung. Gerade die Beteiligung der unterschiedlichen sozialen Gruppen benötigt eine differenzierte Ansprache und zielgruppenspezifische, aufsuchende und vielfach unkonventionelle Verfahren.

Das Wecken und die Weiterentwicklung von Verantwortung ist ein permanenter Prozess. Dazu ist es aber notwendig, Überzeugungsarbeit zu leisten und zum Mit-Tun und zur Mit-Verantwortung zu animieren. Gerade dies verlangt nach neuen Wegen in den Strategien der Annäherung der unterschiedlichen, oft festgefahrenen Kommunikations- und Entscheidungskulturen. Gerade vor Ort, in den Stadtteilen und Quartieren, braucht es eine erweiterte Rolle von Stadt- und Regionalplanung. Neben der flexiblen Anwendung bestehender Instrumentarien geht es vor allem um die Aktivierung, Beteiligung und Mitwirkung, um das Stimulieren von Veränderungen - sowie um die Bereitschaft zur Reflexion und Anpassung. Die Suche steht im Vordergrund, nicht das Beharren auf einmal gesetzte Positionen. Daher stehen Fragen und die Offenheit aller Beteiligten im Vordergrund solcher Prozesse - und es bedarf einer professionellen Prozesssteuerung. Aus solchen Öffnungen erwächst Engagement innerhalb und außerhalb des politisch-administrativen Systems und es entwickelt sich eine breite Verantwortung für den Stadt- oder Ortsteil, für das Quartier und für gesellschaftliche Zusammenhänge.

PARTIZIPATIONSPROZESSE UND BETEILIGUNGSVERFAHREN:

- >> benötigen ein klares und verlässliches politisches Commitment sowie die Kommunikation des politischen Ziels oder der politischen Vision,
- >> besitzen ein ausgesprochen breites Spektrum an Methoden und Werkzeugen,
- >> sind geprägt von einem informellen Charakter und damit entsprechend den unterschiedlichen Vor-Ort-Bedingungen frei gestaltbar,
- >> reichen von informativen Angeboten über Beteiligungsmöglichkeiten in Planungsverfahren und Entwicklungsprozessen bis hin zu kooperativen Modellen der gemeinsamen Projektentwicklung und Entscheidungsfindung,
- >> bedingen eine Zielgruppenanalyse und eine auf deren Alltagsbedürfnisse zugeschnittene Auswahl an geeigneten Aktivierungsstrategien, Methoden und Instrumenten,
- >> brauchen eine klare Verantwortung in der Prozesssteuerung und Moderation wie in der Rollen- und Aufgabenverteilung,
- >> erfordern ein maßgeschneidertes Prozessdesign und
- >> bedingen eine größtmögliche Offenheit bezogen auf die Ergebnisse.

Die Partizipationsmodelle, von denen hier die Rede ist, besitzen einen ausgesprochen informellen Charakter. Dies bedeutet, dass sie entsprechend den unterschiedlichen Vor-Ort-Bedingungen frei gestaltbar sind. Dazu steht ein Spektrum unterschiedlichster Methoden und Werkzeuge zur Verfügung, die entsprechend der Zielsetzung und der Rahmenbedingungen (AkteurInnenstruktur, Zeitrahmen, Budget etc.) eingesetzt werden können: angefangen von Online-Umfragen und Interviews über Planungsworkshops und Zukunftswerkstätten bis hin zu BürgerInnenräten.

Was über das engere Partizipationsverständnis hinausreicht, ist die aktive Mitwirkung an konkreten Projekten, ist ein freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement für eine gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Um dieses zu fördern, müssen Strukturen der kulturellen Vielfalt und Öffnung etabliert und Schlüsselpersonen für die aufsuchende, aktivierende Arbeit eingesetzt werden. Die Kooperation mit den MigrantInnen-Organisationen spielt dabei meist eine zentrale Rolle.²⁶

Es existieren viele Gelegenheiten, die BürgerInnen an konkreten Planungsprozessen teilhaben zu lassen, sei es im Rahmen von konkreten Vorhaben zur Gestaltung öffentlicher Räume bis hin zur Mitwirkung an komplexen Entwicklungsprozessen der Ortsteilentwicklung. Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass unter Integration die Teilhabe und Chancengleichheit aller BewohnerInnen verstanden wird. Dies betrifft auch die Teilhabe und Chancengleichheit bezogen auf die Mitwirkung an räumliche Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen, die maßgeblichen Einfluss auf die Qualität eines Stadtteils, auf die Nutzbarkeit des öffentlichen Raumes und damit auf gesellschaftliche Prozesse haben - im Kleinen wie im Großen.

Siehe 8. Anhang: Beispiele und Referenzen

- » Bsp. 1: Dorfservice - die „soziale Feuerwehr“ (S. 86)
- » Bsp. 3: Islamischer Friedhof - Altsch (S. 90)
- » Bsp. 4: Brunnenpassage - KunstSozialRaum (S. 92)
- » Bsp. 5: Interkultureller Garten - Innsbruck (S. 94)
- » Bsp. 6: Triestingtaler Jugenddialog (S. 96)
- » Bsp. 7: Teens_Open_Space (S. 98)
- » Bsp. 9: Leitbild Schwedenplatz (S. 102)
- » Bsp. 10: Frische Blicke auf die Stadt (S. 104)
- » Bsp. 11: Made im Murtal (S. 106)
- » Bsp. 12: Sprachfreude Nenzing (S. 108)
- » Bsp. 15: Gemeinsam leben im Müritzbogen (S. 114)
- » Bsp. 16: „STARK“ - StadtTeilArbeit Kapfenberg (S. 115)
- » Bsp. 17: „Tu was“ - Sozialfestival an der Steirischen Eisenstraße (S. 116)
- » Bsp. 18: Moschee Bad Vöslau (S. 118)
- » Bsp. 19: Quartiersfonds Berlin (S. 120)
- » Bsp. 20: Partizipatives Budget in Recife, Brasilien (S. 120)
- » Bsp. 21: Initiative ergreifen (S. 124)

²⁶ vgl. Kocks, Martina:Kocks, Martina: „Impulse für Integriertes Handeln“: In Jahresbericht 2012 zur Örek Partnerschaft Vielfalt und Integration im Raum, S. 44.

ALTERNATIVE FINANZIERUNGSFORMEN: PARTIZIPATIVE BUDGETS

Die Erfahrungen mit den vielfältigen Projekten im Bereich der Integration unterstreichen den hohen Stellenwert eines aktiven bürgerschaftlichen Engagements für konkrete Projekte und Vorhaben. Mitentscheidend für den Erfolg des Engagements und der Übernahme von Verantwortung ist die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Durchführung konkreter Vorhaben. Gerade auf der lokalen Ebene bedarf es vielfach neuer und kreativer Zugänge zu Förderlogiken, die dazu verhelfen, das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern. Beispiele in der Bereitstellung von Quartiersbudgets oder der Bildung eines Quartiersfonds finden sich in den Niederlanden oder in Deutschland (Berlin, Hamburg). Andere Beispiele finden sich auch in Österreich im Rahmen der Lokalen-Agenda 21-Budgets. Hier werden die Voraussetzungen dazu geschaffen, dass BürgerInnen in besonderen Räumen Zugang zu begrenzten Finanzmitteln haben, über die sie, ihren eigenen Prioritäten entsprechend, verfügen und in eigener Verantwortung Verbesserungen und Veränderungen herbeiführen können. Solche Quartiers-, Stadtteil-, oder Ortsteilfonds bieten damit gute Chancen, dass BewohnerInnen Verantwortung für das Quartier und für die Nachbarschaft übernehmen und sich darüber hinaus eine neue Qualität von Kooperation, Kommunikation und des Zusammenlebens einstellt.

Ganz neue Möglichkeiten eröffnen sich über die vielfältigen Internet-Plattformen des „Crowdfundings“, die zunehmend auch zur Finanzierung von Vorhaben im sozialen, im kulturellen oder im sozio-ökonomischen Bereich genutzt werden. Die Plattformen werden zu neuen Marktplätzen, bei denen gute Ideen die Chance zur Umsetzung erhalten. Sie sind somit eine innovative Alternative zu klassischen Finanzierungsformen und Fördermodellen.

Siehe 8. Anhang: Beispiele und Referenzen

- » Bsp. 19: Quartiersfonds Berlin (S. 120)
- » Bsp. 20: Partizipatives Budget in Recife, Brasilien (S. 120)

Ziele PARTIZIPATIVER BUDGETS sind:

- >> Herstellen von Transparenz,
- >> Beteiligung und Mitbestimmung der BürgerInnen an konkreten Projekten,
- >> Stärkere Ausrichtung des Mitteleinsatzes an das Interesse der BürgerInnen,
- >> Stärkung der Mitverantwortung und des zivilgesellschaftlichen Engagements,
- >> Stärkung der Stadtteilkultur und
- >> Stärkung der Vertrauensbasis zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

LERNEN AN UND VON GUTEN PROJEKTEN UND PROZESSEN

So bedeutend diese auch sein mögen: Programme und Pläne allein besitzen selten die Kraft die dazu notwendig ist, zivilgesellschaftliches Engagement zu initiieren und die beteiligten AkteurInnen zu einem langandauernden, verantwortungsvollen Handeln zu verhelfen. Jede wirkungsvolle Strategie einer diversitätsorientierten und vor allem integrationsrelevanten Raumentwicklung braucht Symbole und zeitnah sichtbare Erfolge. Um auch langfristig an Ziele und Qualitätsansprüche einer integrativen Raumentwicklung auf lokaler, städtischer oder auch regionaler Ebene zu binden, sind neben Programmen und Plänen damit immer auch konkrete Projekte notwendig. Erst letztere bringen die einprägsamen und zugkräftigen Bilder hervor, die engagiertes und ausdauerndes Handeln stützen. Entscheidende Voraussetzung dabei ist das „Hand-in-Hand-Gehen“ von konkreten Projekten und strategischen Diskussionen.

Konkrete Projekte werden so zum Impuls und zum Bezugspunkt zu einem strategischen Handeln und Engagement. Dabei geht es auch darum, über konkrete Projekte

das öffentliche Bewusstsein für die spezifischen Werte einer vielfältigen Gesellschaftsstruktur herauszuarbeiten. An guten Projekten werden die Potenziale und die Mehrwerte des gemeinsamen Handelns und des Zusammenlebens anschaulich gemacht.

Damit geht es immer auch um das Lernen an und von den Projekten, die über ihren Status als „Living-Labs“ zum Impuls einer neuen kulturellen Praxis im Umgang mit „Integration und Vielfalt“ werden können. Ein Impulsprogramm kann den strategischen Rahmen zu Prozessen schaffen, die dann auf der städtischen bzw. lokalen Ebene zu neuen Kooperationsformen, Mitwirkungs- und Teilhabemodellen und Projekten führen. Die Handlungs- und Kommunikationsplattform wird für diese Projekte zur „Bühne“ eines offenen Dialogs und eines (planungs)kulturellen Lernprozesses..

Potenzielle Projekte und Handlungsansätze auf der lokalen Ebene werden initiiert

- >> durch Umgestaltung, Ausbau und Erweiterung von zentralen Bildungs-, Kultur- oder Gemeinschaftseinrichtungen
- >> durch die Förderung von Initiativen und Projekten der Stadtteilwirtschaft
- >> durch Gestaltung und Aktivierung öffentlicher Räume
- >> durch neue Kooperationsformen innerhalb und außerhalb der Verwaltung, die Erprobung der Verbindlichkeit bei informellen Kooperationen und quartiersbezogenen Finanzierungsformen (beispielsweise Sozialraumbudgets/Verfügungsfonds)
- >> durch neue Strukturen für bürgerschaftliches Engagement (Aufbau von Ehrenamtsstrukturen mit Einbindung von Vereinen und MigrantInnenorganisationen oder im Rahmen von Projekten im Aufbau und in der Bewirtschaftung soziokultureller Einrichtungen oder Angebote), Mentoren- oder Patenprogramme
- >> durch neue Strukturen für freie TrägerInnen und Vereine (räumliche und inhaltliche Anbindung an vorhandene Orte der Integration)
- >> durch Einbindung von Stiftungen und private Unternehmen in quartiersbezogene Projekte

ZUSAMMENFÜHRENDE POSITIONEN

1. Haltung zeigen

Die Erfahrungen zeigen, dass die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen von Integration und Vielfalt in der Raumentwicklung eines klaren politischen Statements bedarf. Ganz gleich, ob im Rahmen von Integrationsleitbildern, im Kontext von Stadt- oder Ortsteilkonzepten oder im Rahmen von Partizipationsprozessen auf der Ebene konkreter raumrelevanter Vorhaben: die politische Legitimation bringt unmissverständlich zum Ausdruck, dass stadt- und integrationspolitische Zielsetzungen über den gemeinsamen Diskurs entwickelt und geschärft werden sollen.

2. Die Notwendigkeit eines regionalen/kommunalen Commitments

Eine wirksame Integrationspolitik zeigt sich in der Umsetzung und in der beständigen Weiterentwicklung konkreter Maßnahmen in den unterschiedlichsten Handlungsbereichen und Politikfeldern. Regionale und/oder kommunale Leitbildprozesse werden zur Basis eines gemeinsamen Integrationsverständnisses wie zur Orientierung des raumbezogenen Handelns.

3. Integrierte Entwicklungskonzepte als Plattformen des vernetzten Handelns

Besonders auf der Stadt- bzw. Ortsteilebene, aber auch auf der regionalen Ebene tritt die raum- und integrationspolitische Notwendigkeit zu einem ressortübergreifenden Denken und Handeln offen zu Tage. In diesem Kontext versteht sich die Arbeit an integrierten Entwicklungskonzepten als Plattform des übergreifenden Dialogs um Erwartungen, Ziele, Strategien und Projekte des vernetzten Handelns. Vorausgesetzt solche Konzepte werden nicht auf die Funktion als Fachkonzepte für Integration reduziert, leisten sie einen wirksamen Beitrag zur Etablierung neuer Kooperationsstrukturen und Arbeitsformen im Alltag der Raumentwicklung.

4. „Vielfalt und Integration im Raum“ als Planungsgrundsatz

Eine Herausforderung besteht darin, dass sich die Raumordnung vorrangig mit Themenfeldern beschäftigt, welche eine direkte Einbeziehung von „Vielfalt und Integration im Raum“ nicht ermöglichen. In anderen Worten: „Vielfalt und Integration im Raum“ kann sich nicht in den klassischen Raumordnungsinstrumenten, wie z.B. dem Flächenwidmungsplan, dem Bebauungsplan etc., widerfinden. Vielmehr lässt sich die Haltung bezogen auf ein diversitätsorientierten Planungsverständnis in den Planungsgrundsätzen verankern.

5. Aus Mitwirkung erwächst Mitverantwortung

Die Bereitschaft zur Mitverantwortung an Integrationsprozessen wächst mit der Arbeit an konkreten Projekten und Vorhaben der Raumentwicklung. Hier muss Planung ansetzen: Indem sie die Mitwirkung an Projekten und Vorhaben im lokalen Kontext eines Stadt- oder Ortsteiles fordert und fördert, erwächst eine neue Kultur der Mitverantwortung für gesellschaftliche und raumrelevante Integrationsprozesse. Die Auseinandersetzung mit Integration und Vielfalt bedingt den Mut zu einer neuen Beteiligungs- und Mitwirkungskultur in der Raumentwicklung!

6. Das Arbeiten in Prozessen

Integration lässt sich ebenso wenig planen, wie sich Vielfalt als Kriterium der Raumentwicklung auf quantitative Bestimmungsgrößen reduzieren lässt. Die Auseinandersetzung mit Integration und Vielfalt bedingt den Dialog und die Auseinandersetzung der unterschiedlichen AkteureInnen und Institutionen, verlangt die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis und erfordert das Arbeiten in vielschichtigen Prozessen der Raumentwicklung. Meist geht es dabei um ein Mehr an Beteiligung und Mitwirkung, als dies in üblichen Planungsprozessen der

Fall ist. Hierzu gehören gelegentlich auch der Mut und die Bereitschaft, eingefahrene Wege zu verlassen und Neuland zu betreten. Gelingt dies, können Strukturen der Raumentwicklung und der Integrationspolitik auch besser miteinander verzahnt werden.

7. Wissen generieren

Das raumwirksame Handeln kann und darf sich nicht nur auf statistische Daten stützen, die grundlegend immer nur einen kleinen Ausschnitt der Realität abbilden können. Neben quantitativen Informationen bedarf es weiterer Recherchen hinsichtlich der Handlungen, Ziele, Erwartungen der örtlichen AkteurInnen im alltäglichen Umgang mit dem Raum und bezogen auf das Zusammenleben im Raum. Auch hier bedarf es neuer und überraschender Zugänge der Wissensgenerierung, bei denen partizipative Methoden eine wichtige Rolle spielen.

8. Proaktive Öffentlichkeitsarbeit

Längst ist die gesellschaftliche Vielfalt zur Normalität in den Städten geworden. Dennoch sind Integrationsagenden in der öffentlichen Wahrnehmung meist problematisiert und belastend konnotiert. Hier muss eine proaktive Öffentlichkeitsarbeit ansetzen. Neben der Information geht es um die Vermittlung kultureller Vielfalt als wertschöpfende Ressource in der Raumentwicklung. Dazu ist es notwendig, abstrakte Diskussionen an konkreten Projekten herunterzubrechen bzw. konkrete Identifikationspersonen zu gewinnen, die für eine interkulturelle Öffnung eintreten und diese Einstellung auch positiv im öffentlichen Raum der Gesellschaft vertreten. Möglicherweise kann daraus ein zivilgesellschaftliches Bündnis erwachsen, das sich öffentlich für gleichberechtigte Teilhabe und für eine interkulturelle Öffnung einsetzt.

9. Integrationsagenden sind Teamagenden

Es ist in der Querschnittsmaterie einer raumwirksamen Integrationspolitik begründet, dass die Agenden und Projekte immer von verschiedenen AkteurInnen unterschiedlichster Fachrichtungen bewältigt werden müssen. Um allein schon die öffentlichen AkteurInnen in den unterschiedlichen Institutionen und Ressorts in ihrem Handeln miteinander zu vernetzen, bedarf es geeigneter Organisationsstrukturen und Verantwortlichkeiten. Die Etablierung einer kommunalen oder auch einer ortsteilbezogenen Koordinationsstelle kann dazu beitragen, die fachlich zuständigen Personen und Institutionen für die teamorientierte Zusammenarbeit an einer gemeinsamen Sache zu gewinnen und in ihrem Handeln zu koordinieren.

10. Strategie und Projekte gehen Hand in Hand

Besonders wichtig erscheint die Arbeit an konkreten raumrelevanten Themen und Projekten einer Integrationspolitik, die in einen strategischen Rahmen eingebunden sind. Es sind vor allem die konkreten Projekte, die den Mehrwert des kooperativen Handelns im Raum und für die Gesellschaft anschaulich vermitteln. Und gleichermaßen sind es die Projekte, die als „Living-Labs“ zum Impuls einer neuen planungskulturellen Praxis im Umgang mit „Integration und Vielfalt“ werden können.

11. Standards laufend weiterentwickeln und übertragen

Eine erfolgreiche Stadt- bzw. Ortsteilentwicklung steht in ständigem Wechselspiel zu gesamtstädtischen/regionalen Leitbildern, Zielen, Strategien und Maßnahmen. Positive Erfahrungen aus konkreten Projekten können dazu beitragen, das Klima für Planungs- und Beteiligungsstandards und für strategisch angelegte Integrationsprozesse auf städtischer/gemeindlicher Ebene positiv zu beeinflussen.

„Beteiligung muss auf mehreren Ebenen stattfinden – Bevölkerung, Gemeindepolitik und Verwaltung. Man muss auch Bewusstseinsbildung über Beteiligung vorantreiben.“

„Es braucht beides: Government und Governance“

„Es fehlt oft an Ressourcen. Nicht unbedingt finanzielle, sondern viel mehr zeitliche und personelle Ressourcen.“

„Wir brauchen erweiterte Planungsprozesse! Und um die zu erhalten und einrichten zu können, braucht es im Vorfeld wieder die Bewusstseinsbildung, das politische Commitment! Also keine neuen Instrumente aber entsprechende Planungsprozesse, um diesen vielfältigen Themen und Herausforderungen gerecht zu werden!“

„Wir können nicht davon ausgehen, dass Integration nur Menschen betrifft, die für immer bleiben. Wir müssen auch die Dynamik und Mobilität berücksichtigen.“

„Das Thema zwischen Raumplanung/Planung und Integration/Diversität braucht ein Sichtbarmachen, es braucht Lernräume.“

Kommentar aus der Partnerschaft

„Es gilt zu hoffen, dass die Ergebnisse dieser Umsetzungspartnerschaft auch den Weg in die Wirklichkeit des Staatshandelns finden und wir Akteure auf lokaler Ebene die notwendige Unterstützung und Begleitung in unserem ‚daily business‘ erhalten.“



Wolfgang Domian
Stadt Leoben, Stadtamtsdirektor

***Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“
Rückblick und Ausblick von Wolfgang Domian, Stadtamtsdirektor der Stadt Leoben***

Die Beteiligung an der ÖREK Umsetzungspartnerschaft Vielfalt und Integration im Raum war für mich als Vertreter einer österreichischen Kleinstadt eine sehr wichtige Erfahrung. In dieser Partnerschaft hatte ich das Gefühl mit den Sorgen und Nöten, die es auf lokaler Ebene gibt, wo man mit allen nur denkbaren, gesellschaftlichen Fragestellungen und Problemstellungen konfrontiert wird, wirklich ernst genommen und gehört zu werden. Die Anstrengungen der Moderatoren und Inputgeber die unterschiedlichen Realitäten und Rahmenbedingungen zu erfassen und darauf einzugehen, wird sicher dazu beitragen in Zukunft besser auf die Herausforderungen, die eine multikulturelle Gesellschaft an Staat und Raum stellt, einzugehen.

Eine wirkliche Bereicherung war auch der Teamgeist und das spürbare Bemühen aller Beteiligten ihren/seinen Teil, den jede/jeder zu vertreten hatte, mit dem Ganzen zu verbinden und gemeinsam zu denken. Wir nannten es Makro-, Meso- und Mikroebene. Die ausgewählten Beispiele und Lösungsansätze waren für sich bereits lehrreich und zeigten deutlich, welche Chancen bei einem proaktiven Umgang mit den Fragen und Themen gegeben sind. Sie zeigten auch, wie wichtig es ist, auf die örtlichen Gegebenheiten einzugehen. Es bleibt bei mir der Eindruck, dass man auf der untersten Ebene des Staates nicht alleine gelassen ist und die staatlichen Maßnahmen in Zukunft nicht an den tatsächlichen Notwendigkeiten vorbei regieren. Insbesondere, dass die Instrumente und Maßnahmen der einzelnen vertikalen Verwaltungsbereiche in ihren ganzheitlichen Wirkungszusammenhängen erkannt werden und wie diese Verwaltungsbereiche entsprechend vernetzt werden müssen. Es wurde aber auch deutlich, wie sich Kompetenzschlingen und horizontales Schichtdenken negativ auf Problemlösungen auswirken und welche Lücken noch gegeben sind.

Es gilt zu hoffen, dass die Ergebnisse dieser Umsetzungspartnerschaft auch den Weg in die Wirklichkeit des Staatshandelns finden und wir Akteure auf lokaler Ebene die notwendige Unterstützung und Begleitung in unserem Daily Business erhalten.

Abschließend darf ich noch den Wunsch äußern, dass diese Umsetzungspartnerschaft nicht mit Projektende beendet ist, sondern als Kommunikations- und Informationsdrehscheibe weiter bestehen bleibt. Der Frosch hätte so die Möglichkeit die Sichtweise und Denkungsart des Adlers kennenzulernen und umgekehrt hätte der Adler die Möglichkeit zu erfahren, wie es einem Frosch in seinem Teich wirklich geht.

Kommentar aus der Partnerschaft

„Ich hoffe, dass durch diesen zweijährigen Erfahrungskontext das Verständnis der Kooperationskultur gestärkt wurde und in kooperative Strategien bzw. Projekte mündet.“



Kenan Güngör
Büro [think.difference]

Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ Rückblick und Ausblick von Kenan Güngör, Büro [think.difference]

Abschied von der „organisierten Unverantwortlichkeit“

Das Unterfangen die AkteurInnen aus der Integrations- und Diversitätsarbeit mit jenen der Raumplanung zusammen zu bringen und über den Austausch von einander zu lernen und somit eine verschränkte integrale Herangehensweisen im Raum zu ermöglichen, sollte mit dem ÖROK- Prozess erreicht werden. Zudem sollte auch der noch vorherrschende institutionelle Autismus beider Felder ein Stück weit aufgebrochen werden. Denn obwohl die Raumrelevanz integrations- und diversitätspolitischer Entscheidungen und Entwicklungen auf der Hand liegen, wurde die Raumdimension kaum oder lediglich als Hintergrundkolorit wahrgenommen. In der Raumplanung und -ordnung hingegen herrscht vielfach ein technisch-planerisches Verständnis vor, welches das Soziale im Allgemeinen und die Dynamik von Differenz und Integration im Besonderen eher als ein die Planbarkeit störendes diffuses Hintergrundrauschen wahrgenommen wird. Vor dem Hintergrund dieser Ambivalenz und der damit verbundenen „organisierten Unverantwortlichkeit“ fand der ÖROK-Prozess statt. Integrations- und pluralitätsbezogene Herausforderungen sollten mit raumbezogenen Fragen, Planungen und Politiken zusammen gedacht, Vernetzungen und Partnerschaften gestützt und entsprechende Strategien entwickelt werden.

Wenn Querschnittsmaterien zur „Querschnittslähmung“ führen kann...

Vielfalt und Integration betreffen nahezu alle Lebensbereiche und schlagen sich räumlich nieder. Alles was stattfindet, findet im Raum statt und wird von diesem beeinflusst. Damit handelt es sich um zwei Querschnittsmaterien, die sehr viele Lebensbereiche, Träger und Institutionen betreffen. Doch indem etwas nahezu alles umfasst, wird es schwierig – inhaltlich wie auch praxisbezogen - Grenzen zu ziehen. Aus der Querschnittsthematik kann somit schnell eine Querschnittslähmung werden. Das ist die ambivalente Widersprüchlichkeit von Querschnittsthematiken, dass sie- außerhalb eines engen Feldes- überall und somit nirgends wirklich mit bedacht werden. Somit liegt hier ein Gap zwischen der faktischen Relevanz und dem Fehlen ressortübergreifender integraler Zugänge. Dieses schwierige thematische „Einhegen“ des Themenkomplexes stellte und wird mit Sicherheit eine der zentralen Herausforderungen dieses Prozesses darstellen.

Vitale Treiberstruktur und Leitprojekte

Damit der angestoßene Prozess nach dem Abschluss nicht verebbt, sondern mit Zugkraft fortgeführt wird, braucht es eine vitale Treiberstruktur in Form von Zuständigkeiten und Netzwerken. Dafür bedarf es markanter, praxisrelevanter Leitprojekte, die bei den AkteurInnen verschiedener Felder und Ebenen ein vitales Anliegen berührt, eine hohe Eingängigkeit besitzt und sich somit die Sinnhaftigkeit integraler Zugänge aus der Sache selbst ergibt. Dafür ist zugleich eine verbesserte institutionelle Kooperationskultur zwischen den Bundesbehörden - jenseits der parteipolitischen Farbenlehre - und ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Bund, Land, Region und Gemeinde zentral.

In meiner Rolle als NAP-I Expertenratsmitglied zuständig für das Themenfeld „Regionale Dimensionen Integration“ habe ich den inhaltlichen wie auch institutionellen Austausch für wesentlich erachtet. Ich hoffe, dass durch diesen zweijährigen Erfahrungskontext das Verständnis der Kooperationskultur gestärkt wurde und in kooperative Strategien bzw. Projekten mündet. Das Thema wird im Expertenrat weiterhin einen entsprechenden Stellenwert haben und die Frage ist, wo sich gute Schnittmengen und Synergien ergeben könnten. Die Anforderungen sind hoch und es bleibt spannend.

Kommentar aus der Partnerschaft

„Sozial-integrative Raumentwicklung kann nicht ‚soziale Mischung‘ heißen, sondern sollte in benachteiligten Quartieren Chancengleichheiten ermöglichen.“



Jens S. Dangschat

Technische Universität Wien, Fachbereich Soziologie

***Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“
Rückblick und Ausblick von Jens S. Dangschat, TU Wien - Fachbereich Soziologie***

„Integration von Vielfalt im Raum“ ist für alle Beteiligte eine große Herausforderung: Zum einen, weil wir nur ein „Gefühl“ davon haben, kaum aber ein „Wissen“ darüber. Analytisch kennen wir die zentralen sozialwissenschaftlichen Kategorien gesellschaftlicher Ausdifferenzierung – wir haben aber keine Daten darüber. Wir kennen Orte und Einrichtungen der Überforderung und des „Gelingens“ im Sinne des ‚best practise‘, kennen aber auch die Schwierigkeiten der Übertragbarkeit. Zudem wird Vielfalt immer noch überwiegend im Sinne der Integrations-Herausforderungen von Migrationshintergrund, Armut und Bildungsferne gesehen – auch von uns. Vielfalt ist zudem ambivalent: Auf der „Sonnenseite der Gesellschaft“ (der sozialen Lagen, der Branchen und der Orte) ist Vielfalt ein Zugewinn von Anregungen, Exotischem, Kreativität und Innovation – auf der „Schattenseite“ sind es Verunsicherungen, Überforderungen, Bedrohungen, Verlust von Identifikation, Ab- und Ausgrenzung, Intoleranz und Aggressivität. Gesellschaftliche Vielfalt überfordert alle Menschen – je dynamischer, umso umfangreicher und intensiver. Eine zunehmende gesellschaftliche Vielfalt bedeutet eine stärkere gesellschaftliche Aufgliederung in soziale Gruppen, die sich stärker auf sich beziehen und nach außen rigider und symbolischer voneinander abgrenzen. Die Folge ist ein nachlassender gesellschaftlicher Zusammenhalt, was sich im räumlichen Auseinander-Rücken (Segregation), in der Formulierung zunehmender Interessengegensätze und letztlich auch in unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken zeigt.

Die Konzentration der Betrachtung von Vielfalt als große Chance und Notwendigkeit im Rahmen ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit auf der einen und als problematische Konstellationen gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung auf der anderen Seite verstellt jedoch den Blick auf die Wirkung von Vielfalt „in der Mitte“ – also bei uns selbst. Gesellschaftliche Vielfalt bedeutet auch eine quantitative Zunahme der Linien der Ab- und Ausgrenzungen: Umweltbewusstsein, gender roles, Ernährung, Medien-Konsum, Mobilität sind Arenen normativer Positionierungen. In diesen Dimensionen sind die Mittelschichten kaum geneigt, sich mit der Vielfalt der Meinungen Anderer täglich und intensiv auseinanderzusetzen, sondern auch wir reagieren überwiegend in diesen Fragen abgrenzend und sich zurückziehend.

Wenn wir kritisch unsere Strategien zur Integration von Vielfalt in problematischen sozialräumlichen Konstellationen betrachten, sollten wir auch das „Mantra der sozialen Mischung“ (Münch 2010) überdenken, denn Stadtgesellschaften sind traditionell „partiell integrierte“ Gesellschaften (Bahrtdt 1970) – Siebel (2010) schlägt daher eine „binnenintegrative Segregation“ als Stadtentwicklungsziel vor. Dennoch: Das Zusammenleben in einer „offenen Stadt“ muss noch erlernt werden – auch von uns.

Sozial-integrative Raumentwicklung kann nicht „soziale Mischung“ heißen, sondern sollte in benachteiligten Quartieren Chancengleichheiten ermöglichen. Hierzu ist ein Quartiersmanagement notwendig, was nicht nur gut klingt, sondern eine Institution ist, welche die Ressourcen der Aus- und Weiterbildung, des Wohnungsbestandes, der Vereine und Unternehmen sowie des öffentlichen Raumes tatsächlich bündeln kann. Dort, wo die sozialen Unterschiede groß sind und unüberwindbar erscheinen, sollte man auch das Modell „ziviler Parallelgesellschaften“ entwickeln, denn die meisten Brücken zwischen sozialen Gruppen werden gebaut, ohne im Vorwege deren Belastbarkeit wirklich zu kennen.



6. IMPULS FÜR ZUKÜNFTIGES „HANDELN IM RAUM“

Die Mitglieder der ÖREK-Partnerschaft sehen den Bedarf einer aktivierenden und vor allem querschnittsorientierten Fortsetzung des Diskurses als notwendig an. Dabei soll vordergründig der Aspekt „Handeln im Raum“ stehen.

Fehlen handlungsbezogener Förder- und Anreizinstrumente

In vielen österreichischen Kommunen fehlt es an personellen, zeitlichen und nicht zuletzt finanziellen Ressourcen, um die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen einer diversitätsorientierten und integrationspolitischen Raumentwicklung bewältigen oder aktiv gestalten zu können.

Darüber hinaus mangelt es an einem österreichweit strukturierten Wissensaustausch bezogen auf die vielfältigen Methoden, Instrumente, Prozesse und Projekte einer querschnittsorientierten (und partizipativen) Stadt- und Regionalentwicklung. Benötigt wird deshalb neben einem solchen strukturierten Wissensaustausch auch ein aktives Veränderungsmanagement und geeignete Förder- und Anreizinstrumente, die eine kontinuierliche und vor allem ressortübergreifende Begleitung der Thematik erlauben bzw. unterstützen. Hier sind vor allem der Bund und die einzelnen Länder gefordert!

HANDLUNGS- UND KOMMUNIKATIONSPLATTFORM ALS FORTSETZUNG DES DISKURS

Über einen Dialog hinaus, sollen in den nächsten Schritten anhand von konkreten Projekten gemeinsam Lösungen entwickelt werden. TrägerIn dieses Diskurses kann eine Kommunikations- und Handlungsplattform sein, die eine Art Knoten- und (Zusammenführung und neuerliche Verteilung von Information) Schnittstellenfunktion sowie AnsprechpartnerIn für das interne Netzwerk (Fachöffentlichkeit und erweiterte Öffentlichkeit) darstellt. Im

Rahmen des Diskurses kann ein Beirat, bestehend aus unterschiedlichen ExpertInnen, als beratendes Gremium einberufen werden. Dieses Instrumentarium soll, vergleichbar mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in Deutschland oder dem Landesprogramm Nordrhein-Westfalen „Initiative ergreifen“, dazu dienen, lokale Initiativen und Engagement im Bereich von „Vielfalt und Integration im Raum“ zu fördern.

Die Empfehlung zum Aufbau eines solchen Instrumentariums richtet sich explizit an den Bund und an die Länder, die auf der Makro-Ebene²⁷ in einer besonderen programmatischen Verantwortung stehen.

In der direkten Gegenüberstellung „top-down-gerichteter“ Programme fokussiert die Handlungs- und Kommunikationsplattform auf die Mobilisierung vorhandener Kräfte. Sie soll die Kommunen unterstützen, zivilgesellschaftliche Gruppen und lokale Partnerschaften dahingehend zu befähigen, Verantwortung und Engagement für das städtische Gemeinwesen und für eine integrierte Raumentwicklung übernehmen zu können bzw. zu wollen. In den Fokus rückt die Unterstützung der Erarbeitung integrierter Handlungskonzepte ebenso, wie die Förderung von Maßnahmen im städtischen bzw. ländlichen Raum selbst - also genau dort, wo die Projekte im direkten Lebensumfeld ansetzen und einwirken. Es geht damit um die Förderung des Engagements für eine vielfältige Gesellschaft.

²⁷ „Basierend auf einem im Rahmen der Partnerschaft erarbeiteten differenzierten Raum- und Handlungsmodell: mikro (lokal)/meso (regional)/makro (national) wird die Makro-Ebene als strategisch programmatischer Gestaltungsraum angesehen (Details siehe Jahresbericht 2012)“

Wissensaustausch und Wissensvermittlung als zentrale Anliegen

Ziel einer solchen Handlungs- und Kommunikationsplattform ist einerseits die unterschiedlichen AkteurInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Soziales und Zivilgesellschaft bezogen auf ein gemeinsames integratives Handeln zu vernetzen und neues Wissen zu generieren sowie andererseits, dieses über konkrete Projekte und Prozesse sichtbar zu vermitteln. Damit muss die Plattform dazu beitragen, die traditionelle „Raumblindheit“ sektoraler Konzepte zu überwinden. Es geht also auch um die Initiierung offener Lernprozesse in Bezug auf kooperatives Handeln und um das Sichtbarmachen des gesellschaftlich-kulturellen und ökonomischen Mehrwerts eines gemeinsamen und verantwortungsvollen Handelns - vorausgesetzt, die Plattform braucht den dazu erforderlichen politischen Auftrag und die notwendige Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen. Bund und Länder stehen hier in einer gemeinsamen Verantwortung.

Bestehende Fördermaßnahmen aktivieren

Die Mehrzahl der Fördermaßnahmen von Integration ist auf individuelle Förderung ausgerichtet, wie z.B. die Förderung von Sprachkompetenzen. Eine effektive Wirkung erlangen Programme, Strategien und Maßnahmen im Stadtraum allerdings erst, wenn diese direkt im Lebensumfeld ansetzen und damit gesellschaftlich wahrnehmbar werden. Die Stadt- bzw. Raumentwicklung erhält hier eine besondere Aufgabe: Über die Handlungs- und Kommunikationsplattform kann Unterstützung bei der Akquisition von Fördermitteln für die akkreditierten Projekte erfolgen. Dies kann nicht nur durch das eigene Budget erfolgen, sondern auch durch eine handlungsbezogene Verknüpfung und Bündelung bereits vorhandener Förderprogramme unterschiedlicher MittelgeberInnen.

Impuls zu einer neuen kulturellen Praxis

Mit einer offenen und herausfordernden Anlage kann die Handlungs- und Kommunikationsplattform den Umgang mit Vielfalt und Integration im Raum als kulturellen Prozess initiieren. Die akkreditierten Projekte und Prozesse müssen den fachlich-politischen Dialog anregen und gleichermaßen zu Plattformen der Beteiligung und der Zusammenarbeit von Institutionen mit der Zivilgesellschaft werden. An den Projekten in den Städten und ländlichen Gemeinden gilt es, das Spektrum der Handlungsräume und „Mit-Mach-Möglichkeiten“ auszuloten, zuzuspitzen und zu qualifizieren. In den Fokus rückt die Stimulation eines breiten zivilgesellschaftlichen Engagements. Über das Lernen an und von Projekten und Prozessen wird die Plattform zum Impuls einer neuen kulturellen Praxis im Umgang mit den vielfältigen Szenen und Milieus der Gesellschaft im Raum. Eingebunden in die Plattform folgen die lokalen oder regionalen Projekte dem Anspruch, jeweils orts- und situationsspezifische Lösungen zu entwickeln. Gute Projekte werden damit immer auch Kräfte freisetzen, die sich konsequenterweise auf ihre Umgebung auswirken können.

Siehe 8. Anhang: Beispiele und Referenzen

- » Bsp. 21: Initiative ergreifen (S. 124)
- » Bsp. 22: Programm „Soziale Stadt“ (S. 126)
- » Bsp. 23: Nationale Stadtentwicklungspolitik (S. 128)
- » Bsp. 24: Loake Agenda 2 in Österreich (S. 130)

Handlungsempfehlungen für einen aktivierenden und querschnittsorientierten Diskurs

Fortsetzung des Diskurs unter dem Aspekt Projekte:

- >> Fachliche Unterstützung und Beratung von Vorhaben-TrägerInnen in rechtlicher, instrumenteller und förder technischer Sicht
- >> Akquisition und Förderung von Projekten, die darauf ausgelegt sind, die Mehrwerte des raumbezogenen Handelns, bezogen auf die Herausforderung von Integration und Vielfalt deutlich zu machen

Förderung:

- >> Bereitstellung notwendiger Fördermittel entweder durch ein eigenes Budget oder durch eine handlungsbezogene Verknüpfung und Bündelung (ev. Erweiterung der Kriterien) vorhandener Förderprogramme unterschiedlicher MittelgeberInnen

Wissensaustausch und Wissensvermittlung:

- >> Aufbau und Pflege eines länderübergreifenden Netzwerkes, bezogen auf den Erfahrungsaustausch und das Voneinander-Lernen der beteiligten AkteurInnen (z.B. über die Durchführung von Konferenzen und Fachdiskursen)
- >> Etablierung und Betreuung einer Hochschulpartnerschaft (im Sinne des Monitorings, der wissenschaftlichen Begleitung und des Wissenstransfers)
- >> Vermittlung des gewonnenen Erfahrungswissens und der Projekte an die Öffentlichkeit

Kommentar aus der Partnerschaft

„Oft haben wir ein räumliches Problem, daraus ergibt sich ein Generationenkonflikt, der aber von den Menschen selbst als AusländerInnenkonflikt gesehen wird. Verfolgt man dies auf die eigentliche Ursache zurück, wird offensichtlich, wie Planung auch auf Kommunikation und Vielfalt steuernd einwirken kann.“



Anette Schawerda

Niederösterreichische Landesakademie

Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ Rückblick und Ausblick von Annette Schawerda, Niederösterreichische Landesakademie

Für mich persönlich war das Thema dieser Partnerschaft sehr interessant, da ich von meiner Grundausbildung Landschaftsplanerin bin und mir im zweiten. Bildungsweg das Handwerkszeug für Bildungs- und Integrationsarbeit angeeignet habe.

Eine besondere Herausforderung für diese Partnerschaft lag darin, zwei Bereiche (Planung und Soziales), die sich in der Praxis kaum überschneiden, weder inhaltlich noch von den AkteurInnen her, zu verbinden und positive Synergieeffekte heraus zu arbeiten. Motivierend dabei war das Engagement des Teams von Georg Schadt und ihr Ziel, diesen neuen Schwerpunkt durch eine gute Zusammenarbeit in der Partnerschaft österreichweit zu verankern, unterstützt wurden sie dabei durch ein externes ExpertInnenteam.

Da ich oft unter zeitlichem Druck stehe, habe ich die Gestaltung der Meetings mitunter zu langatmig und theoretisch erlebt. Gewünscht hätte ich mir die Auseinandersetzung auf kommunaler Ebene – direkt vor Ort. Denn ich bin davon überzeugt, dass dies den Austausch zwischen PraktikerInnen und TheoretikerInnen bereichert und uns vielleicht manche Diskussion erspart hätte.

Für meine Praxis in NÖ waren die Inputs der VertreterInnen aus den Bundesländern besonders wichtig. Insgesamt kann ich sagen, dass aus dieser Partnerschaft konkrete Anknüpfungspunkte für Niederösterreich entstanden sind. Vorerst geht es um Vernetzung und Konzeptentwicklung. In der Folge wollen wir als Integrationsdienststelle gemeinsam mit dem Land NÖ und dem Regionalmanagement Pilotprojekte auf kommunaler Ebene unterstützen.

Die zentralen Schwerpunkte unserer Integrationsarbeit sind Bildung und Sprache, Jugend und Arbeitsmarkt sowie Wohnen und Zusammenleben, in diesem zuletzt genannten Bereich ist auch das Thema Vielfalt und Integration im Raum anzusiedeln. Migration spiegelt sich oft in den Wohn- und Einkommensverhältnissen und damit verbundenen lokalen Segregationstendenzen wider. Besonders für sozioökonomisch benachteiligte Gruppen ist der öffentliche Raum ein wichtiger Freiraum. Gleichzeitig wird er aber durch den ständig zunehmenden Autoverkehr (fahrend und ruhend) sowie eine sukzessiv bauliche Verdichtung in den Zuwanderungsgemeinden zunehmend eingeengt. Angesichts angespannter kommunaler Budgets ist es für Gemeinden sehr schwierig, in Hinblick auf eine nachhaltige Siedlungsentwicklung allen Bevölkerungsgruppen ausreichend Freiräume zur Verfügung zu stellen und damit einer möglichen Ausgrenzung bzw. Vertreibung von „auffälligen“ Gruppen entgegenzuwirken. So beschreiben viele Jugendliche im Triestingtaler Jugenddialog ihren Wunsch nach konsumfreien Treffpunkten, die auch im Winter und bei schlechter Witterung genutzt werden können.

Ein anderes Beispiel für fehlende Freiräume sind die zunehmenden Beschwerden in Wohnanlagen von älteren MieterInnen über spielende Kinder. Oft haben wir ein räumliches Problem, daraus ergibt sich ein Generationenkonflikt, der aber von den Menschen selbst als AusländerInnenkonflikt gesehen wird. Verfolgt man dies auf die eigentliche Ursache zurück, wird offensichtlich, wie Planung auch auf Kommunikation und Vielfalt steuernd einwirken kann.

Durch Planung und Gestaltung können die Rahmenbedingungen des Miteinanders verändert werden, die Ausverhandlungsprozesse über die Nutzung liegen bei den NutzerInnen selbst. Für dieses Spannungsfeld gilt es einerseits Bewusstsein zu schaffen und andererseits neue Wege durch good practice Beispiele, die den kommunalen Strukturen in NÖ entsprechen, aufzuzeigen.

Ich hoffe es gelingt in den nächsten Jahren die angedachten Projekte erfolgreich umzusetzen. Dazu braucht es auch die Unterstützung des Bundes. Ich würde mir wünschen, dass das Bundeskanzleramt diese Partnerschaft einerseits durch jährliche Vernetzungstreffen und andererseits durch die Förderung konkreter Pilotprojekte fortsetzt und wir dadurch gemeinsam weiter am Schwerpunktthema arbeiten können.

Kommentar aus der Partnerschaft

„Es geht darum Projekte lokal zu ermöglichen und vor allem das Wissen vor Ort zu nutzen. Themen zu finden, die sich von selbst weitertragen, auch wenn die finanziellen Ressourcen beschränkt sind.“



Stefan Obkircher, Carmen Nardelli und Wilfried Bertsch

Land Vorarlberg - Raumordnung/Gesellschaft und Soziales

Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ Rückblick und Ausblick von Wilfried Bertsch, Carmen Nardelli und Stefan Obkircher, Land Vorarlberg - Raumordnung/Gesellschaft und Soziales

Wirkung und Mehrwert

Was haben wir rückblickend auf den zweijährigen Umsetzungsprozess Vielfalt und Integration im Raum erreicht? Wo ist eine tatsächliche Wirkung und Relevanz für den eigenen Arbeitsalltag entstanden? Und welche Bedürfnisse ergeben sich für die notwendigen, nächsten Schritte? Das sind Fragen mit denen wir uns – mit dem vorliegenden Projektendbericht in der Hand – nochmals kritisch auseinandersetzen.

Zunächst ein Blick zurück: Aufreibend und gleichzeitig bereichernd war das Aufeinandertreffen der zwei Professionen Raumplanung und Integration. Wobei man den Erfolg der Partnerschaft nicht an einem gemeinsamen Verständnis von Vielfalt und Integration im Raum messen sollte, sondern an dem gemeinsamen Blick auf die bestehenden Herausforderungen. In den Workshops und Veranstaltungen hat sich darüber hinaus gezeigt, dass nicht immer eine Ausgewogenheit zwischen diesen beiden Fachbereichen oder zwischen den Blickwinkeln „Stadt“ und „Land“ gegeben war. Vielleicht hängt dieser Mangel aber auch damit zusammen, dass nur FachexpertInnen am Tun waren. Wir hätten uns eine stärkere Einbindung von AlltagsexpertInnen in den Erarbeitungsprozess gewünscht.

Auch wenn die Wirkung der Partnerschaft nicht unmittelbar in den Arbeitssitzungen sichtbar geworden ist, konnten wir immer Impulse mit nach Vorarlberg nehmen und anhand der konkreten Fragestellungen aus der Partnerschaft den Austausch zwischen unseren Fachabteilungen intensivieren und möchten dies auch weiterhin tun. Denkbar ist etwa eine Vorarlberger Integrationskonferenz zum Thema „Begegnungsräume“.

Wo ist für uns noch eine Wirkung entstanden? In besonders wacher Erinnerung ist die Auseinandersetzung mit Best-Practice-Beispielen geblieben. Mittels der Analyse-Matrix haben wir das Projekt des islamischen Friedhofs in Altach durch intensiven Wissenstransfer mit der Prozessbegleiterin Eva Grabherr nachgezeichnet. Entstanden ist ein systemischer Blick auf den Prozess, der ebenso den Prozess hinter dem Prozess greifbarer und verständlicher gemacht hat. Dadurch wird die Analyse-Matrix aus unserer Sicht eine praktikable Toolbox; auch um aus anderen Umsetzungsprojekten lernen zu können.

Möglichkeitsräume schaffen

Wie kann es weitergehen? Wo liegen die Bedürfnisse? In den vergangenen zwei Jahren hat sich eine Gruppe zusammengefunden, Expertise und Erfahrungen daraus sollten auch weiterhin genutzt werden. Ein Vorschlag ist, eine „Prozessplattform Integration und Vielfalt im Raum“ auf Bundesebene ins Leben zu rufen. Die PartnerInnen aus der ÖREK-Partnerschaft werden als MentorInnen Teil dieser Plattform. Wenn zum Beispiel ein Projekt in Vorarlberg gestartet wird, dann können wir auf diese Prozessplattform zugreifen und die MentorInnen gezielt zur Mitwirkung einladen. In Vorarlberg haben wir mit einer vergleichbaren Plattform für raumrelevante Fragestellungen gute Erfahrungen gemacht. Daneben gilt es auch Innovationen zu fordern und zu fördern – und zwar zusammen mit den AlltagsexpertInnen. Eine aktive Beteiligungskultur hat in diesem Zusammenhang sicherlich große Relevanz im täglichen Tun. Die Durchführung eines österreichweiten Ideenkanals kann ein Beispiel darstellen, um die Lust der Menschen zur Beteiligung und Umsetzung von konkreten Projekten wecken. Der Ideenkanal versteht sich als ganzheitliches Fördermodell zur Umsetzung zukunftsfähiger Ideen. Ideengeber bringen konkrete Projektvorschläge ein und werden von MentorInnen bei der Weiterentwicklung und Umsetzung unterstützt. Somit entsteht eine beratende Förderung für innovative Projekte zum Thema „Vielfalt und Integration im Raum“ – direkt vor Ort. Es geht darum Projekte lokal zu ermöglichen und vor allem das Wissen vor Ort zu nutzen. Themen zu finden, die sich von selbst weitertragen, auch wenn die finanziellen Ressourcen beschränkt sind.

Zusammengefasst bleibt das Motto stehen: Wir wollen Möglichkeitsräume für eine aktive Beteiligung schaffen! Ganz im Sinne von Philippe Cabane, der bei der ersten Jahrestagung gemeint hat: „Fuck Concepts“. Solche Möglichkeitsräume brauchen neben den notwendigen Tools (Stichwort „docken“²⁸) ebenso lustvolle Träger, wie z. B. das Kunstprojekt „Radio Elevatore“²⁹ in der Schweizer Stadt Rorschach.

Zuletzt noch ein Wunsch. Machen wir das Bisherige für alle sichtbar, in dem wir eine Karte im neuen ÖROK-Atlas zum Thema Best-Practice-Beispiele Vielfalt & Integration im Raum anbieten.

28 „docken: Begegnungen ein Elixier für eine vielfältige Gesellschaft“ - <http://www.okay-line.at/deutsch/aktuelles/docken-begegnung-ein-elixier-fuer-eine-vielfaeltige-gesellschaft/>

29 Mark Riklin und Selina Ingold (2010): Stadt als Bühne. Szenische Eingriffe in einen Stadtkörper.

Kommentar aus der Partnerschaft

„Auf strategischer Ebene wurde vor allem augenscheinlich, wie gewinnbringend eine Zusammenarbeit der verschiedenen PartnerInnen aus den unterschiedlichsten Disziplinen sein kann und wie notwendig es ist, dass diese sich auf Augenhöhe begegnen.“



Renate Müller

Land Oberösterreich, Integrationsstelle

Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ Rückblick und Ausblick von Renate Müller, Land Oberösterreich - Integrationsstelle

Wenn ich als Leiterin der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich auf die beiden vergangenen Jahre und unsere Arbeit im Rahmen der ÖREK Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ zurückdenke, so stelle ich fest, dass sich Einiges bewegt hat, und zwar auf verschiedenen Ebenen.

Einerseits bemerken wir in unserer täglichen Arbeit, dass das Thema an sich – wie eben auch im Rahmen dieser Partnerschaft – vermehrt „im Querschnitt“ gedacht wird und somit ein immer breiteres Möglichkeitsfeld der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Migration, Vielfalt und Integration entsteht und auch unser ExpertenInnenwissen auf vielfältigere Art und Weise eingefordert wird. Andererseits findet die Auseinandersetzung mit Migration, Vielfalt und Integration verstärkt auf strategischer Ebene statt und unsere Rolle als koordinierende bzw. steuernde Stelle wird vermehrt auch von außen als solche wahrgenommen und beschrieben.

Beide Aspekte, sowohl der inhaltliche als auch der strategische, können meines Erachtens auch in Zusammenhang mit dem Prozess der vergangenen beiden Jahre im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ gesehen werden.

Was die inhaltliche Auseinandersetzung betrifft, so wurden wir als Integrationsstelle des Landes Oberösterreich und insbesondere natürlich ich als Vertreterin des Landes Oberösterreich im Rahmen des Prozesses mit neuen Themen konfrontiert und immer wieder dazu motiviert, so manche Blicke über den Tellerrand zu werfen, konnten aber auch unsere integrationsspezifische Expertise gut einbringen.

Auf strategischer Ebene wurde vor allem augenscheinlich, wie gewinnbringend eine Zusammenarbeit der verschiedenen PartnerInnen aus den unterschiedlichsten Disziplinen sein kann und wie notwendig es ist, dass diese sich auf Augenhöhe begegnen.

Für die Zukunft, denke ich, wird die Entwicklung in eine ähnliche Richtung weiterführen. Migration, Vielfalt und Integration werden meines Erachtens zunehmend offen – also „im Querschnitt“ – gedacht werden müssen und es wird sich noch deutlicher zeigen, dass es im Zusammenhang mit Migration im Grunde um die Gestaltung unseres Zusammenlebens in einer Gesellschaft geht, die in sich bereits sehr vielfältig ist. Die Herausforderungen für die zuständigen Stakeholder – und somit auch die Integrationsstelle des Landes Oberösterreich – werden vor allem in der ständigen Reflexion und wenn nötig flexiblen Anpassung eigener inhaltlicher Überlegungen und des jeweils eigenen Rollenverständnisses liegen.

Kurz gesagt: Vielfalt braucht Vielfalt im Denken und im Tun!

Kommentar aus der Partnerschaft

„Deutlich wurde in diesem Prozess für alle Beteiligten, dass sich die Raum- und Regionalplanung der durch Zu- und Abwanderung immer schneller und heterogener werdenden räumlichen und gesellschaftlichen Veränderungen weder verschließen noch mit herkömmlichen Methoden und Annahmen widmen kann.“



Theodora Manolakos

Stadt Wien, MA 17 - Integration und Diversität

Zwei Jahre ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“

Rückblick und Ausblick von Theodora Manolacos, Stadt Wien, MA 17 - Integration und Diversität

Im Dezember 2010 wurde ich gebeten, im Rahmen der Konferenz „Integration im Raum“ ein Impulsreferat aus der Integrationsperspektive zu halten und zwar zu der Frage „Worin kann der Beitrag von Raum- und Regionalpolitiken zu erfolgreichen Integrationsprozessen bestehen?“ Irritation und die Annahme, dass das BKA und die ÖROK-Stelle ein Patentrezept von mir wollen, waren meine erste Reaktion. Die Konferenz jedoch sollte für mich zu einem inspirierenden und gelungenen Auftakt für die Umsetzungspartnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ werden.

Spannend fand ich, als Vertreterin für die Stadt Wien und als Integrationsexpertin einer Umsetzungspartnerschaft anzugehören, die Fachleute aus den verschiedensten Disziplinen und Institutionen der Raum- und Regionalplanung und -politik sowie der Integrations- und Diversitätspolitik zusammenbrachte. Bund und Länder, Gemeinden und Städte, Verwaltung, Wissenschaft und NGOs sollten aus ihren jeweiligen Handlungsfeldern einen konstruktiven Beitrag in dieser Partnerschaft leisten.

Perspektivenwechsel, die Frage, wer welchen Beitrag leistet und auch mögliche Patentrezepte sind jene drei Schlagwörter geblieben, mit denen ich den mittlerweile dreijährigen Prozess dieser Partnerschaft beschreiben möchte. Ich bin mir nicht sicher, ob ein Perspektivenwechsel zwischen der Raum- und Regionalplanung und -politik und der Integrations- und Diversitätspolitik gelungen ist. Ein Austausch ja, ein Zusammenreden und Diskutieren ja, ein Wandel im Sinne auch eines Paradigmenwechsels eher nein. Die Integrationsperspektive ist in ihrer Bedeutung für die Raum- und Regionalplanung und -politik in ihren Beiträgen zur Partnerschaft jedenfalls „zu kurz“ gekommen. Deutlich wurde in diesem Prozess für alle Beteiligten, dass sich die Raum- und Regionalplanung der durch Zu- und Abwanderung immer schneller und heterogener werdenden räumlichen und gesellschaftlichen Veränderungen weder verschließen noch mit herkömmlichen Methoden und Annahmen widmen kann. Ein Patentrezept, vor allem dort, wo es um Menschen geht, kann es nicht geben. Die Mitglieder der Umsetzungspartnerschaft und ihre Begleitung durch die Technische Universität Wien, das Interkulturelle Zentrum und YEAN haben es geschafft, eine Landkarte der Möglichkeiten diversitätsorientierter Raum- und Regionalpolitiken zu zeichnen. Die personellen und institutionellen Ressourcen, die die Partnerschaft auszeichnete, wurden allerdings nur marginal genutzt. Auch hat sich gezeigt, dass in Österreich bereits gute Praxis und Beispiele bestehen, auf die in Zukunft gebaut und die ausgebaut werden können, das hätte in den Beiträgen deutlicher ausgearbeitet werden können bzw. fand im Prozess nicht ausreichend Berücksichtigung. Für die Zukunft wäre hier ein potentialorientierter Zugang auch im Sinne eines produktiven Umgangs mit dem Thema Vielfalt und Integration im Raum empfehlenswert.

Das voneinander Lernen und die Perspektive des „Anderen“, des womöglich „Fremden“ Wahrnehmen und Einnehmen waren meines Erachtens die größten Herausforderungen dieser Partnerschaft. Dieser Perspektivenwechsel ist der notwendige Schlüssel für eine erfolgreiche diversitätsorientierte Planung und Politik, bedeutet sie doch auf allen Ebenen (und in allen Räumen), bestehende strukturelle, ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Faktoren in ihrem Zusammenwirken und in ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen und die regionale Politik- und Gestaltungsarbeit auf die Lebenszusammenhänge einer vielfältigen Bevölkerung zu beziehen.



7. ANHANG: FRAGEN-/CHECKLISTE

Die nachfolgenden Fragen dienen der Annäherung an das Handlungsfeld „Integration und Vielfalt“ in der Stadt- und Regionalentwicklung. Sie richten sich an Kommunen und sollen dazu beitragen, die Relevanz und mögliche handlungsbezogene Zugänge zu den Querschnittsthemen herauszuarbeiten.

Allgemeine Fragestellungen

- >> Welche Rahmenbedingungen gelten derzeit für Ihre Gemeinde (Bevölkerungs- und Altersstruktur, Wirtschaftsentwicklung, Bildungslandschaft)?
- >> In welchen Bereichen der Kommunalpolitik Ihrer Gemeinde spielen Themen einer vielfältigen Gesellschaft heute schon eine Rolle, in welchen Bereichen werden diese zukünftiger wichtiger werden? Mit welchen langfristigen Entwicklungsperspektiven wird in Ihrer Gemeinde gerechnet?
- >> Wie sind die Lebensqualität und das soziale Klima in Ihrer Gemeinde im Allgemeinen? Worauf können Sie aufbauen, worauf sind Sie in der Gemeinde stolz? Wo gibt es auch Konflikte?
- >> Sind Themen einer vielfältigen Gesellschaft bereits Gegenstand konkreter Gespräche in der Gemeinde (z.B. Arbeitsgruppen, Dialogforen etc.)?
- >> Gibt es in Ihrer Gemeinde einen eigenen Budgetansatz oder ein zweckgewidmetes Budget für Fragestellungen im Umgang mit einer vielfältigen Gesellschaft innerhalb einzelner Ressorts?
- >> Gibt es Überlegungen zu einer regionalen Abstimmung in Fragen der Siedlungsentwicklungen und zum Wohnungsbau?
- >> Berücksichtigen Sie bei der Ermittlung des Wohnungsbedarfs in Ihrer Gemeinde auch die verschiedenen Bedürfnisse der Menschen? D.h. spielen beispielsweise Themen wie Altersstruktur oder auch Migrationshintergrund eine Rolle?
- >> Gibt es in Ihrer Gemeinde ausreichend leistbare Wohnungen für BewohnerInnen mit geringem Einkommen mit und ohne Migrationshintergrund (z.B. Zugang zu Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen)?
- >> Wie sieht die Siedlungsstruktur der Gemeinde aus? Wohnen einzelne Gruppen von GemeindebürgerInnen (soziale Schichten, Familien mit Migrationshintergrund, ältere Menschen, Berufsgruppen etc.) in bestimmten Ortsteilen?
- >> Gibt es soziale oder lokale Brennpunkte in Ihrer Gemeinde? Wenn ja, wie können diese beschrieben werden?
- >> Haben Sie sich damit beschäftigt, welche Faktoren in Ihrer Gemeinde Segregation innerhalb der Wohnbevölkerung nach Migrationshintergrund und nach sozialer Lage fördern?

Wohnen und Siedlungsentwicklung

- >> Wie sehen die allgemeine Siedlungsstruktur und die geographische infrastrukturelle Lage im Vergleich zu anderen Gemeinden aus? Gibt es hier Besonderheiten?
- >> Haben Sie in Ihrer Gemeinde bereits eine Wohnbestands- und Wohnbedarfsanalyse mit Blick auf die Zukunft durchgeführt?
- >> Fördern Sie die Vernetzung und Zusammenarbeit von Gemeindeverwaltung, Bauvereinigungen, privaten AnbieterInnen und Beratungsstellen in integrationsspezifischen Belangen?

Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur

- >> Wie sieht die infrastrukturelle Ausstattung Ihrer Gemeinde aus? Welche Bildungseinrichtungen (Kindergärten, (Ganztags-)Schulen, etc.), Kultur-, Sozial- und Sporteinrichtungen gibt es? Gibt es Themenbereiche, die Ihrer Meinung nach einer besseren Ausstattung bedürfen?
- >> Wie sind die Einrichtungen innerhalb der Gemeinde verteilt? Gibt es Gebiete, die unterversorgt sind?
- >> Fördern Sie im besonderen Maße Infrastrukturangebote in „benachteiligten Wohnvierteln“?
- >> Welche Wege müssen für den Besuch von Bildungseinrichtungen zurückgelegt werden?
- >> Sind Kinder, SchülerInnen mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Milieus in einzelnen Bildungseinrichtungen stärker vertreten als in anderen?
- >> Sind Sprachförderangebote für Erwachsene vor Ort vorhanden? Falls nicht, in welcher Entfernung gibt es entsprechende Angebote?

Wohnumfeld und öffentlicher Raum

- >> Wo findet in Ihrer Gemeinde Begegnung statt? Gibt es für bestimmte Gruppen bevorzugte Orte oder Möglichkeiten der Begegnung?
- >> Wie würden sie die Qualität der öffentlichen Räume im Wohnumfeld der Wohngebiete Ihrer Gemeinde beschreiben?
- >> Gibt es in ihrer Gemeinde Räume, die für bestimmte Gruppen nutzbar bzw. nicht nutzbar sind (Stichwort: inkludierend, exkludierend)?

Verkehr und Mobilität

- >> Wie sieht die Mobilitätsstruktur in Ihrer Gemeinde aus (Individualverkehr, öffentlicher Verkehr)? Welche Transportmittel stehen zur Verfügung? Wie werden sie genutzt? Wer sind die jeweiligen NutzerInnen?
- >> Wie sehen die Entwicklungsperspektiven im Kontext mit der Thematik Mobilität in Ihrer Gemeinde aus? Welche Ziele wurden hier formuliert?
- >> Gibt es Teile in der Bevölkerung Ihrer Gemeinde, die weniger mobil sind als andere und für die Mobilität problematisch ist?

Arbeit, Arbeitsmarkt, lokale/ ethnische Ökonomie

- >> Welchen Stellenwert haben lokale/ethnische Ökonomien in Ihrer Gemeinde?
- >> Finden lokale/ethnische Ökonomien ausreichend Berücksichtigung in der Standortpolitik Ihrer Gemeinde?

Teilhabe, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, Netzwerkbildung

- >> In welchen Bereichen haben Sie in Ihrer Gemeinde bereits erfolgreich etablierte Vernetzungsstrukturen verschiedener AkteurInnen aufbauen können? Lassen sich diese eventuell auch für Fragen einer vielfältigen Gesellschaft nutzen?
- >> Wie kann Teilhabe und Verantwortung in Planungsprozessen innerhalb Ihrer Gemeinde erreicht werden? Wo macht Teilhabe Sinn?
- >> Welche Beteiligungs- und Mitwirkungsprozesse gibt es innerhalb Ihrer Gemeinde?
- >> Welche Möglichkeiten gibt es in Ihrer Gemeinde, damit sich verschiedene Bevölkerungsgruppen in planerischen Beteiligungsprozessen einbringen können?
- >> An welchen Projekten könnte, neben der Mitwirkung in Planungsprozessen, auch Mitverantwortung erreicht werden?

Planungsinstrumente

- >> Welche regionalen oder örtlichen Entwicklungsplanungen gibt es in Ihrer Gemeinde? Spielen dabei die Themen Vielfalt und Integration eine Rolle?
- >> Wer sind die Akteursgruppen, die bei konkreten Planungen agieren?
- >> Welche strategischen Elemente der integrierten Stadtteilentwicklung, Regionalentwicklung (Quartiers- oder Regionalmanagement, etc.) gibt es bereits?
- >> Wie kann das Thema einer integrierten Planungsstrategie in Ihrer Gemeinde entwickelt und ausgebaut werden?
- >> Welche AkteurInnen (Abteilungen, SachbearbeiterInnen etc.) müssen innerhalb der Gemeindeverwaltung miteinander vernetzt werden, um ressortübergreifende Maßnahmen setzen zu können? Wie können noch weitere AkteurInnen in den Planungsprozess miteingebunden werden?

8. ANHANG: BEISPIELE UND REFERENZEN

Im Kontext von Integration und Vielfalt geht es auch um das Lernen an und von Projekten, mittels derer die Vielfalt des Handelns sichtbar gemacht werden kann. Die nachfolgend dokumentierten Projekte und Handlungsansätze stehen exemplarisch für das vielfältige Spektrum im konkreten Handeln, wenn es um die Bewältigung und Gestaltung integrationsrelevante Fragestellung und Herausforderungen geht.

Sie verstehen sich daher weniger immer Sinne von Best-Practice als vielmehr als Anregungen zu einem konkreten vielfältigem Handeln im Raum.

Beispiel 1

Dorfservice – die »soziale Feuerwehr«

Dorfservice ist ein sozialer Dienstleister und Regionalentwickler, der die Sicherheit und das Miteinander in der Region stärkt. Er hilft dort, wo Hilfe nötig ist- jedem, unabhängig von Alter, Geschlecht, Status, politischem und religiösem Hintergrund. Dorfservice bietet eine professionelle Ehrenamts-Plattform und vernetzt sozial Engagierte mit PartnerInnen aus Politik, Regionalentwicklung, Gesundheits- und Sozialwesen, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Aktivitäten stärken die sozialen gemeindenahen Strukturen und tragen so zur Erhaltung und Erhöhung der Lebensqualität in wirtschaftlich benachteiligten Regionen bei. Dorfservice liefert somit zukunftsfähige Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Fokus:

- >> soziale Infrastruktur
- >> Mobilität

Instrumente:

- >> bürgerschaftliches Engagement
- >> Partizipation

Ausgangslage:

- >> sinkende Nahversorgung
- >> eingeschränkte Mobilität
- >> große Abwanderungsprobleme in der Region
- >> demographisch problematische Region

Ziele:

- >> nachhaltige und zukunftsfähige Antworten auf sozialpolitische, familiäre und demographische Entwicklungen finden
- >> bedarf- und bedürfnisgerechtes Angebot für alle BürgerInnen
- >> Stärkung der Verbundenheit in wirtschaftlich benachteiligten Regionen

- >> Mitgestaltung einer lebenswerten Zukunft im Dorf für junge Generationen durch aktive Bürgerbeteiligung und Verantwortungsübernahme
- >> professionelle Plattform für Freiwilligenarbeit in jeder Gemeinde und damit Sinn- und Identitätsstiftung
- >> Ausgleich von nicht mehr vorhandener Mobilität und Eigenständigkeit älterer BürgerInnen
- >> Möglichkeit des längeren Verbleibs im häuslichen Umfeld der betreuten BürgerInnen
- >> Gefühl der Sicherheit, sozialen Integration und Erhaltung der Lebensqualität
- >> Hilfe für die Gemeinde bzw. den Staat durch Einsparung bei Sozialausgaben, welche bei externer Betreuung anfallen würden
- >> Erhöhung und Stärkung des Sozialkapitals aller Beteiligten, da vertrauensvolle Beziehungen und ein gelingendes Miteinander durch interkommunale Zusammenarbeit sowie durch vielfältige Dienstleistungen und gemeinschaftliche Aktivitäten ermöglicht werden
- >> Entwicklung von Sozialkapital, Qualitätskriterien und Eröffnung des Dialogs in Kärnten zu dieser Thematik

» Projektträger:

Verein für Haushalts-, Familien- und Betriebsservice

» Region:

12 Gemeinden im Bezirk Spittal/Drau (Nockregion und Großglockner, Mölltal, Oberes Drautal)

» Laufzeit:

seit 2007

MMag. Alice Ebenberger >

a.ebenberger@lfs-drauhofen.ksn.at | www.dorfservice.at



Partner:

- >> 12 Gemeinden
- >> Land Kärnten
- >> EU-Leader
- >> Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
- >> PartnerInnen aus der Wirtschaft



Maßnahmen:

- >> Bedarfserhebung mit der Bevölkerung und den PartnerInnen aus der Regionalentwicklung, Gemeinde- und Landespolitik, dem Sozial- und Gesundheitswesen
- >> Gewinnung von FörderpartnerInnen (Gemeinden, Land Kärnten, EU-Leader, BM für soziale Sicherheit und Generationen, PartnerInnen aus der Wirtschaft)
- >> Aufbau von Vernetzungsstrukturen
- >> Aufbau der Infrastruktur: Dorfservice-Zentrale und Büros für die regionalen Dorfservice-MitarbeiterInnen
- >> 2007/08 als Pilotprojekt in 4 Gemeinden, 2010 war das Dorfservice bereits in insgesamt 12 Gemeinden tätig, 2014 erfolgt die Aufnahme einer weiteren Gemeinde
- >> Dienstleistungen erfolgen in Form von Fahrten- und Einkaufsservice, Besuchs- und kleinen Hilfsdiensten durch ehrenamtliche MitarbeiterInnen (über 700 KlientInnen in der Region)

Wirkung:

- >> Förderung der Eigeninitiative
- >> Förderung der Teilhabe und Mitverantwortung
- >> gezielter Einsatz von Ressourcen
- >> Ehrenamtlichkeit aktivieren
- >> Stärkung der sozialen Sicherheit
- >> Stärkung der Identität und der Eigenständigkeit der BewohnerInnen
- >> Zusammenleben in der Nachbarschaft fördern
- >> Verschränkung von sozialer Infrastruktur, Mobilität und Regionalentwicklung
- >> neues Sozialkapital generieren
- >> weniger Kosten bezogen auf Sozialausgaben

Beispiel 2

RIKK regional.interkulturell.kompetent.

RIKK setzt sich zum Ziel, einen Beitrag zur (Weiter-)Entwicklung der notwendigen sozialen und interkulturellen Kompetenzen in der Region Vöcklabruck-Gmunden zu leisten. RIKK geht dabei von den bereits vorhandenen Ressourcen der Region aus und eröffnet neue Möglichkeiten des regionalen Lernens, des Wissensaustausches und der Wissensvermittlung.

Fokus:

- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnen
- >> Arbeit

Instrumente:

- >> Wissen generieren
- >> Partizipation
- >> Schnittfeldmanagement

Ausgangslage:

- >> Schulen in der Region Vöcklabruck-Gmunden mit hohem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund
- >> führende Industriebetriebe (Lenzing AG, STIWA, MIBA etc.)
- >> zahlreiche Initiativen und Angebote im Bereich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und interkultureller Kompetenz (Privatpersonen, Angebote von Sozialeinrichtungen etc.)
- >> Erstaufnahmезentrum für AsylwerberInnen im Bezirk Vöcklabruck

- >> einige Gemeinden mit Wohnprojekten für AsylwerberInnen im Bezirk Gmunden
- >> Thema „Integration“ wurde öffentlich lange Zeit über Thema Asyl problembehaftet behandelt

Ziele:

- >> Bewusstseinsbildung und Sichtbarmachung eines positiven Zugangs zum Thema „Miteinander in der Region“ und regional vorhandene interkulturelle Kompetenz
- >> Bildungsbereich stärker zum Thema interkulturelle Kompetenz sensibilisieren und das Thema in Bildungseinrichtungen verankern
- >> Netzwerke/Synergien zwischen den einzelnen agierenden Initiativen und Angebote im Integrationsbereich sowie im interkulturellen Bereich (beruflich wie privat) ermöglichen und begleiten
- >> Berufsgruppen in ihrer interkulturellen Kompetenz stärken

Partner:

- >> Regionalmanagement Vöcklabruck-Gmunden
- >> Leaderregion Traunsteinregion
- >> Leaderregion Vöckla-Ager
- >> RegionalCaritas Vöcklabruck-Gmunden
- >> Bildungszentrum Maximilianhaus Attnang-Puchheim

» Projektträger:

ARGE RIKK (Verein für Regionalentwicklung Vöcklabruck-Gmunden, Leaderregion Vöckla-Ager, Leaderregion Traunsteinregion, RegionalCaritas Vöcklabruck-Gmunden, Bildungszentrum Maximilianhaus)

» Region:

Region Vöcklabruck-Gmunden mit besonderer Berücksichtigung der beiden Leaderregionen Vöckla-Ager und Traunsteinregion

» Laufzeit:

2011 - 2014

Mag. Silke Fahrner > office@rikk.or.at | www.rikk.or.at



Maßnahmen:

- >> Erhebungen zum Thema interkulturelle Kompetenz in Unternehmen, landwirtschaftlichen Betrieben, Sozialeinrichtungen, Pfarren etc. zur Feststellung des Status Quos und des Bedarfs im Bereich interkultureller Kompetenz
- >> Initiierung und Begleitung von Kompetenzteams mit folgenden Berufsgruppen:
Personalverantwortliche regionaler Unternehmen, LehrerInnen, Schule am Bauernhof-Landwirtinnen (Erfahrungsaustausch und bedarfsorientierte Weiterbildungen zum Thema interkulturelle Kompetenz)
- >> Organisation verschiedener regionaler Veranstaltungen zu interkulturellen Themen (z.B.: Info-Veranstaltung „Gemeinsam wachsen lassen“ zum Thema „Interkulturelle Gemeinschaftsgärten“)
- >> Kooperation mit dem Bildungszentrum Maximilianhaus in Attnang-Puchheim und Entwicklung/Durchführung gemeinsamer Erwachsenenbildungsangebote (z.B.: Dolmetschen im Kommunalbereich)
- >> 2 Masterarbeiten der FH OÖ (Soziale Arbeit)
- >> Entwicklung und Betrieb der online-Wissensplattform www.rikk.or.at (mit u.a. aktuellen Angeboten und Veranstaltungen aus/in der Region, Portraits von im interkulturellen Bereich aktiven BürgerInnen der Region, Kontakte etc.)
- >> Initiierung des RIKK-Netzwerks: Austausch der an den Kompetenzteams beteiligten Personen mit regionalen KooperationspartnerInnen (Sozialpartner, Sozialeinrichtungen, BildungsanbieterInnen etc.) mit dem Ziel, Synergien zu nutzen, von- und miteinander zu lernen und das Thema interkulturelle Kompetenz in der Region weiter zu verankern

Wirkung:

- >> Sichtbarmachung der bereits vorhandenen interkulturellen Kompetenzen in der Region Vöcklabruck-Gmunden inkl. Sichtbarmachung der vielfältigen Zugänge und Möglichkeiten zu diesem Thema
- >> Weiterentwicklung dieser Kompetenzen
- >> Verankerung eines positiven Zugangs zum Thema „Miteinander in der Region“
- >> Normalisierung des Themas „Integration“
- >> Wandel von der Integration zur interkulturellen Kompetenz hin zur Inklusion in der Region Vöcklabruck-Gmunden
- >> Aktivierung von Berufsgruppen, sich mit ihrer eigenen interkulturellen Kompetenz auseinander zu setzen
- >> Schneeballeffekt – mit denjenigen Personen zu arbeiten beginnen, die Interesse und Engagement zeigen, schrittweise Entwicklung
- >> Regionalentwicklung als neutrale Möglichkeit, interkulturelle Kompetenz in einer Region zu fördern und zu unterstützen (durch Nutzung von Synergien und Aufbau eines Netzwerks)
- >> neues Sozialkapital generieren (Kompetenzteams, Netzwerk RIKK etc.)

Beispiel 3

Islamischer Friedhof - Altach

2012 wurde die erste islamische Begräbnisstätte in der Gemeinde Altach, Vorarlberg eröffnet. Der Friedhof steht Angehörigen der islamischen Religion aller Gemeinschaften, aus allen Gemeinden und Städten Vorarlbergs offen. Der Eröffnung voraus ging ein mehrjähriger partizipativer Prozess und damit verbunden eine langjährige Zusammenarbeit von Menschen für ein gemeinsames Ziel über die Grenzen von Religion und Institutionen hinweg.

Fokus:

- >> kulturelle Infrastruktur
- >> öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Partizipation

Ausgangslage:

- >> 2011 lebten in Vorarlberg circa 38.000 Muslime und Musliminnen (das entspricht 10% des Anteils an der Wohnbevölkerung)
- >> Muslime und Musliminnen bilden die zweitgrößte Religionsgruppe nach den Katholiken in Vorarlberg
- >> die Zahl der über 60-Jährigen mit Migrationshintergrund wächst
- >> zunehmende Sterbezahlen der muslimischen Bevölkerung
- >> Bedürfnis nach rituell korrekten Begräbnismöglichkeiten im Land wurde immer größer (in vielen Kommunen in Vorarlberg)
- >> Recht der muslimischen Bevölkerung auf eine Bestattung nach ihren Gebräuchen (österreichische Islamgesetz von 1912)

Ziele:

- >> gemeindeübergreifende Lösung als Resultat enger Zusammenarbeit über die Grenzen von Religion und Institutionen hinweg
- >> eigener Friedhof für Muslime und Musliminnen
- >> Friedhof soll im Sinne der Gemeindekooperation offen sein für islamische Verstorbene aus allen Kommunen Vorarlbergs und allen konfessionellen Richtungen des Islams
- >> weiterhin Möglichkeit zur Bestattung von Muslimen in ihrer Wohnortgemeinde in Vorarlberg

Partner:

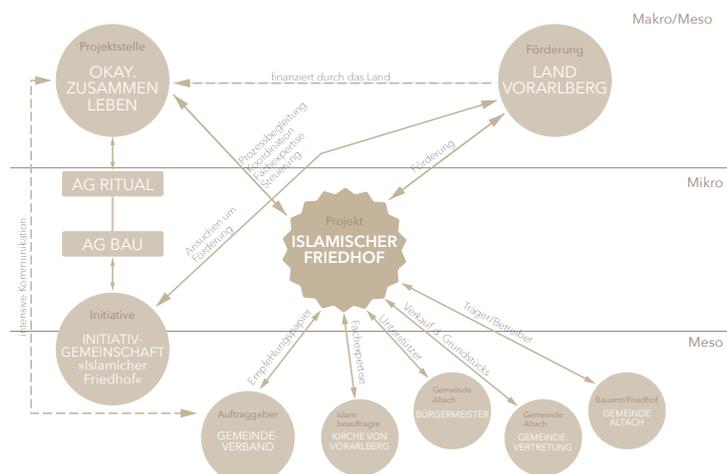
- >> Okay.zusammenleben/Projektstelle für Zuwanderung und Integration
- >> Vorarlberger Gemeindeverband
- >> Gemeinde Altach und viele andere Vorarlberger Gemeinden
- >> Land Vorarlberg
- >> katholische Kirche Vorarlberg
- >> islamische Religionsgemeinde Bregenz
- >> Initiativegruppe Islamischer Friedhof (ATIB, AIF, Verband islamischer Kulturzentren, alevitische Kulturgemeinde, bosnische islamische Gemeinde)

» **Projekträger:**
Gemeinde Altach

» **Ort:**
Altach, Vorarlberg

» **Laufzeit:**
2003-2012

Dr. Eva Grabherr > office@okay-line.at
www.okay-line.at

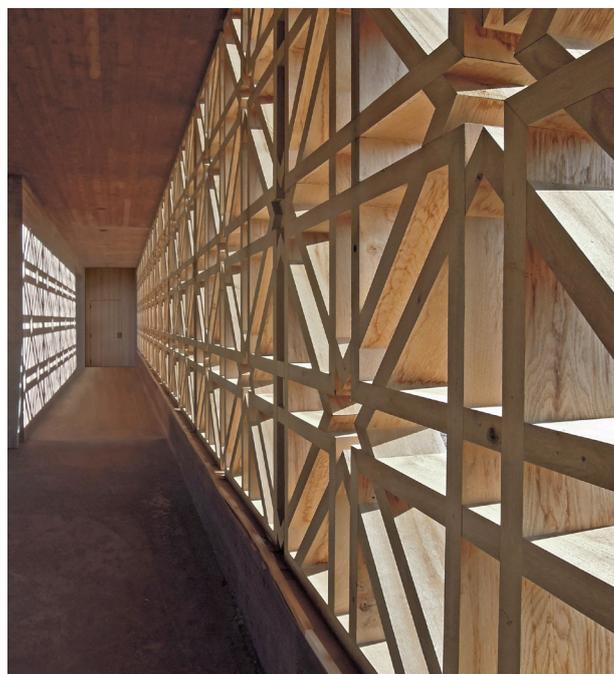


Maßnahmen:

- >> Gründung der „Initiativgruppe Islamischer Friedhof“ (2003)
- >> Beauftragung der Islambeauftragten der Vorarlberger katholischen Kirche mit der Studie „Eine Begräbnisstätte für Muslime in Vorarlberg“ durch die Projektstelle für Zuwanderung und Integration „okay.zusammen leben“ als inhaltliche Grundlage für den Entscheidungsprozess
- >> Veröffentlichung der Studie (2004)
- >> Antragsstellung auf die Errichtung eines Friedhofes an die Vorarlberger Landesregierung durch die „Initiativgruppe Islamischer Friedhof“, die islamische Religionsgemeinde Bregenz und die islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (2004)
- >> Übernahme der Initiative durch den Vorarlberger Gemeindeverband (alle 96 Vorarlberger Gemeinden)
- >> Bildung eines Arbeitskreises, der ein „Empfehlungspapier für eine Begräbnisstätte für Muslime und Musliminnen in Vorarlberg“ ausarbeitet
- >> Entscheidungsprozess der Kommunen über den Standort einer ersten Anlage
- >> Verkauf eines Grundstückes der Gemeinde Altach an den Vorarlberger Gemeindeverband mit dem Zweck der Errichtung eines islamischen Friedhofes (2008)
- >> geladener Architekturwettbewerb zur Gestaltung der Begräbnisstätte (Beauftragung des Architekturbüros Bernardo Bader)
- >> Bildung zweier Arbeitsgruppen für spezifische Fragen betreffend eines islamischen Friedhofes
- >> Übernahme der behördlichen Trägerschaft für den Friedhof durch die Gemeinde Altach
- >> 2011 Baustart, 2012 Eröffnung
- >> lernende Region: interkulturelle Kompetenz in der Region weiter vertiefen

Wirkung:

- >> Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit und des Zusammenhalts durch die Arbeit an einer gemeindeübergreifenden Lösung
- >> Repräsentative Einbindung aller muslimischer Gemeinschaften durch die Kooperation der „Religionsgemeinde Bregenz“, der „Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich“ und der „Initiativgruppe Islamischer Friedhof“, die die islamischen Gemeinschaften im Land auf breiter Basis repräsentiert
- >> Zusammenführung einer multi-ethnische Gruppe von AkteurInnen unterschiedlichen Glaubens
- >> weltweite Anerkennung durch die Auszeichnung mit dem Aga Kahn Architekturpreis 2013
- >> Friedhof leistet einen Beitrag zur international beachteten Architektur in Vorarlberg
- >> Vorzeigebispiel wie gut Integration gelingen kann, wenn konstruktiv und gemeinschaftlich an einem Strang gezogen wird.



Beispiel 4

Brunnenpassage - KunstSozialRaum

In der Brunnenpassage können Menschen unterschiedlicher Herkunft an Kunstprojekten mitwirken und sich dabei kennenlernen. Täglich treffen sich hier Menschen, um gemeinsam mit professionellen KünstlerInnen zu proben, zu produzieren und auf der Bühne zu stehen. Die Brunnenpassage begreift den Zugang zu Kunst und Kultur als Menschenrecht. Kunst ermöglicht Menschen die eigene Identität zu finden und auszuleben. In Kunstprojekten der Brunnenpassage wird erlebbar, dass kulturelle Vielfalt die Gesellschaft bereichert.

Fokus:

- >> kulturelle Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Partizipation
- >> bürgerschaftliches Engagement
- >> Schnittfeldmanagement

Ausgangslage:

- >> offener Ort für Begegnung durch hochqualitative Kunst zum Mitwirken
- >> ehemalige Markthalle am Brunnenmarkt
- >> kulturelle Einrichtung in einem Außenbezirk
- >> Zielgruppe: unmittelbare AnrainerInnen jeglicher sozio- kultureller Herkunft und jeden Alters
- >> interdisziplinäre und institutionsübergreifende Zusammenarbeit
- >> Kooperationen mit großen Bühnen und Festivals
- >> mobile Projekte und eigene mobile Bühne
- >> seit Winter 2013: zweiter Standort am Viktor Adler Markt (10. Wiener Gemeindebezirk)
- >> Research und Theoriearbeit

Ziele

- >> unterrepräsentierte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen über Kunst- und Kultureinrichtungen zu erreichen
- >> partizipative Kunstprojekte fördern
- >> Vernetzung lokaler Kulturarbeit mit großen Kulturinstitutionen - Vermittlungsfunktion zu „Hochkultur“-Einrichtungen stärken
- >> aufsuchende Zielgruppenarbeit als neues Tool etablieren
- >> Diskurs und Labor für interkulturelle, partizipative Praxen
- >> lokale Spielstätte am Brunnenmarkt sowie am Viktor-Adler-Markt

Partner:

- >> Kooperationen mit u.a. Wiener Konzerthaus, wien modern, Volkstheater, Kunstvermittlung des Mumoks, Wiener Festwochen, St. Balbach Art Produktion
- >> Schulprojekte in sechs Schulen wöchentlich

» Projektträger:

Caritas Wien

» Stadt:

Wien

» Laufzeit:

seit 2007

Mag. Anne Wiederhold > info@brunnenpassage.at
www.brunnenpassage.at

KunstSozialRaum

brunnenpassage

Maßnahmen:

- >> jährlich über 400 Veranstaltungen in der Brunnenpassage
- >> genreübergreifend Musik, Tanz, Theater, Storytelling, DJing
- >> fortlaufende Entwicklung zielgruppenspezifischer Marketingtools
- >> fortlaufende Entwicklung interkultureller Kompetenzen im Personal
- >> Mehrsprachigkeit
- >> kostenlose Teilnahme lernen

Wirkung:

- >> Förderung der Eigeninitiative
- >> ressortübergreifende Partnerschaften
- >> Zusammenleben in der Nachbarschaft fördern
- >> Vielfalt erlebbar machen

KunstSozialRaum

brunnenpassage



Beispiel 5

Interkultureller Garten - Innsbruck

Der Interkulturelle Garten in Innsbruck-Wilten ist ein Ort der Begegnung für Menschen unterschiedlicher ethnisch-kultureller Hintergründe und auch verschiedener sozialer Milieus, Lebensformen und Altersgruppen zur gemeinsamen Gestaltung des Gartens und für verschiedene Aktivitäten.

Fokus:

- >> kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Partizipation

Ausgangslage:

- >> Interessierte schließen sich im Rahmen einer Tagung zum Thema „Frauen und Gärten“ zusammen, um gemeinsam einen interkulturellen Garten zu entwickeln
- >> der Verein Tiroler Bildungsforum übernimmt die Führung, stellt Projektantrag, erhält eine Grundfinanzierung und koordiniert das Projekt
- >> 2009 stellt das Stift Wilten das Grundstück zur Verfügung
- >> 2012 wird das Projekt zum selbstständigen Verein

Ziele:

- >> Schaffung eines Ortes für Begegnung, Interaktion und Kommunikation von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Lebensformen und Altersstufen
- >> Raum/Ort zum gemeinsamen Gärtnern
- >> Integrationsbemühungen von Menschen mit Migrationshintergrund

- >> Zusammenleben in der Nachbarschaft fördern
- >> neues Sozialkapital generieren
- >> Bewusstseinsbildung und Sichtbarmachung eines positiven Zugangs zum Thema „Vielfalt und Integration“
- >> Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln und -produkten aus verschiedenen Herkunftsländern
- >> Aufrechterhaltung der Biodiversität

Partner:

- >> Tiroler Bildungsforum - Verein für Kultur und Bildung
- >> Verein „Interkultureller Gemeinschaftsgarten Wilten-Innsbruck“
- >> Frauenreferat der Diözese Innsbruck
- >> Ankyra - Zentrum für interkulturelle Psychotherapie
- >> Verein Frauen aus allen Ländern
- >> Haus der Begegnung
- >> Managementcenter Innsbruck/Studierende des Studienganges Soziale Arbeit
- >> Welthaus Innsbruck
- >> Tiroler Kulturinitiativen
- >> Stift Wilten

» Projektträger:

Verein Interkultureller Gemeinschaftsgarten Wilten-Innsbruck

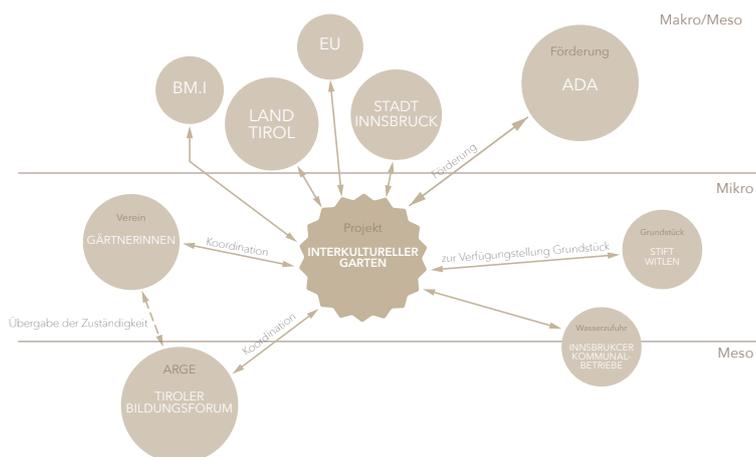
» Stadt:

Innsbruck

» Laufzeit:

seit 2009

Verein Interkultureller Gemeinschaftsgarten Wilten-Innsbruck, Lamadera Victorine Eberhardt > interkultureller.garten@gmail.com



Maßnahmen:

- >> 2008: Tagung im Haus der Begegnung: Frauen & Gärten: spontane Gründung einer ARGE mit dem Ziel der Errichtung eines interkulturellen Gartens in Innsbruck, Koordination durch das Tiroler Bildungsforum (TBF)
- >> 2009: Antrag durch das TBF an Austrian Development Agency für die Finanzierung einer Projektstelle
- >> Bewilligung und Durchführung von Workshops
- >> Grundstücksuche (wurde kostenfrei vom Stift Wilten zur Verfügung gestellt), Planung und Durchführung der ersten Infoveranstaltung
- >> Beginn der ersten Gartenaktivitäten
- >> Zuständigkeit für den Betrieb des Interkulturellen Gartens liegt bei TBF: geteilte Leitung mit Personen aus dem GärtnerInnenkreis (2010)
- >> Rückzug von TBF und Gründung des Vereins „GärtnerInnen“ – ab diesem Zeitpunkt wird das Projekt ausschließlich vom Verein getragen (2012)

Wirkung:

- >> Zusammenführung einer multi-ethnische Gruppe von AkteurInnen
- >> das Projekt ist gemeinnützig ausgerichtet und fördert die Hilfe zur Selbsthilfe unter den Mitgliedern
- >> der interkulturelle Garten bildet eine Gartengemeinschaft, die sich durch eine positive Grundhaltung auszeichnet und in der Wertschätzung, Toleranz und Respekt eine wichtige Rolle spielt
- >> Befähigung der Mitglieder, Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft auf der Ebene des Projektes kennenzulernen, zu nutzen und für das Wohl des Gesamtprojektes einzusetzen



Beispiel 6

Triestingtaler Jugenddialog

Der Triestingtaler Jugenddialog ist ein Pilotprojekt im Rahmen des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung für Integration im Handlungsfeld Wohnen und die regionale Dimension der Integration. Ziel des Projektes ist die Einbindung und Beteiligung junger Menschen in die Gestaltung ihrer aktuellen Lebenssituation und Zukunft im Triestingtal. Getragen wird dieses Projekt von der Jugendinitiative Triestingtal in Kooperation mit dem Integrationservice der NÖ Landesakademie.

Im Rahmen dieses Dialogprozesses wurde 2013 mit GemeindevertreterInnen sowie VertreterInnen lokaler Institutionen und den jungen Menschen selbst über die Lebenssituation Jugendlicher, ihre Anliegen und Gestaltungsideen auf Gemeindeebene aber auch regional diskutiert. Das Projekt ist ein wichtiger Baustein an der Nahtstelle Jugendarbeit, Integration und Regionalentwicklung

Fokus:

- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- >> Mobilität
- >> Arbeit

Instrumente:

- >> Partizipation
- >> Wissen generieren

Ausgangslage:

- >> Nationaler Aktionsplan: Handlungsfeld »Wohnen und die regionale Dimension der Integration«
- >> ethnisch heterogene Bevölkerung, hoher Jugendanteil, geringere Qualifizierung/niedrigere Bildungsabschlüsse der Bevölkerung im Vergleich mit anderen Regionen in NÖ
- >> Förderung der Teilhabe von MigrantInnen am gesellschaftlichen Miteinander
- >> Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitssituation junger Menschen im Triestingtal
- >> differenzierter und integrationspolitischer Ansatz bei der Weiterentwicklung des sozial-, jugend- und regional-politischen Instrumentariums

- >> integrationsorientierte lokale Wohnumfeldgestaltung zur Vermeidung von Konflikten

Ziele:

- >> Dialogprozess mit GemeindevertreterInnen, VertreterInnen lokaler Institutionen sowie mit und für junge Menschen unterschiedlicher Herkunft zur Gestaltung ihrer Lebenssituation in der Kleinregion
- >> Umsetzung über Workshops zu Schwerpunktthemen von der aktuellen Lebenssituation über persönliche Ziele bis zu notwendigen Voraussetzungen und beruflichen Perspektiven, konkret geht es dabei um drei Themenschwerpunkte:
 - >> Bildung und Arbeit
 - >> Freizeit und Wohnen
 - >> Initiativen, Selbstständigkeit und regionale Wertschöpfung

Partner:

- >> Leaderregion Triestingtal
- >> Gemeinden der Kleinregion Triestingtal
- >> Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF)
- >> diverse Bildungseinrichtungen

» Projektträger:

Integrationservice NÖ Landesakademie und Jugendinitiative Triestingtal

» Region:

Region Triestingtal

» Laufzeit:

2013 - 2014/15

DI Elisabeth Hainfellner > hainfellner@triestingtal.at
www.triestingtal.at



Maßnahmen:

- >> 18 Workshops mit über 300 teilnehmenden Jugendlichen
- >> 11 Gemeinde-Interviews und Gespräche mit Kulturvereinen in der Region
- >> Durchführung von der mobilen Jugendarbeit TANDEM in Kooperation mit dem Integrationservice
- >> Sammlung von 1000 Einzelaussagen der Jugendlichen zu den Themen Wohnumfeld (Wohnen, Freizeit, Initiativen) und Zukunft (Bildung, Arbeit, Schule)
- >> Diskussion der Zwischenergebnisse und erste Ideen für die Zukunft im Rahmen eines Regionsworkshop mit ca. 80 interessierten Jugendlichen und VertreterInnen von Institutionen und Gemeinden; folgende Themenschwerpunkte:
 - >> Zukunft: Schule – Bildung - Arbeit
 - >> Vorurteile: die heutige Jugend ist ...

- >> Miteinander: ich und die anderen
- >> Wohnumfeld: Treffpunkte - Aktivitäten - Angebote
- >> Ideenbörse: Kreativität - Querdenken - Nichtstun

Wirkung:

- >> Beteiligung und Empowerment junger Menschen
- >> konkrete Ideen zur Verbesserung von Wohnumfeld und folglich der Lebensqualität
- >> direkte Kontakte zwischen Jugendlichen und GemeindevertreterInnen



Beispiel 7

Teens_Open_Space

Jugendliche gestalten ihre Lieblingsorte und partizipieren im Planungsprozess in der Gemeinde von der ersten Idee bis zur Umsetzung!

In drei Werkstätten bringen die Jugendlichen einen kreativen, planerischen und handwerklichen Beitrag zur Verbesserung von Aufenthaltsorten ein.

Im öffentlichen Raum finden gesellschaftliche Aushandlungsprozesse statt, die sich in Nutzung und Gestaltung der Orte widerspiegeln. Wer hält sich wo und wann auf? Wer nutzt bestimmte Orte, wer nutzt sie nicht? Am Dorfplatz, im städtischen Park oder auf der Gemeindewiese treffen Nutzungsansprüche wie Ruhe und Erholung, Treffpunkt und Rückzug, Bewegung und Erlebnis unterschiedlicher sozialer Gruppen aufeinander.

Fokus:

- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Partizipation

Ausgangslage:

- >> nicht alle NutzerInnengruppen finden gemäß ihren Ansprüchen und Bedürfnissen entsprechende Angebote im öffentlichen Raum vor
- >> Entgegenwirken der gängigen Planungspraxen von Städten und Gemeinden, die nach fertigen Rezepten verlangen
- >> Streben nach im Prozess sukzessiven Lösungen

Ziele:

- >> Umsetzung der Gestaltungsvorschläge der Jugendlichen
- >> Darlegung räumlicher Tatsachen und Schaffung von Öffentlichkeit für das Thema

- >> Berücksichtigung von sozialer Wertigkeit von Freiräumen über Instrumente der Landschaftsplanung und Architektur
- >> Beteiligung von Jugendlichen an der aktiven Gestaltung des öffentlichen Raums und am Umsetzungsprozess gemäß ihren Interessen
- >> „Jugend forscht“ im öffentlichen Raum - durch Tun erfahren, forschendes Handeln, Pilotprojekt, Möglichkeitssinn durch Utopien anregen, dialogisches Arbeiten, schnell reagierende Strukturen, geringer Mitteleinsatz, aktionistische Beteiligung, Verbindung von Laien- und ExpertInnenwissen (soft-facts und hard-facts); Entwurfsprozess: Wahrnehmung, Artikulation, Reflektion, Transformation

Partner:

- >> EU - Abteilung Bildung, Jugend & Kultur
- >> Leader +
- >> BMBWK
- >> Landesregierung Steiermark und Oberösterreich
- >> Regionalentwicklungsverband Eferding,
- >> Gemeinden: Bruck/Mur, Graz, Linz, Steyr, Fraham, Prambachkirchen, Eferding, Popping,
- >> Hinzenbach, Hartkirchen, Buchkirchen, Scharthen, Haibach, Aschach

» Projektträger:

unterschiedliche Gemeinden, Regionalverbände, BMUK im Rahmen der Kulturlandschaftsforschung

» Ort/Region:

Bruck an der Mur, Steyr, Graz, Linz und Region Eferding

» Laufzeit:

2001-2007

DI Karin Standler > office@standler.at
www.teensopenspace.at

Maßnahmen:

- >> Forschung zur Nutzung des öffentlichen Raums
- >> Beteiligungsprozess: Planungsabteilungen, Jugendeinrichtungen, Schulen, Bauhöfe, Vereine aus der Region
- >> Vorentwurf, Entwurf, Detailplanung, Kostenberechnung, Bauaufsicht
- >> ein prozessorientierter Ansatz, die Methode ohne fixe Ideen und rezeptartige Raumlösungen, das Zusammenspiel mit lokalen EntscheidungsträgerInnen, das kreative Potential und die Experimentierfreudigkeit von Jugendlichen führt zu maßgeschneiderten, mehrfach nutzbaren öffentlichen Räumen.

Wirkung:

- >> erfolgreiche Umgestaltung von bestehenden öffentlichen Freiräumen in bisher 20 Gemeinden und Städten individuell für Jugendliche
- >> Stärkung des öffentlichen Raums und der Position der Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld
- >> Stärkung der Identifikation der Jugendlichen mit ihrem Lebensraum
- >> Stärkung der sozialen Wertigkeiten von Orten
- >> Erhebung der Freiraumqualitäten und -defizite, der Ansprüche der Jugendlichen an den Freiraum sowie Bedarfserhebung
- >> Zusammenarbeit und neue Vernetzungen zum Schwerpunkt Jugend
- >> innovative Neu- oder Umplanung eines Freiraums zur Verbesserung der Freiraumqualitäten für Jugendliche

- >> Implementierung einer partizipativen Freiraum- und Landschaftsplanung in Gemeinden und Städten



Beispiel 8

Integrationsleitbild Oberösterreich

In einem zweieinhalbjährigen Prozess wurde das „Integrationsleitbild Oberösterreich“ erarbeitet. Es beinhaltet sowohl integrationspolitische Leitlinien als auch übergeordnete strategische Maßnahmen und konkrete Maßnahmenempfehlungen zur Verbesserung der Integration in den Bereichen Bildung, Arbeit, Verwaltung, Gesundheit, Wohnen, Freizeit, Kultur und Religion.

Fokus:

- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- >> Wohnen und Siedlungsentwicklung
- >> Arbeit, Arbeitsmarkt, lokale/ethnische Ökonomien

Instrumente:

- >> Leitbild/Strategiekonzepte

Ausgangslage:

- >> Einrichtung der Koordinationsstelle für Integration in der Abteilung Soziales des Amtes der Oö. Landesregierung aufgrund des zunehmend gegebenen Handlungsbedarfs in Fragen der Migration und Integration in OÖ, 2001
- >> Grundsatzbeschluss zur Erstellung eines partizipativen und breit abgestützten Integrationsleitbildes für OÖ, 2003

Ziele:

- >> Festlegung von Leitlinien und Schwerpunkten für die oberösterreichische Integrationspolitik als partizipativer Entwicklungs- und Gestaltungsprozess:
 - >> Vielfalt Leben
 - >> Teilhabe sichern
 - >> Zusammenhalt sichern
 - >> gemeinsam Verantwortung tragen
- >> Entwicklung und Festlegung von operativen Maßnahmenempfehlungen nach konkreten handlungsfeldern und übergeordneten strategischen Maßnahmen

Partner:

- >> regionale TrägerInnen
- >> diverse Gemeinden
- >> Interessensvertretungen
- >> Non-Profit-Organisationen
- >> Bundes- und Landesbehörden
- >> andere AkteurInnen im Integrationsbereich auf Bundes- und Landesebene

» Projektträger:

Abt. Soziales des Amtes der Oö. Landesregierung

» Land:

Oberösterreich

» Laufzeit:

seit 2008 (Erarbeitung 2005-2008)

Dr. Renate Müller > so.post@ooe.gv.at

www.integrationsstelle-ooe.at



Maßnahmen:

- >> Erarbeitung von Wissens- und Informationsgrundlagen:
 - >> in Kooperation mit der Hochschule Linz: Erarbeitung des Integrationsberichts OÖ 2006 (sekundär-statistische IST-Analyse zu den Themen Integration & Wohnen, Arbeit, Bildung, Gesundheit und Recht)
 - >> Befragung sämtlicher BürgermeisterInnen in OÖ: Erarbeitung der Gemeindestudie OÖ zum Thema Integration (Informationsgrundlage zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden OÖ)
 - >> Fachtagung „Integration ist gestaltbar“: Verbindung von akademischem Wissen zu Integrationsfragen mit Erfahrungen aus der Praxis unter Einbindung von ExpertInnen
- >> Regionale Einbindung: der Bezirke und Gemeinden OÖ, um zu gewährleisten, dass das Integrationsleitbild OÖ im Ergebnis ein Leitbild für das gesamte Bundesland OÖ darstellt (u.a. Regionalveranstaltungen)
- >> Maßnahmenentwicklung unter Mitwirkung eines breiten AkteurInnenkreises
- >> Erarbeitung von operativen Maßnahmenempfehlungen (mit mehr als 200 Personen)
- >> Erarbeitung von strategischen Maßnahmen für die Bereiche politische Verankerung, Öffentlichkeitsarbeit, Aufbau von Vernetzungsstrukturen, Evaluierung sowie für eine strategisch ausgerichtete Weiterentwicklung der Koordinationsstelle für Integration

- >> Abfassung und Abstimmungsprozess:
 - >> der Beschluss des Integrationsleitbildes OÖ (2008) setzte den Schlusspunkt für den Gesamtprozess
 - >> der Beschluss eröffnete aber auch gleichzeitig die erste Umsetzungsphase

Wirkung:

- >> Vielfalt der oberösterreichischen Gesellschaft als Tatsache: verstärkte Wahrnehmung, Anerkennung und Berücksichtigung in der Integrationsarbeit der gesellschaftlichen Vielfalt
- >> Integrationsarbeit als Arbeit an einem gelingenden Zusammenleben der oberösterreichischen Gesellschaft: vielfältige inhaltliche Ausrichtung der Strategien, Maßnahmen und Projekte, welche die unterschiedlichsten Zielgruppen zu bedienen versuchen, aber auch Verankerung von Integrationsarbeit auf den verschiedensten institutionellen Ebenen und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen, der Fokus im ersten Schritt liegt auf dem Zusammenleben vor Ort (jährlich stattfindende Integrationskonferenz)
- >> Integrationsarbeit als Querschnittmaterie: betreffend die gesellschaftlichen Teilsysteme (sichtbar an unterschiedlichsten Projekten, Maßnahmen und Initiativen der PartnerInnen)

Beispiel 9

Leitbild Schwedenplatz

Der Bereich Schwedenplatz – Morzinplatz soll in den kommenden Jahren umgestaltet werden. Unter Beteiligung von BürgerInnen und ExpertInnen – online und offline – entstand ein Leitbild als Basis für einen Gestaltungswettbewerb. Das Leitbild bildet die Ansprüche an den künftigen Schwedenplatz – Morzinplatz ab.

Fokus:

- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Partizipation
- >> Wissen generieren
- >> Leitbild und Strategiekonzepte

Ausgangslage:

- >> überregional bedeutender Platz im ersten Wiener Gemeindebezirk, der „in die Jahre gekommen ist“
- >> Platz der geprägt ist durch viele verschiedene Nutzungsinteressen – NutzerInnen des öffentlichen Verkehrs (Verkehrsknotenpunkt), AnrainerInnen, Wirtschaftsstreibende, Arbeitende, TouristInnen, Jugendliche (Fortgheimeile)

Ziele:

- >> neue Platzgestaltung, welche die Bedürfnisse von BewohnerInnen, PassantInnen und BesucherInnen berücksichtigt
- >> integrative Prozessgestaltung

Partner:

- >> lokale ExpertInnen - AnrainerInnen, NutzerInnen
- >> Fach-ExpertInnen (Fachdienststellen der Stadt Wien sowie externe ExpertInnen)
- >> Büro neu&kühn für die Online-Beteiligung
- >> Büro kon-text für die Funktions- und Sozialraumanalyse

Maßnahmen:

- >> Funktions- und Sozialraumanalyse
- >> Verkehrsanalyse
- >> ExpertInnen-Gespräche
- >> Beteiligung – Phase 1: in der Dialog-Box konnten BürgerInnen im Juni 2012 ihre Meinungen und Einschätzungen einbringen und diskutieren; zeitgleich konnten auch unter www.schwedenplatz.wien.at Wünsche und Anregungen online eingebracht werden - insgesamt wurden 1.153 Beiträge eingebracht
- >> Podiumsdiskussion „Zukunft Schwedenplatz“ im Juni 2012

» Projektträger:

Auftraggeberin: Stadt Wien, MA 19 – Architektur und Stadtgestaltung

AuftragnehmerInnen: PlanSinn – Büro für Planung und Kommunikation, Büro neu&kühn, Büro kon-text

» Stadt:

Wien

» Laufzeit:

2012-2013

DI Hanna Posch > hanna.posch@plansinn.at
www.plansinn.at



- >> Beteiligung - Phase 2: die im Sommer zusammengeführten Ergebnisse der Sammlung der Nutzungswünsche der BürgerInnen sowie der Gespräche und Analysen der ExpertInnen konnten vor Ort und online bewertet werden; die Nutzungswünsche wurden in Bild und Wort dargestellt - insgesamt wurden 2.206 Bewertungen abgegeben
- >> Ausstellung der Ergebnisse der Bewertung vor Ort im November 2012 (Bauzaun-Ausstellung)
- >> BürgerInnenversammlung mit Fokus auf die Anliegen der AnrainerInnen im Januar 2013
- >> 2013 wurde aus den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses und der fachlichen Analysen von einem Team aus Verwaltung, Bezirks- und Stadtpolitik das „Leitbild Zukunft Schwedenplatz“ erarbeitet - es legt Qualitäten für den zukünftigen Bereich Schwedenplatz - Morzinplatz fest und bildet die Grundlage für den Gestaltungswettbewerb

Wirkung:

- >> gelebte Beteiligungskultur in der Stadtplanung
- >> Einbeziehung verschiedener NutzerInnen-Interessen, auch der „leisen“ Gruppen durch die Funktions- und Sozialraumanalyse



Beispiel 10

Frische Blicke auf die Stadt

Kinder und Jugendliche – darunter viele mit Migrationshintergrund – entwickeln Bausteine und Medien zum eigenen Stadtteil und ganz allgemein zu “der Stadt”. Dies fördert eigenes Engagement in der Stadt, urbane Bildung und zugleich Schlüsselqualifikationen wie Lesen, Schreiben, Umgang mit technischen und elektronischen Medien, Präsentation sowie Organisation.

Fokus:

- >> Bildung
- >> Wohnen
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Wissen generieren
- >> Partizipation

Ausgangslage:

- >> Förderung als Modellvorhaben der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
- >> Kinder und Jugendliche sind ExpertInnen für das eigene Quartier, jedoch kommen sie in der Stadtentwicklung oft lediglich als Thema und nicht als Handelnde vor

Ziele:

- >> Begabungen und Ressourcen wecken und öffentlich machen
- >> Kinder und Jugendliche für die Stadt zu interessieren und ihnen durch ernsthafte Arbeit die Möglichkeit zur Mitgestaltung zu geben
- >> Änderung der Wahrnehmung der betroffenen Stadtteile
- >> Wissen über das Leben in den drei Stadtteilen generieren
- >> Jugendliche als ExpertInnen für den eigenen Stadtteil in der Entwicklung miteinbeziehen
- >> Stadtentwicklung als Bildungsprozess begreifen

Partner:

- >> Weeber + Partner – Institut für Stadtplanung und Stadtforschung
- >> Landeshauptstadt Stuttgart – Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung
- >> Stadt Waiblingen – Fachbereich Bürgerengagement
- >> Kinder und Jugendhaus Giebel

» Projektträger:

Weeber + Partner, Institut für Stadtplanung und Stadtforschung

» Stadt:

Stuttgart, Deutschland

» Laufzeit:

2008-2009

Weeber + Partner, Institut für Stadtplanung und Stadtforschung

Gabriele Steffen > wpstuttgart@weeberpartner.de

www.weeberpartner.de/de/frische_blicke_auf_die_stadt



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Maßnahmen:

- >> Filmprojekt Hallschlag-TV – ein dokumentarischer Film von 45 Minuten zum Stadtteil Hallschlag, produziert von Jugendlichen
- >> interaktives Stadtteilmodell für Stuttgart-Giebel, gebaut von Jugendlichen und Architekturstudierenden – Videoclips zu besonderen Orten sind am Modell abrufbar
- >> Kulturtag Hallschlag
- >> Ausstellung zur Geschichte vom Stadtteil Waiblingen-Süd, konzipiert und umgesetzt von Jugendlichen



Wirkung:

- >> aus dem Projekt heraus haben sich zahlreiche weitere Projekte entwickelt.
- >> es sind konkrete Ergebnisse mit einem direkten Nutzen für den Stadtteil und der Stadtteilentwicklung entstanden
- >> die Projekte haben zu einem besseren Image der Stadtteile beigetragen
- >> Entstehung von mehr Identifikation, Verantwortung und sorgsamem Umgang bei den Jugendlichen
- >> im Stadtmuseum soll ein StadtLabor entstehen, in dem sich Kinder und Jugendliche aktiv auf unterschiedliche Wege mit dem Thema Stadt auseinandersetzen, darüber hinaus sollen für die Arbeit vor Ort „Museumskoffer“ zur Verfügung gestellt werden



Beispiel 11

Made im Murtal – SchülerInnen portraituren ihre Region

Schülerinnen der Bezirke Murtal und Murau (Region Murtal) erstellen gemeinsam das Buch „Made im Murtal“, das die Besonderheiten ihrer Heimat und Gemeinsamkeiten der einzelnen Gemeinden auf werbewirksame und kreative Weise vorstellt.

Es soll kein Katalog mit Ausflugszielen oder eine Sammlung von Gemeinde-Präsentationen entstehen, sondern ein lebendiges Portrait der Region. Es wird verpackt in einen vielseitigen (nicht nur touristischen) „Reiseführer“, der die Besonderheiten, die es in der Region zu entdecken bzw. zu nutzen gibt, in neuer Form zusammenfasst und präsentiert.

Generelles Ziel ist es, den Stolz auf die Region zu fördern und deren Image – nach innen und außen – zu verbessern. Damit soll vor allem der Jugend klar werden, welche Chancen und Möglichkeiten ihre Heimat zu bieten hat. Ein Buch von der Jugend – primär für die Jugend der Region, aber auch für alle anderen Menschen, die hier leb(t)en, arbeite(te)n oder zu Besuch sind. Die SchülerInnen werden bei dieser zukunftsweisenden Arbeit unterstützt und bereichert durch Persönlichkeiten „Made im Murtal“.

Fokus:

- >> Wohnen, Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Arbeit und Arbeitsmarkt
- >> Verkehr und Mobilität

Instrumente:

- >> Partizipation
- >> Wissen generieren

Ausgangslage:

- >> innovative Betriebe mit breitem Arbeitsplatzspektrum
- >> sehr hohes Bildungsangebot mit breit gefächertem schulischem Angebot
- >> relativ geringer Grad der Verknüpfung der beiden oben genannten Faktoren
- >> viele Menschen aus der Region, die national bzw. international beruflich Karriere gemacht haben

Ziele:

- >> ein Buch von der Jugend – primär für die Jugend der Region, aber auch für alle anderen Menschen, die hier leb(t)en, arbeite(te)n oder zu Besuch sind
- >> den Stolz auf die eigene Region fördern/ Verwurzelung mit der Region
- >> Förderung der Auseinandersetzung mit der Region, in der man selber lebt
- >> Verbesserung des Images der Region
- >> Verbesserung der Außenwahrnehmung und der eigenen Wahrnehmung der Region
- >> Aufzeigen der Chancen und Möglichkeiten, welche die eigene Heimat den Jugendlichen bietet
- >> qualifizierte SchulabgängerInnen

Partner:

- >> LAG WirtschaftLeben als LEAD-Partner und Organisationsteam
- >> LAG Holzwelt und LAG Zirbenland als ProjektpartnerInnen
- >> alle Schulen der Bezirke Murtal und Murau, die im Anschluss an die Volksschule bzw. Pflichtschule angeboten werden (außer Polytechnischer Lehrgang), sowie eine Jugendgruppe und eine Musikschule
- >> Betriebe/Unternehmen aus Handwerk, Industrie, Banken und Versicherungen, Handel, Tourismus/ Freizeitwirtschaft, Landwirtschaft
- >> Gemeinden der Bezirke Judenburg, Knittelfeld und Murau
- >> Bezirkshauptmannschaft, Bezirksschulinspektorat, Landwirtschaftskammer, Bezirksjugendmanagements

» Projektträger:

LAG WirtschaftLeben mit den Projektpartnern LAG Holzwelt und LAG Zirbenland

» Region:

Obersteiermark WEST (Bezirk Murtal und Murau)

» Laufzeit:

2010-2011

Christian Reiner > office@wirtschaft-leben.at
www.wirtschaft-leben.at | www.made-im-murtal.at

- >> Persönlichkeiten mit Bezug zur Region
- >> Verbände (Tourismus, Kultur, Historik, Sport etc.)

Maßnahmen:

- >> Einbindung aller 34 Bildungsanstalten der Bezirke Murau und Murtal
- >> Auftaktveranstaltung mit VertreterInnen der Politik, Industrie und Wirtschaft zur Zielsetzung des Buchprojektes aus der Sicht der SchülerInnen und Ideensammlung für die Umsetzung
- >> Recherche durch die SchülerInnen
- >> Besuch von regionalen Betrieben durch die SchülerInnen
- >> Interviews, Einladung namhafter Persönlichkeiten in die Schulen, Fotosdokumentation
- >> Verfassung von 236 Buchbeiträgen von den SchülerInnen, Gala-Veranstaltung zur Buchpräsentation und Veröffentlichung in der Region



Wirkung:

- >> umfassende Beschäftigung der SchülerInnen mit der Region
- >> Auseinandersetzung mit regionalen Betrieben und zukünftigen Arbeitsplätzen
- >> Auseinandersetzung mit bekannte Persönlichkeiten, die aus der Region stammen
- >> aktive Einbindung der SchülerInnen in Netzwerke für den späteren Einstieg ins Berufsleben
- >> Aufzeigen von Zukunftschancen und beruflichen Perspektiven für die SchülerInnen
- >> aufbauend auf diese Grundlage wird eine Regionsmarke entwickelt, die speziell auf die Erfahrung der SchülerInnen zurückgreifen kann
- >> im Rahmen der Entstehung des Buches haben sich viele außergewöhnliche Treffen, Besichtigungen, Besuche, Veranstaltungen etc. ergeben, die ohne diesem Projekt nicht denkbar gewesen wären



Beispiel 12

Sprachfreude - Nenzing spricht mehr!

Im Jahre 2008 startete nach einer einjährigen Konzeptionierungsphase ein Gemeindeentwicklungsprojekt, das sich gezielt der Mehrsprachigkeit innerhalb der Kommune widmet. Dabei werden möglichst viele Akteure im Nahraum der Eltern und Kinder miteinbezogen, kooperieren miteinander, aktualisieren ihren Wissensstand zum Thema und unterstützen Eltern in ihrer Erziehungsarbeit.

Fokus:

- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur

Instrumente:

- >> Partizipation
- >> Wissen generieren

Ausgangslage:

- >> 13 % der Nenzinger Bevölkerung kommt aus über 50 Nationen weltweit
- >> sie alle bringen die Ressource einer oder mehrerer Sprachen mit nach Nenzing
- >> viele BewohnerInnen mit anderen Herkunftssprachen haben aber mittlerweile auch die österreichische Staatsbürgerschaft
- >> es gibt viele AkteurInnen in Nenzing, die in einer Form mit diesen Familien/Kindern in Kontakt kommen

Ziele:

- >> möglichst früher Auf- und Ausbau der „mitgebrachten“ Sprachen (Mutter-, Vater-, Familiensprache)
- >> Unterstützung im Erwerb der verschiedenen Ebenen von Deutsch (Dialekt, Alltagssprache, Schriftsprache, Bildungssprache)
- >> Einbindung vieler lokaler AkteurInnen in diese Aufgabe
- >> Evaluierung der Maßnahmen
- >> Bereitstellen der Erkenntnisse aus dem Projekt für Interessierte

Partner:

- >> innerhalb Nenzings: Elternberatung, Purzelbaumgruppe, Kinderhaus Nenzing, 5 Kindergärten, 5 Schulen, Bücherei, Ludothek, Familienverband, JugendKulturArbeit Walgau, Atib Nenzing,
- >> innerhalb Vorarlbergs: Land Vorarlberg – Kinder in die Mitte, Land Vorarlberg – Abteilung Schule (Ila), Land Vorarlberg – Koordinationsstelle für Integrationsangelegenheiten, Okay. zusammenleben – Stelle für Zuwanderung und Integration, Mimosa – Türkischer Frauenverein, VHS Götzis, VHS Bludenz, Katholisches Bildungswerk
- >> weiters: Europäischer Integrationsfonds, Vielfalter, BmUKK
- >> Persönlichkeiten mit Bezug zur Region
- >> Verbände (Tourismus, Kultur, Historik, Sport etc.)

- » **Projekträger:**
Marktgemeinde Nenzing
- » **Region:**
Nenzing, Vorarlberg
- » **Laufzeit:**
seit 2008

Gerlinde Sammer > gerlinde.sammer@nenzing.at



Maßnahmen:

- >> Elterninformation und Elternbildung
- >> Mehrsprachigkeit (Beratung, Literatur, Angebote in Kindergärten)
- >> Deutschförderung
- >> Fortbildungen (gemeindeinterne Fortbildungen und Konferenzen, Kompetenztraining, Lehrgänge)
- >> Vernetzung (Koordinationsstelle im Gemeindeamt Nenzing, Netzwerktreffen, Vernetzung einzelner AkteurlInnen zu bestimmten Themen)
- >> Evaluierung der Maßnahmen (regelmäßige Beobachtung der sprachlichen Entwicklung bei Kindergartenkindern)
- >> Bereitstellen der Erkenntnisse aus dem Projekt (Referate, Workshops, Fortbildungen, Veröffentlichung der Ergebnisse)

Wirkung:

- >> Aufwertung der von der Bevölkerung Nenzings mitgebrachten Sprachen
- >> Bewusstseinsbildung für den Wert von Mehrsprachigkeit
- >> Gezielte Förderung der deutschen Sprache - individuell und differenziert
- >> verstärkte Einbindung aller am Erziehungsprozess beteiligter Akteure
- >> niederschwellige Elternbildung



Beispiel 13

Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) - Hamburg

Für die Stadtteilentwicklung in den Fördergebieten mit ihren spezifischen Problemen ist ein integriertes und abgestimmtes Vorgehen erforderlich. Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) sind die bisherigen Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramme sowie die Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach zusammengeführt worden.

Fokus:

- >> Wohnen und Siedlungsentwicklung
- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- >> Verkehr und Mobilität
- >> lokale/ethnische Ökonomien
- >> Entwicklungs- und Erneuerungsplanung

Instrumente:

- >> integrierte Entwicklungs- und Erneuerungsplanung/Masterpläne

Ausgangslage:

- >> Zusammenführung von bisherigen Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogrammen sowie der Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach (Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung, RISE)
- >> bestehenden Desintegration und Marginalisierung der Bewohnerschaft in bestimmten Stadtteilen der Stadt entgegenwirken
- >> Ursache für die soziale Entmischung in diesen Stadtteilen ist weniger das Fortbestehen städtebaulicher Missstände als vielmehr zunehmende Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und eine wachsende soziale und kulturelle Unsicherheit

Ziele:

- >> durch integriertes Handeln mit sichtbaren Anstrengungen, gleichzeitiges Angehen von sozialen, ökonomischen, baulichen und kulturellen Problemen
- >> ressortübergreifende Integration der Fachpolitiken und Bündelung ihrer Mittel sowie neue Formen kooperativer Gestaltung der lokalen Politik
- >> Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Gebiets
- >> Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration
- >> Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger

Partner:

- >> politische Ebene: Senatskommission Integrierte Stadtentwicklung
- >> strategische Ebene: Behörden- und Bezirksübergreifender Leitungs-Ausschuss, Leitstelle Behörde für Stadt und Umwelt, Amt Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung
- >> operative Ebene: Bezirksamt und Gebietsmanagement

» Projektträger:

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

» Stadt:

Hamburg, Deutschland

» Laufzeit:

2013 - 2017

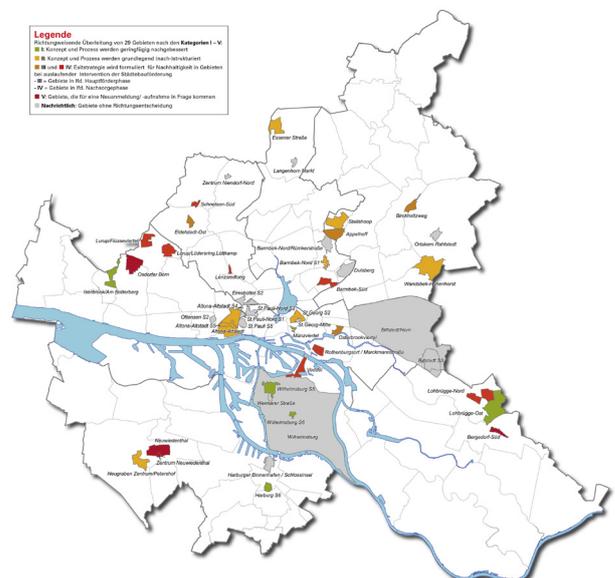
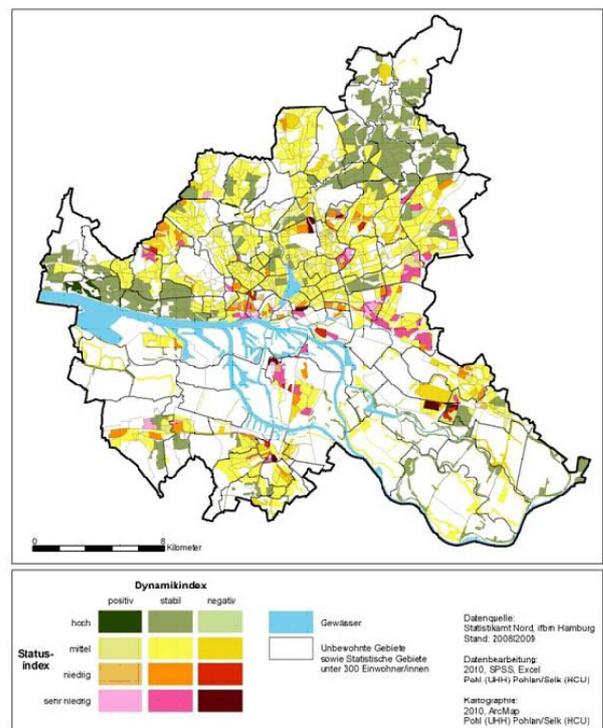
Oliver Panz > Oliver.Panz@bsu.hamburg.de
www.hamburg.de/rise



Hamburg. Deine Perlen.
Integrierte Stadtteilentwicklung

Maßnahmen:

- >> Gebietsauswahl und Gebietsabgrenzung
- >> Analyse der jüngeren Entwicklungen im Gebiet, Bestandsaufnahme der sozialen, städtebaulichen und baulichen Situation, Darstellung der Gebietsentwicklung ohne Programmförderung, Definition wichtiger Handlungsschwerpunkte für die Gebietsentwicklung, Definition von Starterprojekte bzw. Sofort-Maßnahmen, Aufstellung der öffentlichen Mittel, die regulär im Gebiet eingesetzt werden
- >> integriertes Entwicklungskonzept: Gebietsziele werden in Form integrierter Entwicklungskonzepte (IEK) für jedes Programmgebiet formuliert
- >> Thematische Handlungsfelder:
 - >> Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung; Lokale Ökonomie; Bildung; Familienförderung; Wohnen, lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft; Wohnumfeld und öffentlicher Raum; Integration von Menschen mit Migrationshintergrund; Kultur im Stadtteil; Gesundheitsförderung; Umwelt und Verkehr; Sicherheit, Kriminal- und Gewaltprävention; Sport und Freizeit.
- >> Gebietsmanagement: GebietskoordinatorIn für die zuständigen Fachbehörden und Fachämter, Gebietsentwicklung als Schnittstelle zur Bewohnerschaft durch Stadtteilbüro und Stadtteilbeirat
- >> Programmsteuerung: Sozialmonitoring, Evaluation, Controlling, Image und Öffentlichkeitsarbeit



Beispiel 14

Wirtschaft und Schulen kooperieren im Triestingtal

Durch enge Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft im Triestingtal konnten im Rahmen dieses Leader-Pilotprojektes die Zukunftschancen der Jugendlichen in der „Lernenden Region“ gefördert werden. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, moderne Ausbildungsanforderungen der Wirtschaft und außerschulische Ausbildungsangebote für LehrstellenbewerberInnen zusammenzuführen. Dabei fokussiert sie einerseits auf die Bindung der jungen Bevölkerung an die Region und andererseits dem FacharbeiterInnenmangel in der Region entgegenzusteuern. Zugleich stellt das Projekt den Versuch dar, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken und der Jugend „ihre“ Region näherzubringen.

Fokus:

- >> Bildung
- >> Arbeit und Arbeitsmarkt

Instrumente:

- >> Schnittfeldmanagement

Ausgangslage:

- >> steigende Jugendarbeitslosigkeit
- >> Unwissen über die große Anzahl an interessanten und zukunftsträchtigen Lehrausbildungen
- >> Jugendliche wissen nicht über den Alltag in einem Betrieb Bescheid
- >> Unternehmen sind durch negative Erfahrungen nur teilweise bereit Lehrlinge auszubilden
- >> Kluft zwischen Lehrstellenangeboten und Lehrstellensuchenden

Ziele:

- >> Bindung der jungen Bevölkerung an die Region
- >> Lehrberufsmöglichkeiten in der Region aufzeigen
- >> FacharbeiterInnenmangel in der Region entgegensteuern
- >> Unterstützung der Jugendlichen „ihre“ Lehrberufe zu finden
- >> Zusammenführen von Unternehmen und Jugendlichen
- >> praxisnahe Aktivitäten für Jugendliche zur Vorbereitung auf die Lehre
- >> Information an die Jugendlichen über die Chancen und Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt
- >> Bewusstseinsbildung der Lehrbetriebe und Gemeinden
- >> Sensibilisierung auf die aktuellen Herausforderungen für die Jugendlichen
- >> Attraktivität der Lehre stärken
- >> Vielfältigkeit der Lehrberufe transparent machen

Partner:

- >> Verein Alpha und Verein Leonardo als ProjektträgerInnen
- >> 26 regionale Unternehmen vielfältiger Branchen
- >> SchülerInnen unterschiedlicher regionaler Schulen

» Projektträger:

Verein Alpha, Verein Leonardo

» Region:

Triestingtal, Bezirke Baden, Mödling

» Laufzeit:

2010-2012

DI Elisabeth Hainfellner > hainfellner@triestingtal.at
www.triestingtal.at



Maßnahmen:

- >> UnternehmerInnen gestalten den Unterricht: UnternehmerInnenpersönlichkeiten aus einem vorab definierten UnternehmerInnenpool werden eingeladen, eine Unterrichtseinheit zu gestalten
- >> Schule erlebt Wirtschaft hautnah: moderierte Betriebsbesichtigungen mit spezifischen Aufgabenstellungen für die SchülerInnen Anschließend Eingliederung in den Unterricht.
- >> Tag der Lehre – zweitägige Infomesse: SchülerInnen präsentieren ihre Schulschwerpunkte; Unternehmen präsentieren sich und ihre Lehrstellenangebote; SchülerInnen, Eltern, Gemeinden usw. informieren sich; Plattform zum Netzwerken; Podiumsdiskussion mit ArbeitsexpertInnen und UnternehmerInnenpersönlichkeiten; Matchingveranstaltung zwischen Lehrstellensuchenden und Betrieben
- >> begleitendes Curriculum persönliche & soziale Kompetenz: 7-8 Module (zu je 1 Tag) werden mit dem SchuldirektorInnen entwickelt und mit externen TrainerInnen durchgeführt (Themen: Kommunikation, Ziel- und Lösungsorientierung, Zeit- und Ressourcenmanagement, konstruktiver Umgang mit Konflikten, Teamfähigkeit, Motivation, Gesundheit und Arbeit)

Wirkung:

- >> Aufbau von Unternehmenskooperationen (Partnerschaftsmodelle)
- >> Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen
- >> Überprüfung der Erwartungshaltung an den jeweiligen Arbeitsplatz
- >> Schaffung einer Netzwerkplattform zwischen Lehrstellensuchenden und Betrieben
- >> Aufzeigen der regionalen betrieblichen Vielfalt
- >> vermehrte Zusagen von Lehrstellen für Jugendliche



Beispiel 15

Gemeinsam leben im Mürzbogen

Ein zentrales, an der Mürz gelegenes ehemaliges Arbeiterviertel Kapfenbergs mit einem Ausländeranteil von über 50% war in den letzten Jahren von Streitigkeiten und Auseinandersetzungen durch die BewohnerInnen geprägt. In den letzten 10 Jahren wurde dieses "Glasscherbenviertel" durch einen Wohnbauträger saniert. Seit 2011 wird dort versucht, das Zusammenleben zu verbessern. Durch die Arbeit von SozialarbeiterInnen und der Gebietsbetreuung, unter aktiver Mitwirkung der BewohnerInnen vor Ort entstand eine Reihe von lokalen Initiativen: ein eigener Mürzbogen-Song, eine Facebookseite über die Siedlung, Siedlungsfeste, Flohmärkte sowie Hochbeete wurden errichtet und bepflanzt. Neben dem gestärkten Empowerment hat das gegenseitige Verständnis deutlich zu- und die Konflikte merkbar abgenommen.

Fokus:

- >> Wohnumfeld

Instrumente:

- >> Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Ausgangslage:

- >> Siedlung mit vielen sozial benachteiligten BewohnerInnen
- >> 50 % der BewohnerInnen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund
- >> zentrumsnahes Stadtgebiet in guter Lage, jedoch mit schlechtem Image

Ziele:

- >> Stadtteilentwicklung mittels Empowerment fördern
- >> Migrations-/Integrationsprojekte im Wohnbereich
- >> Involvierung der Siedlungsbewohner, insbesondere der Kinder und Jugendlichen

Partner:

- >> Landentwicklung Steiermark

- >> Abteilung 10 des Landes Steiermark
- >> BMEIA
- >> Wohnbaugenossenschaft GEMYSAG
- >> Mürzverband, Stadtwerke, Saubermacher

Maßnahmen:

- >> Aktivierung und Mobilisierung der Bevölkerung für ein besseres Zusammenleben
- >> verschiedene Projekte im künstlerischen Bereich (Songentwicklung, Verkehrsschildergestaltung)
- >> Schulungsangebote (Mülltrennung, Energieberatung)
- >> Entwicklung von nachhaltigen Ritualen (Siedlungsfesten)
- >> Institutionalisierung von „Urban Gardening“, Floh- und Tauschmärkten
- >> Methodik der aufsuchenden Sozialarbeit

Wirkung:

- >> Förderung der Eigeninitiative der BürgerInnen
- >> Erschließung neuer Ressourcen
- >> Zusammenleben in der Nachbarschaft fördern

» **Projekträger:**
ISGS-Kapfenberg

» **Region:**
Region Hochsteiermark

» **Laufzeit:**
2011-2013

MMag. Werner Klaus > werner.klaus@isgs.at
www.isgs.at



Beispiel 16

„STARK“- StadtTeiArbeit Kapfenberg

Ausgehend von den Erfahrungen der Stadtteilarbeit im Mürsbogen soll unter Beibehaltung der wesentlichen Akteurstrukturen (ISGS als Träger, Landentwicklung Steiermark als Partner) im Rahmen eines Agenda 21 - Prozesses Stadtteilarbeit in Kapfenberg betrieben werden.

Das neue Verschönerungsprojekt für die Stadtgemeinde „Good Morning Kapfenberg – unsere Stadt will schöner werden“ ist dabei eine willkommene Ergänzung auf baulicher Ebene. In diesem Zusammenhang sollen vermehrt Bürgerbeteiligungsprozesse stattfinden, bei denen die Kompetenz der Projektgruppe samt SozialarbeiterInnen gefordert werden. Die Stadtteilarbeit beginnt mit der Neugestaltung der Freiflächen in einer Siedlung gemeinsam mit den BewohnerInnen (Spielplatz, Gartenanteile, Parkplätze). Ebenso geht es um die Verbesserung des Zusammenlebens vor Ort.

Fokus:

- >> Wohnumfeld

Instrumente:

- >> Partizipation und bürgerliches Engagement

Ausgangslage:

- >> Siedlung mit vielen sozial benachteiligten BewohnerInnen
- >> 50 % der BewohnerInnen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund, 50 % der BewohnerInnen in der Siedlung sind Kinder und Jugendliche mit eigenen Bedürfnissen
- >> zentrumsnahes Stadtgebiet in guter Lage, jedoch mit schlechtem Image

Ziele:

- >> Stadtteilentwicklung mittels Empowerment fördern
- >> Migrations-/Integrationsprojekte im Wohnbereich
- >> Involvierung der SiedlungsbewohnerInnen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen

Partner:

- >> Landentwicklung Steiermark
- >> Abteilung 10 des Landes Steiermark
- >> Wohnbaugenossenschaft GEMYSAG

Maßnahmen:

- >> Aktivierung und Mobilisierung der Bevölkerung für ein besseres Zusammenleben
- >> Mitgestaltung bei der architektonischen Planungsarbeit
- >> Förderung von Gartenarbeitstätigkeit im Stadtgebiet
- >> Schaffung eines Grätzelnbewusstseins
- >> Anwendung der Methodik der aufsuchenden Sozialarbeit

Wirkung:

- >> Förderung der Eigeninitiative der BürgerInnen
- >> Erschließung neuer Ressourcen
- >> Zusammenleben in der Nachbarschaft fördern



» Projektträger:

ISGS-Kapfenberg e.V.

» Region:

Region Hochsteiermark

» Laufzeit:

2014 -

MMag. Werner Klaus > werner.klaus@isgs.at

www.isgs.at

Beispiel 17

„Tu was“ - Sozialfestival an der Steirischen Eisenstraße

2012 wurde die Steirische Eisenstraße durch das Leader-Projekt »Tu was« zur ganzjährigen Sozialfestivalregion. Es geht um die Unterstützung engagierter Personen und Institutionen, die ihre Vorstellungen von einem guten Leben in ihrer Region mit Hilfe von Kleinprojekten verwirklichen wollen. Das Sozialfestival bietet dabei nicht nur einen organisatorischen Rahmen zur Umsetzung der Ideen, sondern fördert die Projekteinreicherinnen und Projekteinreicher auch finanziell.

Fokus:

- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Ausgangslage:

- >> demographisch problematische Region („älteste“ Region Österreichs)
- >> große Abwanderungsprobleme
- >> Schulen mit bis zu 70 % Kindern mit Migrationshintergrund
- >> führende Industriebetriebe (Voest Alpine, Donawitz, AT&S)
- >> Fachkräfte und Jugendliche fehlen

Ziele:

- >> Armutsbekämpfung und Chancengleichheit
- >> Migrations-/Integrationsprojekte im Bildungsbereich
- >> Integrationsbemühungen für behinderte Menschen
- >> Involvierung der Jugend

Partner:

- >> Verein Steirische Eisenstraße als Projektträger und Organisationsteam
- >> „SinnStifter“ (6 Privatstiftungen) als Ideengeber und finanzielle Unterstützer
- >> im Sinne von „bottom up“: alle Menschen der Leaderregion Steirische Eisenstraße
- >> (bereits erfolgreiches Ergebnis: 112 Projektideen, von denen 69 nun aktiv gefördert und umgesetzt werden)

» Projektträger:

Verein Steirische Eisenstraße

» Region:

Region Steirische Eisenstraße

» Laufzeit:

2011 - 2013

Gerfried Tiffner > g.tiffner@eisenstrasse.co.at

www.tu-was.at



Maßnahmen:

- >> Aktivierung und Mobilisierung der Bevölkerung mit dem Aufruf für die Einreichung
- >> Ideenfindung zu den Themen: „Gutes Zusammenleben“, „Armutsbekämpfung“, „Gutes Wirtschaften“
- >> Auswahl unterstützenswerter Projekte (im Vordergrund steht die Nachhaltigkeit)
- >> Umsetzung von 69 Projekten mittels Starthilfe (eigenständige Fortsetzung der Projekte)
- >> Institutionalisierung des Sozialfestivals (mit Unterstützung von regionalen Betrieben)
- >> Erstellung eines „Sozialatlas“ für die Region, um AkteurInnen und engagierte Menschen in der Region zu weiteren Aktivitäten anzuregen und als Inspiration für andere (Länder-)Regionen

Wirkung:

- >> Förderung der Eigeninitiative
- >> Erschließung neuer Ressourcen
- >> Ehrenamtlichkeit aktivieren
- >> Aktivierung von unterschiedlichen Kompetenzen (Sprachförderung, Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte etc.)
- >> Zusammenleben in der Nachbarschaft fördern
- >> Verschränkung von Industrie, Wirtschaft und Regionalentwicklung
- >> neues Sozialkapital generieren (regionale/kommunale Stammtische, regionaler Vernetzungsworkshop)



Beispiel 18

Moschee Bad Vöslau - Vom Gegeneinander zum Miteinander

2009 wurde eine Moschee sowie ein daran angeschlossenes türkisches Kulturzentrum in Bad Vöslau eröffnet. Sie ist neben Wien und Telfs in Tirol die dritte Moschee in Österreich. Anfangs war der Protest groß. Deshalb entschied sich die Gemeindevertretung offene Fragen im Rahmen eines Mediationsprozesses zu klären. Heute ist die Moschee in der Bevölkerung gut akzeptiert. An manchen Tagen wird das Kulturzentrum von hunderten Menschen besucht.

Fokus:

- >> kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Partizipation

Ausgangslage:

- >> Plan des Baus einer Moschee in Bad Vöslau löste heftige BürgerInnenproteste aus (v.a. die geplante Höhe der Minarette)
- >> Einleitung eines Mediationsverfahrens zwischen dem Verein ATIB und den politischen VertreterInnen des Gemeinderats/alle Fraktionen auf Initiative des Bürgermeisters von Bad Vöslau

Ziele:

- >> Errichtung einer Moschee für Muslime und Musliminnen und eines türkischen Kulturzentrums
- >> Neugestaltung des Straßenraums

Partner:

- >> Verein ATIB
- >> Stadtgemeinde Bad Vöslau

Maßnahmen:

- >> Klärung von Interessenskonflikten in der Gemeinde bezüglich der geplanten Errichtung einer Moschee durch ein Mediationsverfahren zwischen dem Bauträger (Verein ATIB) und der Bevölkerung unter Einbindung aller politischen Fraktionen, 2007
- >> Information der Bevölkerung über die Ergebnisse des Mediationsverfahrens über die Medien bzw. in direkten Gesprächen mit AnrainerInnen, 2007
- >> Gründung des Arbeitskreises Integration im Rahmen der Stadterneuerung, laufende Entwicklung und Umsetzung von Projekten, 2008
- >> Eröffnung der Moschee mit Unterstützung von VertreterInnen anderer Religionsgemeinschaften und politischer Präsenz, 2009
- >> laufende Kooperation sowie Teilnahme von GemeindevertreterInnen bei Veranstaltungen und Generalversammlung des Vereins ATIB, seit 2010
- >> Ernennung einer Integrationsbeauftragten in der Gemeinde, 2010
- >> Maßnahmen im Straßenraum durch die Gemeinde: Sanierung und Verbesserung der Sicherheit durch geänderte Einbahnregelung und Gestaltung des Straßenraum, 2011

» Projektträger:

Verein ATIB

» Ort:

Bad Vöslau

» Laufzeit:

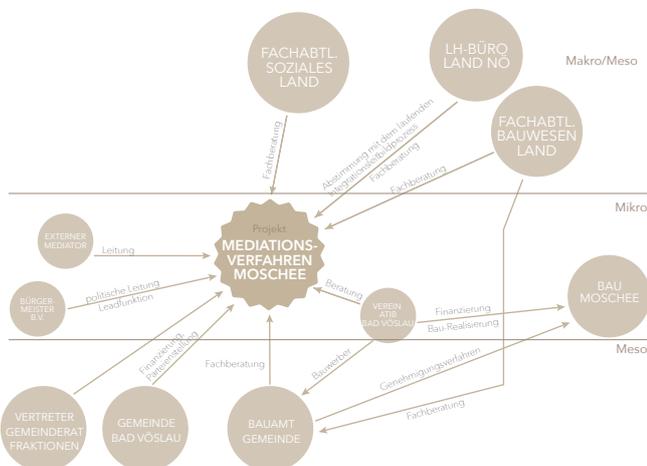
seit 2007

Verein ATIB Bad Vöslau

<http://www.atib-badvoeslau.at>

Wirkung:

- >> weitgehend problemloses Zusammenleben mit den AnrainernInnen
- >> Akzeptanz in der Bevölkerung durch erfolgreiches Mediationsverfahren
- >> Kulturzentrum wurde zum Ort der Begegnung zwischen unterschiedlichen Gruppen aus Bad Vöslau und Umgebung
- >> die Moschee wurde zu einem wichtigen Kommunikationsort und zugleich setzte sie ein sichtbares Zeichen für Transparenz und Offenheit nach außen
- >> Kommunikations- und Bildungszentrum für Menschen mit Migrationshintergrund (z.B. Sprachkurse, Räume für Jugendliche)



Beispiel 19

Quartiersfonds Berlin

Die Quartiersfonds Berlin ermöglichen die direkte Entscheidung der Bewohnerschaft vor Ort über die Verwendung der jährlich bereitstehenden Fördermittel im Gebiet. Die Bewohnerschaft eines Quartiers wird somit mit ihrer Kompetenz und ihrem Wissen über das Leben vor Ort zu Verantwortungs- und EntscheidungsträgerInnen.

Fokus:

- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur

Instrumente:

- >> Partizipative Budgets
- >> Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Ausgangslage:

- >> Sichtbare Veränderungen des Sozialgefüges in einigen Berliner Stadtteilen
- >> entstanden u.a. durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, zunehmende Verarmung, Fortzug mittlerer Einkommenschichten, oft noch verstärkt durch ethnische Probleme
- >> Einrichtung eines „Quartiersmanagements“ (QM) in 34-Quartieren im Rahmen des seit 1999 existierenden Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“
- >> die Quartiersfonds sind Bestandteil dieses Quartiersmanagements

Ziele:

- >> strategische Handlungsziele des Programms sind: mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt; mehr Fort- und Weiterbildung; bessere Qualität des Wohn- und Handlungsraums; bewohneradäquate und (nachfragegerechte) soziale Infrastruktur; bewohneradäquate Stadtteilkultur; besseres Gesundheitsniveau; besseres Sicherheitsniveau und Steigerung des Sicherheitsempfindens; mehr soziale und interkulturelle Integration; mehr Partizipation der BewohnerInnen und AkteurInnen
- >> Ziel der Aufteilung der Quartiersfonds: Anstoß und Ermutigung für die BewohnerInnen in ihrem Quartier aktiv zu werden

Partner:

- >> Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin
- >> zuständige Bezirke
- >> Quartiersmanagement-Team als Koordination und Moderation der Sitzungen
- >> Quartiersräte als EntscheidungsträgerInnen
- >> fachübergreifende Handlungsgruppen – Bildung und Nachbarschaft – zur Vernetzung sowie zum Informations- und Erfahrungsaustausch

» Projektträger:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin

» Stadt:

Berlin, Deutschland

» Laufzeit:

seit 1999

Stephan Lange > stephan.lange@ba-mitte.berlin.de
www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/de/kontakt.shtml



Maßnahmen:

- >> Quartiersfonds 1:
 - >> kurzfristige und schnell sichtbare Maßnahmen wie Straßen- und Hoffeste, Platzbepflanzungen etc.
 - >> bis zu 1.000 Euro, insgesamt 10.000 - 15.000 Euro p.a.
 - >> EntscheidungsträgerInnen: Vergabebeirat aus BewohnerInnen
- >> Quartiersfonds 2:
 - >> EntscheidungsträgerInnen: Quartiersrat
 - bestehend aus 51% BewohnerInnen, 49% benannt von Vereinen, Schulen, KiTas, Religionsgemeinschaften, Wohnungsunternehmen
 - >> jeder Person, die im Quartier wohnt, arbeitet oder sich ehrenamtlich engagiert; Mindestalter: 16 Jahre; deutsche Staatsbürgerschaft spielt dabei keine Rolle
- >> Quartiersfonds 3:
 - >> sozio-kulturelle Projekte
 - >> ab 10.000 Euro mit Laufzeit bis zu 3 Jahren
 - >> EntscheidungsträgerInnen: Quartiersrat
- >> Quartiersfonds 4:
 - >> bauliche Maßnahmen
 - >> ab 50.000 Euro mit Laufzeit bis zu 2 Jahren
 - >> EntscheidungsträgerInnen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung unter Beteiligung der Beiräte und Steuerungsrunden

Beispiel 20

Partizipatives Budget in Recife, Brasilien

In Recife, Brasilien, wird das Budget der Stadt seit 2001 partizipativ erstellt. BürgerInnen erarbeiten sowohl Vorschläge für zu finanzierende Projekte, priorisieren die Auswahl und begleiten auch die Umsetzung der Projekte. Die 1.6 Millionen Einwohner Stadt im Bundesstaat Pernambuco erhielt für ihr umfassendes Modell der partizipativen Budgeterstellung den Reinhard Mohn Preis 2011.

Fokus:

- >> kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- >> Verkehr
- >> Arbeit

Instrumente:

- >> Partizipatives Budget
- >> Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Ausgangslage:

- >> seit den späten 1980er Jahren: Praktizierung von mehr oder weniger weitreichenden Ansätzen der partizipativen kommunalen Haushaltserstellung in verschiedenen Städten Brasiliens – so auch in Recife
- >> Inspiration einer immer größer werdenden Bewegung partizipativer Budgets durch das bekannte Beispiel von Porto Alegre
- >> 2001 kam in Recife eine Stadtregierung an die Macht – eine Koalition von drei Linksparteien: die Partizipation wurde u.a. zur obersten Priorität; bereits im Wahlkampf weitreichendes Modell eines partizipativen Budgets – das Orcamento Participativo (OP)
- >> Erreichung der Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen

Ziele:

- >> BewohnerInnen der Stadt erhalten eine wichtige Rolle im Co-Management der Stadt und wirken an Entscheidungen mit, die ihre Lebensqualität betreffen
- >> Stärkung der demokratischen Legitimität der Stadtregierung und ihrer politischen Entscheidungen
- >> Einfließen der Bedürfnisse und Prioritäten der lokalen Bevölkerung in die politischen Entscheidungen

Maßnahmen:

Die partizipative Erstellung des Haushalts in Recife erfolgt in vier Schritten:

- >> Veranstaltungen in den 18 Stadtvierteln von Recife, in denen Vorschläge für Projekte und Änderungen kommunaler Leistungen ausgearbeitet werden
- >> Aufklärung der Bevölkerung über den Prozessverlauf in Form von Meetings
- >> Ermutigung an dem Prozess teilzunehmen und sich Projektvorschläge zu überlegen
- >> Abhaltung von je vier Veranstaltungen innerhalb von 14 Tagen in jedem Stadtviertel: Einbringung von Projektvorschlägen und Diskussionen
- >> weitere vier oder fünf Treffen, um zu entscheiden, welche Projektvorschläge in die nächste Runde kommen
- >> Auswahl einer/s Delegierten und zwei Projektvorschläge pro Gruppe von je zehn Personen
- >> die Delegierten treffen sich einmal im Monat: Diskussion über die Projektvorschläge und

» **Projekträger:**
Gemeinde Recife

» **Stadt:**
Recife, Brasilien

» **Laufzeit:**
seit 2001

Evelyne Labanca Correa de Araujo >
evelynelabanca@gmail.com
www.recife.pe.gov.br/op

aktuellen Probleme im Stadtteil, erneute Wahl von KoordinatorInnen für die Stadtviertel und Bildung von Arbeitsgruppen (Kommissionen) zu spezifischen Themen; die KoordinatorInnen sind einerseits Ansprechpersonen für die Arbeitsgruppen und andererseits das Bindeglied zur Stadtverwaltung

- >> Abstimmung über alle eingebrachten Projektvorschläge
- >> die Wohnbevölkerung kann entweder direkt in der großen Plenarsitzung oder im Internet sowie an elektronischen Abstimmungsmaschinen in der Stadt mitbestimmen, welche Projekte in die nächste Runde kommen sollen; jede/r hat zwei Stimmen, eine für ein spezifisches Projekt und eine weitere Stimme für einen Themenbereich
- >> Weiterentwicklung der Projektvorschläge, um sie praxistgerecht und möglichst kosteneffizient zu machen
- >> Ausarbeitung der gewählten Projektvorschläge in lokalen Foren und Rücksprache mit der Stadtverwaltung über Kosten
- >> sieht die Stadtverwaltung das Projekt als nicht durchführbar, auf Grund zu hoher Kosten, geht das Projekt nochmal zurück an die BürgerInnen
- >> Monitoring bei der Implementierung der ausgewählten Projekte
- >> Begleiten und Vorantreiben der Umsetzung der Projekte von den KoordinatorInnen und Arbeitsgruppen in regelmäßigen Foren
- >> die Umsetzung der ausgewählten Projekte dauert durchschnittlich drei Jahre - Ziel ist es, diese Umsetzungsdauer auf zwei Jahre zu verkürzen

Wirkung:

- >> über 7,5% der Bevölkerung, also über 100.000 Menschen beteiligen sich jährlich an dem Prozess
- >> alle von der Bevölkerung ausgewählten und beschlossenen Projekte wurden tatsächlich umgesetzt, darunter viele Infrastrukturprojekte wie Straßen, Kanalisation etc.
- >> gelungene Aktivierung von vormals sozial und politisch Ausgeschlossenen - hohe Beteiligung von BewohnerInnen aus benachteiligten Stadtvierteln
- >> erhöhte Glaubwürdigkeit der Politik
- >> Transparenz von budgetwirksamen Entscheidungen
- >> Verhinderung von unrealistischen Erwartungen durch breite BürgerInnenbeteiligung bei der Priorisierung der Projekte
- >> Bewusstseinsbildung, dass es viele berechtigte Anliegen gibt und dass nicht Alles umsetzbar ist
- >> Veränderung des Prozesses von einem politischen zu einem kulturellen
- >> Veränderung des Verhältnisses von Verwaltung und Bevölkerung
- >> Schwäche des Projekts: Evaluierung - es gibt keine umfassende und systematische Form der Evaluierung durch die BürgerInnen

Beispiel 21

Initiative ergreifen. Bürger machen Stadt

“Initiative ergreifen” ist ein Impulsprogramm zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in der Stadtentwicklung. Das Programm gibt über die Realisierung der einzelnen Projekte hinaus übertragbare Beispiele und Anregungen für eine neue gesellschaftliche Praxis.

Fokus:

- >> kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Förderprogramm/Kommunikations- und Handlungsplattform
- >> Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Ausgangslage:

- >> um in der Stadterneuerung handlungsfähig zu bleiben, sind Kommunen u.a. auf bürgerschaftliche Projektinitiativen und neue lokale Partnerschaften angewiesen
- >> im Rahmen des Programms „Initiative ergreifen“ erhalten Städte Förderungen für Projekte, die durch bürgerschaftliche Gruppen und Vereine initiiert und realisiert werden
- >> das Programm besteht seit 1996 mit dem Vorläufer bei der Internationalen Bauausstellung IBA Emscher Park

Ziele:

Inhaltliche Schwerpunkte des Programms:

- >> BürgerInnenzentren und Kultur(wirtschafts)-zentren, die neue Infrastrukturen aufbauen sowie wichtige gemeinnützige Beiträge leisten für lebendiges, städtisches Gemeinwesen
- >> Gemeinschaftshäuser, kleine Bürgerhäuser oder Stadtteilzentren für örtliche soziale Infrastrukturen in Stadtteilen oder Nachbarschaften
- >> Projekte zur Bewahrung kulturellen Erbes mit hohen Potenzialen des Engagements - insbesondere in den Bereichen Industriekultur und historisch begründeter Ortsidentitäten
- >> Projekte in Stadt und Freiraum, wo sich ProjektinitiatorInnen für die Sicherung von besonderen Freiraumqualitäten an der Schnittstelle von Stadt und (Frei)Raum einsetzen

Förderziele des Programms:

- >> Investieren in Steinen - baulich-räumliche Maßnahmen
- >> Investieren in Köpfen - im Mittelpunkt stehen ein breites BürgerInnenengagement, eigenständige Trägerschaften und belastbare Betriebskonzepte

Partner:

- >> Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) des Landes Nordrheinwestfalen
- >> Kommunen - Teilfinanzierer und AntragstellerInnen
- >> Management „Initiative ergreifen“ - ein privates Büro wurde mit folgenden Aufgaben vom Ministerium beauftragt: Projekt Akquisition, Qualifizierung von Projektinitiativen und Projekten, Vorbereitung der Projekte zur Förderentscheidung, Begleitung der Projekte bei der Umsetzung
- >> Beirat - berät das Ministerium bei Förderentscheidung

» **Projekträger:**

Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) des Landes Nordrheinwestfalen

» **Land:**

NRW, Deutschland

» **Laufzeit:**

seit 1996

Margarete Hallmann >

margarete.hallmann@mbwsv.nrw.de

www.initiative-ergreifen.de/Kontakt.2.0.html

- >> BürgerInneninitiativen, die das Projekt realisieren
- >> Bildungszentrum Maximilianhaus

Finanzierung:

- >> das Programm ist Teil der Städtebauförderung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Maßnahmen:

- >> Anstoß der Projekte kommt aus der Bürgerschaft, die auf die Kommunen und deren Aufgaben zugehen
- >> Förderanträge werden über die Kommunen bei den Bezirksregierungen gestellt
- >> im Fall einer Förderung macht die Kommune einen Vertrag mit der BürgerInneninitiative und bleibt somit verantwortlich für die Verwendung der Mittel
- >> Fördermittel können sowohl für eine Investitionsförderung als auch für eine 2-3 Jahre begrenzte betriebliche Anschubförderung eingesetzt werden
- >> Qualifizierungsverfahren bis Förderantrag
- >> Beratungsverfahren

Wirkung:

- >> bisher landesweite Realisierung von über 70 Projekten - der größte Teil davon ist im erfolgreichen bürgerschaftlich getragenen Betrieb



Beispiel 22

Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“

(1999-2012 „Bundesprogramm zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt“)

Das Programm Soziale Stadt ist ein Investitionsprogramm der Städtebauförderung. Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt der Bund seit 1999 die städtebauliche Aufwertung und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen. Das Programm verknüpft bauliche Investitionen der Stadterneuerung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil.

Fokus:

- >> Wohnen und Siedlungsentwicklung
- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- >> Verkehr und Mobilität
- >> Arbeit, Arbeitsmarkt und lokale/ethnische Ökonomien
- >> Entwicklungs- und Erneuerungsplanung

Instrumente:

- >> Förderprogramm/Kommunikations- und Handlungsplattform

Ausgangslage:

- >> das Programm unterliegt dem Artikel 104b Grundgesetz (GG), wonach „der Bund den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen“ auf Landes- und Gemeindeebene gewähren kann

Ziele:

- >> problematische Entwicklungen entgegenwirken
- >> Unterstützung für Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der Folgen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels
- >> Integration und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- >> Bündelung baulicher Investitionen der Stadterneuerung mit Maßnahmen zur Förderung von Bildung, Beschäftigung und Integration vor Ort

Partner:

- >> Bund - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Regionalforschung, Deutschland
- >> Bundestransferstelle im Deutschen Institut für Urbanistik
- >> Länder
- >> PartnerInnenprogramme, die sich ausdrücklich auf die Förderkulisse der „Soziale Stadt“ beziehen

» **Projekträger:**

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Deutschland

» **Land:**

Deutschland

» **Laufzeit:**

seit 1999 (Modifizierung in 2013)

Martina Kocks > Martina.Kocks@BBR.Bund.de

www.staedtebaufoerderung.info



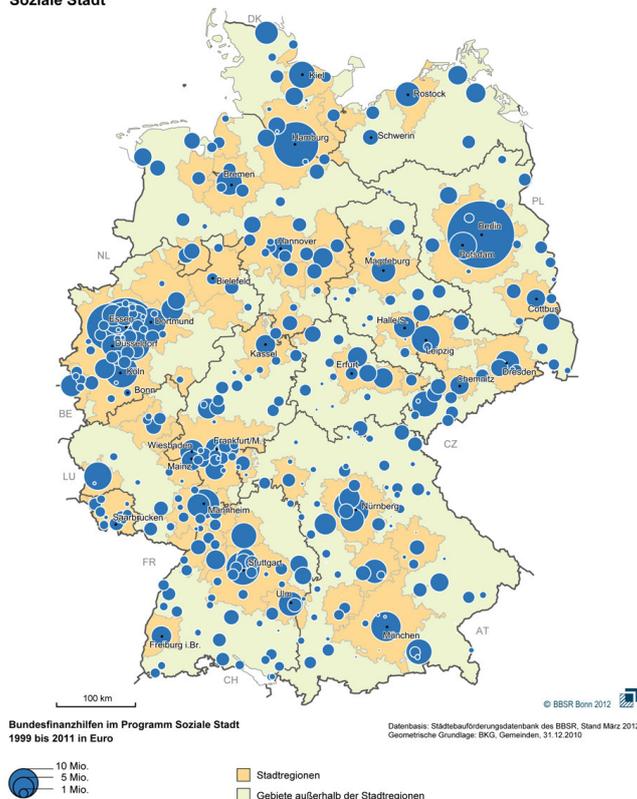
Maßnahmen:

- >> Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Länder (VV-Städtebauförderung)
 - darin verständigen sich Bund und Länder auf die grundsätzlichen Ziele aller Städtebauförderungsprogramme und deren Umsetzung
- >> Länder stellen eigene Richtlinien zur Konkretisierung der Umsetzung auf
- >> integrierte Entwicklungskonzepte sind Voraussetzung für die Förderung und Grundlage des Programms; hier entwickelte Strategien und Maßnahmen sind speziell auf die Zielgruppen und auf die konkreten Situationen in den Quartieren zugeschnitten und dienen als Handlungsgrundlage für die Umsetzung der Fördermaßnahmen
- >> instrumentell strategische Handlungsfelder und -ziele: integrierte Entwicklungs- bzw. Handlungskonzepte, Gebietsbezug, Ressourcenbündelung, Quartiersmanagement, Aktivierung und Beteiligung, Evaluierung, Monitoring
- >> inhaltliche Handlungsfelder: Wohnen und Wohnumfeld, soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur, Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen, Schule und Bildung, lokale Ökonomie, Gesundheitsförderung, Umwelt und Verkehr, Stadtteilkultur, Sport und Freizeit, Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit

Wirkung:

- >> bis zum Jahr 2012 haben 607 Gebiete in 376 Gemeinden am Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt“ teilgenommen.
- >> mit § 171e Baugesetzbuch (BauGB) wurden im Jahr 2004 Vorschriften über Maßnahmen der Sozialen Stadt in das besondere Städtebaurecht eingefügt

Soziale Stadt



Beispiel 23

Nationale Stadtentwicklungspolitik Deutschland

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bringt Handelnde und Interessierte zum Thema Stadt zusammen. Sie schafft Plattformen für einen lebendigen Austausch, thematisiert aktuelle stadtgesellschaftliche sowie städtebauliche Trends und greift beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze auf.

Fokus:

- >> Wohnen und Siedlungsentwicklung
- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum

Instrumente:

- >> Handlungs- und Kommunikationsplattform

Ausgangslage:

- >> im Unterschied zu anderen europäischen Ländern gibt es in Deutschland bisher keine ausformulierte Stadtentwicklungspolitik auf nationaler Ebene
- >> es fehlt an einer politischen Bündelung der diversen Politiken und Ressourcen, an einer Reflexion der Wirkungen und an politischen Festlegungen

Ziele:

- >> übergeordnetes Ziel: gerechte, kooperative, nachhaltige und schöne Stadt
- >> Entwicklung lebendiger Innenstädte und Ortszentren
- >> Schwerpunkte:
 - >> „BürgerInnen für ihre Stadt aktivieren“ - Zivilgesellschaft
 - >> „Soziale Stadt“ - Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren
 - >> „Innovative Stadt“ - Motor der wirtschaftlichen

Entwicklung

- >> „Die Stadt von morgen bauen“ - Klimaschutz und globale Verantwortung
- >> „Städte besser gestalten“ - Baukultur
- >> „Die Zukunft der Stadt ist die Region“ - Regionalisierung

Partner:

- >> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
- >> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
- >> Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen MinisterInnen und SenatorenInnen der Länder (ARGEBAU)
- >> Deutscher Städtetag
- >> Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)
- >> Netzwerk „Zuhause in der Stadt“
- >> Initiative „MITTENDRIN IST LEBEN. Starke Zentren für Baden-Württemberg“

» Projektträger:

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Deutschland

» Land:

Deutschland

» Laufzeit:

seit 2007

DI Stephan Willinger > stephan.willinger@bbr.bund.de
www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Maßnahmen:

- >> 2006/2007: interdisziplinär zusammengesetzte ExpertInnenengruppe erstellt ein Memorandum zur Konstituierung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik in Deutschland
- >> 2007: Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt
- >> zwei Ebenen einer gemeinsamen Stadtentwicklungspolitik:
 - >> Politik als Prozess - eine ständige Qualifizierung und Einbindung in das gesamtstaatliche Handeln und die Weiterentwicklung von Förderprogrammen
 - >> Öffentlichkeitsarbeit - eine zeitlich begrenzte Kampagne zur Schärfung des öffentlichen Bewusstseins, zusammengesetzt aus einer Vielzahl von Projekten, Initiativen, Kongressen, Veröffentlichungen, Ausstellungen und Partnerschaften
- >> öffentliche Diskussion der Handlungsansätze aus dem Memorandum
- >> 2010/2011: Weißbuch Innenstadt
- >> Verankerung der Ziele als Koalitionsvertrag
- >> Labeling von Projekten mit Modellcharakter (keine Finanzierung)

The screenshot shows the website 'NATIONALE STADT ENTWICKLUNGSPOLITIK'. The navigation menu includes: PROJEKTE, PROGRAMME, FORSCHUNG, KURATORIUM, PROJEKTAUFRUF, STADTENTWICKLUNG UND WIRTSCHAFT, MEDIATHEK, WETTBEWERBE, VERANSTALTUNGEN, VERÖFFENTLICHUNGEN, PRESSE. There is a search bar and a 'Partner' section with the logo of the 'Deutscher Städtetag und Bundesrat'. The main content area features a section titled '7. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik' with a video player and a 'Projektjournal' listing various events and reports.



Beispiel 24

Lokale Agenda 21 in Österreich

Kreative BürgerInnen und AkteurInnen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung finden in einem offenen Beteiligungsprozess zusammen und widmen sich der zentralen Frage, wie die Lebensqualität in ihrem Lebensraum erhalten und ausgebaut werden kann, ohne dabei auf Kosten der Natur, der gewachsenen wirtschaftlichen Strukturen oder unserer Gesellschaft handeln zu müssen.

Ergebnis dieser Dialogkultur in Städten, Gemeinden und Regionen sind gemeinsam entwickelte Visionen, Leitziele und Maßnahmen zur Umsetzung der Ideen.

Fokus:

- >> Bildung, kulturelle und soziale Infrastruktur
- >> Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- >> Arbeit, Arbeitsmarkt lokale/ethnische Ökonomien
- >> Verkehr und Mobilität

Instrumente:

- >> Handlungsprogramm

Ausgangslage:

- >> die Agenda 21 basiert auf dem Grundsatzbeschluss für eine nachhaltige Entwicklung (1992 Erdgipfel der Vereinten Nationen, Rio de Janeiro)
- >> sie ist ein Programm für weltweite nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert: sie fordert Gemeinden, Städte und Regionen auf, ihre Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt nachhaltig zu entwickeln
- >> gemeinsamer Beschluss „Gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich“ von der Konferenz der UmweltreferentInnen der Bundesländer (2003) mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft
- >> Beauftragung zur Umsetzung dieser gemeinsamen Erklärung der Konferenz der NachhaltigkeitskoordinatorInnen Österreichs mit ihrer Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Dezentrale

Nachhaltigkeitsstrategien - Lokale Agenda 21“

Ziele:

- >> nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt von Gemeinden und Regionen
- >> wesentlicher Beitrag zur Zukunftssicherung in ländlichen und städtischen Lebensräumen
- >> Good-Governance-Modell für österreichische Gemeinden, Städte und Regionen
- >> Hilfe zur Selbsthilfe, um maßgeschneiderte Lösungen für die Gemeinde/Region hervorzubringen (Sichtbarmachen von Potenzialen, Aktivieren von lokalem know-how, das durch keine externe Expertise zu ersetzen ist)
- >> Setzen wichtiger Impulse im Sinne direkter Demokratie durch Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten (gesteigertes BürgerInnenengagement, Förderung der Eigenverantwortlichkeit für den Lebensraum, Erhöhung der Identifikation mit dem Lebensumfeld)
- >> Stärken des sozialen Zusammenhalts und Förderung einer neuen Beziehungskultur zwischen dem politisch-administrativen System und den BürgerInnen im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung
- >> Stärken regionaler Wirtschaftskreisläufe (Vernetzen der Wirtschaft mit der Gemeinde, Schaffen sektorübergreifender Partnerschaften)

» **Projekträger:**
Lebensministerium

» **Land:**
Österreich

» **Laufzeit:**
seit 1998

Mag. Andrea Binder-Zehetner >
binder-zehetner@la21.wien.at
<https://www.nachhaltigkeit.at/la21>



und neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, Nahversorgung)

- >> Erreichen einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Kapital aus regionaler und globaler Sicht zwischen derzeit lebenden Menschen und auch zwischen Generationen
- >> Etablieren einer modernen Zukunftsplanung – soziokulturell, ökologisch, ökonomisch und „global-verantwortlich“ – in der Gemeinde/Stadt/Region, um damit gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen besser zu bewältigen

Partner:

- >> Amt der Landesregierung Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten, Oberösterreich, Niederösterreich, Burgenland
- >> Verein Lokale Agenda 21 in Wien
- >> Lebensministerium

Maßnahmen:

Der Lokale Agenda 21-Prozess:

- >> gründet auf einer gemeinde- und stadtpolitischen Willensbildung und -erklärung (Beschluss)
- >> baut auf einer Bestandsaufnahme (Nachhaltigkeits-Check = Analyse des Bestehenden im Sinne der Nachhaltigkeit) auf und berücksichtigt Werte und Visionen
- >> folgt anschließend einem Regelkreis kontinuierlicher Verbesserung von Zieldefinition, Maßnahmenplanung, Umsetzung und Evaluation
- >> erfolgt unter breiter Beteiligung und Aktivierung der Bevölkerung und verbindet Top-down mit Bottom-up Strategien
- >> ist umsetzungsorientiert, macht Nachhaltigkeit an emotional wahrnehmbaren Erfolgen konkret und leitet aus eigenen Stärken erfolgreiche Projekte ab
- >> wird von einer Erfolgskontrolle begleitet, (z.B. durch Indikatoren, welche die Erreichung gesetzter

Ziele messen)

- >> setzt auf Öffentlichkeitsarbeit zur Aktivierung und Motivierung der Menschen

Wirkung:

- >> es gelingt, Bevölkerungsgruppen anzusprechen und zu beteiligen, die bisher abseits der Gemeinde-/Stadt-/Regionalentwicklung standen
- >> regionale Wertschöpfung wächst durch neue Modelle der Nahversorgung
- >> neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen durch unternehmerische Initiativen und landwirtschaftliche Innovationen
- >> der Zusammenhalt und das Verständnis füreinander (zwischen Generationen, Geschlechtern, Kulturkreisen und MigrantInnen) werden gefördert
- >> durch neue Nachbarschaftsmodelle werden soziale Lösungen vor Ort gefunden (z.B. ältere Menschen können länger in gewohnter Umgebung bleiben)
- >> ein neuer „nachhaltiger“ Umgang mit Energie und Ressourcen wird in Form konkreter, innovativer Lösungen praktiziert
- >> kommunale bzw. regionale Partnerschaften entstehen
- >> in einem kreativen Milieu entwickeln sich laufend innovative Projekte und Initiativen, die sonst nicht entstanden wären
- >> engagierte BürgerInnen qualifizieren sich zu EntscheidungsträgerInnen und Projektverantwortlichen weiter
- >> durch neue Public-Private-Partnership-Modelle verbessert sich die Effizienz der eingesetzten öffentlichen Fördermittel

Kern-AkteurInnen der ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration“

Name	Vorname	Institution
Aksakalli	Sevim	Österreichischer Städtebund
Bastürk	Saliha	Stadtamt Wiener Neustadt
Bednar	Alexandra	ÖROK-Geschäftsstelle
Bertsch	Wilfried	Amt der Vorarlberger Landesregierung
Deimel	Alexandra	Bundeskanzleramt
Domian	Wolfgang	Stadt Leoben
Düzel	Murat	NÖ Landesakademie
Girardi	Michael	BMI (bis Dezember 2012)
Güngör	Kenan	Think Difference
Hauswirth	Rainer	Stadt Wien, MA 18 - Stadtentwicklung und -planung (bis Juni 2013)
Hetzmannseder	Barbara	Stadt Wien, MA18
Janze	Alexandra	Stadt Leoben
Knasmüller	Susanne	BM für Europa, Integration und Äußeres
Lutz	Melanie	Österreichischer Städtebund
Machold	Ingrid	Bundesanstalt für Bergbauernfragen
Manolakos	Theodora	Stadt Wien - MA 17
Müller	Renate	OÖ Integrationsstelle
Nardelli	Carmen	Amt der Vorarlberger Landesregierung
Obkircher	Stefan	Amt der Vorarlberger Landesregierung
Peña	Andrés	ÖROK-Geschäftsstelle (bis November 2013)
Schadt	Georg	Bundeskanzleramt
Schawerda	Anette	NÖ Landesakademie
Schmeissner-Schmid	Erika	Österreichischer Städtebund
Schmidt	Alina	BM für Europa, Integration und Äußeres
Stix	Elisabeth	ÖROK-Geschäftsstelle (bis Oktober 2013)
Weiß	Andreas	Regionalmanagement, Büro Industrieviertel
Zwicklhuber	Maria	Stadtamt Wiener Neustadt

Wissenschaftliches Begleitteam der ÖREK-Partnerschaft

Name	Vorname	Institution
Allmeier	Daniela	TU Wien, Fachbereich Örtliche Raumplanung (IFOER)
Andexlinger	Wolfgang	Universität Innsbruck, YEAN
Dangschat	Jens S.	TU Wien, Fachbereich Soziologie, Stadtsoziologie
Hertzsch	Wencke	TU Wien, Fachbereich Soziologie, Stadtsoziologie (bis Februar 2013)
Kokalanova	Anna	TU Wien, future.lab
Mayr	Stefan	Architekturbüro Superwien, YEAN
Scheuvs	Rudolf	TU Wien, Fachbereich Örtliche Raumplanung (IFOER)
Steiner	Franjo	Interkulturelles Zentrum Wien

Quellen- und Literaturverzeichnis

Antalovsky, Herzog, Wolffhard:

Integrationsleitbilder und Integrationsbeiräte österreichischer Städte. Dossier zur Online-Befragung.
Europaforum Wien (Hrsg.), Wien, 2009

Graf, Kocks:

Stadtteilkonzepte für Integration. Handreichung für die kommunale Praxis.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Berlin, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Bonn (Hrsg.), 2011

Gruber, Marika:

Integration im ländlichen Raum. Ein Praxisbuch.

Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag, 2013

Häußermann, Hartmut:

Desintegration durch Stadtpolitik?

In: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid (2008),
Stadt- und Regionalforschung 2008/1

Hertzsch, Wencke:

Sozialraumanalyse in der Planung.

<http://www.partizipation.at/1220.html> (03.02.2014)

Machold, Dax, Strahl:

Potenziale entfalten. Migration und Integration in ländlichen Regionen Österreich.

Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen, 2013

Land Oberösterreich (Hrsg.):

Einbeziehen statt Einordnen. Zusammenleben in Oberösterreich.

Linz, 2008

Lutz, Sabine:

Sozialraumorientierte Steuerungsstrategien in der Stadterneuerungspraxis.

Diplomarbeit am Department für Raumplanung, TU Wien, Wien, 2013

Scheuven et al.:

Jahresbericht 2012 der ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum.

Wien, 2013



IMPRESSUM

© 2014 Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), Wien
Alle Rechte vorbehalten

Medieninhaber:

Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)
A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel.: +43 1 535 34 44, Fax +43 1 535 34 44 54
e-mail: oerok@oerok.gv.at | www.oerok.gv.at

Inhaltliche Konzeption durch das wissenschaftliche Begleitteam:

Leitung: Rudolf Scheuven, Technische Universität Wien, Fachbereich Örtliche Raumplanung (IFOER)
Daniela Allmeier, Technische Universität Wien, Fachbereich Örtliche Raumplanung (IFOER)
Wolfgang Andexlinger, Universität Innsbruck, YEAN
Jens S. Dangschat, Technische Universität Wien, Fachbereich Soziologie, Stadtsoziologie
Wencke Hertzsch, Technische Universität Wien, Fachbereich Soziologie (bis Februar 2013)
Anna Kokalanova, Technische Universität Wien, future.lab
Stefan Mayr, Architekturbüro Superwien, YEAN
Franjo Steiner, Interkulturelles Zentrum Wien

AutorInnen:

Daniela Allmeier, Wolfgang Andexlinger, Wilfried Bertsch, Jens S. Dangschat, Wolfgang Domian,
Kenan Güngör, Anna Kokalanova, Ingrid Machold, Stefan Mayr, Renate Müller, Carmen Nardelli,
Stefan Obkircher, Georg Schadt, Anette Schawerda, Rudolf Scheuven, Erika Schmeissner-Schmid,
Franjo Steiner, Andreas Weiß

Gestaltung:

Daniela Allmeier, Wolfgang Andexlinger, Stefan Mayr

Fotos: Begleitteam TU Wien, ÖROK

Wien, März 2014

Foto Cover: Rudolf Scheuven